



# **Wortprotokoll**

der 205. Sitzung vom 6. Mai 2003

—

# **Resoconto integrale**

della seduta n. 205 del 6 maggio 2003



**XII. LEGISLATUR  
XII. LEGISLATURA  
1998 - 2003**



## SEDUTA 205. SITZUNG

6.5.2003

### INDICE

Interrogazioni su temi di attualità. . . . .  
..... pag. 33

Mozione n. 483/02 del 18.7.2002, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante “alloggi di servizio provinciale: la Provincia rinuncia ad oltre 1 miliardo di lire all’anno (516.456,89 Euro). Rivedere il sistema dei canoni di affitto”. . . . .  
..... pag. 58

Disegno di legge provinciale n. 90/01: “Modifiche alla legge provinciale 12 giugno 1975, n. 26 (Istituzione delle Soprintendenza provinciale ai beni culturali ed integrazioni alle leggi provinciali 25 luglio 1970, n. 16 e 19 settembre 1973, n. 37) e successive modificazioni. . . . .  
..... pag. 65

Mozione n. 497/02 del 25.7.2002, presentata dalla consigliera Kury, riguardante la presentazione di un disegno di legge che regolamenti le misure contro l’inquinamento prodotto da rumore. . . . .  
..... pag. 88

Mozione n. 502/02 del 20.8.2002, presentata dal consigliere Willeit, riguardante la sicurezza sulle strade. . . . .  
..... pag. 93

### INHALTSVERZEICHNIS

Aktuelle Fragestunde. . . . .  
.....Seite 33

Beschlussantrag Nr. 483/02 vom 18.7.2002, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend “Dienstwohnungen des Landes: Das Land verzichtet auf über 1 Milliarde Lire im Jahr (516.456,89 Euro). Das Mietensystem ist zu überarbeiten”. . . . .  
.....Seite 58

Landesgesetzentwurf Nr. 90/01: “Änderungen zum Landesgesetz vom 12. Juni 1975, Nr. 26 (Errichtung des Landesdenkmalamtes sowie Änderungen und Ergänzungen zu den Landesgesetzen vom 25. Juli 1970, Nr. 16 und vom 19. September 1973, Nr. 37) in geltender Fassung”. . . . .  
..... Seite 65

Beschlussantrag Nr. 497/02 vom 25.7.2002, eingebracht von der Abgeordneten Kury, betreffend die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Materie des Lärmschutzes regelt. . . . .  
.....Seite 88

Beschlussantrag Nr. 502/02 vom 20.8.2002, eingebracht vom Abgeordneten Willeit, betreffend die Sicherheit auf der Straße. . . . .  
.....Seite 93

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**HERMANN THALER**

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

ORE 10.05 UHR

*(Namensaufruf – appello nominale)*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolls der letzten Sitzung.

**MUNTER (Sekretär – SVP):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENT:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich die Abgeordneten Holzmann und Thaler Zelger (nachm.) und Landesrätin Gnechi entschuldigt.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Abgeordnete Dr. Zendron mit Schreiben vom 23. April dieses Jahres mitgeteilt hat, eine eigene Fraktion mit der Benennung “Ambiete e diritti/Umwelt und Rechte” zu bilden. Die Bildung dieser Fraktion ist mit dem ersten Tag des auf die Mitteilung folgenden Monats, also mit dem 1. Mai 2003 wirksam.

Ich verlese im Sinne von Artikel 110 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Anfragen, die von den zuständigen Mitgliedern der Landesregierung nicht innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen beantwortet worden sind.

**Anfrage Nr. 5035/03 (Kury/Di Puppo):**

*Rechtswidrige Subventionierung der Betreibergesellschaft des Bozner Flughafens ABD A.G. durch Schein-Vorschusszahlungen?*

*Mit Landesregierungsbeschluss Nr. 4761 vom 16.12.2002 wird die autonome Provinz Bozen ermächtigt, der ABD A.G. eine Vorschusszahlung von Euro 1.730.000,00 auf staatliche Beiträge laut Artikel 1 Abs. 5 des Gesetzesdekretes vom 28. Juni 1995, Nr. 251, mit Gesetz vom 3. August 1995 Nr. 351 zum Gesetz erhoben, zu gewähren. Mit eben demselben Beschluss wird der Landeshauptmann ermächtigt, eine Vereinbarung mit der Gesellschaft ABD A.G. zu unterzeichnen. Aus den Prämissen dieser Vereinbarung geht hervor, dass die ABD A.G. am 12. Juli 2002 ein Gesuch beim Land eingereicht hat, um die Vorauszahlung der Beiträge zu erhalten, die vom*

Art. 1 Abs. 5 des Gesetzesdekretes Nr. 251 vom 28. Juni 1995, umgewandelt in Gesetz Nr. 351 vom 3. August 1995, vorgesehen sind (geschätzter Betrag: 4.757.000.000 Lire) und dass die ENAC bis zum heutigen Datum der ABD den zugesagten (?) Beitrag nicht bewilligt hat und dass weder die Höhe des zu genehmigenden Beitrags noch die Auszahlungsmodalitäten festgelegt worden sind. ("che alla data odierna l'ENAC non ha provveduto a concedere alla ABD il contributo in parola e che non sono state definite né l'entità del contributo ammissibile e nemmeno le modalità di erogazione dello stesso").

Aus dem Gesagten geht also hervor, dass das Land die Auszahlung eines Vorschusses an die ABD A.G. auf einen noch nicht bewilligten staatlichen Beitrag, von dem man auch nicht weiß, ob und in welcher Höhe er jemals bewilligt werden wird, beschlossen hat. Dies ist im Widerspruch zu

der Vereinbarung zwischen Land und ABD A.G., die als integrierender Teil dem Landesregierungsbeschluss Nr. 4761 vom 16.12.2002 beigelegt ist: Der Artikel 2 der Vereinbarung sagt nämlich, dass die autonome Provinz Bozen Beiträge vorstreckt, die "in Art.1 Abs. 5 des Gesetzesdekretes Nr. 251 vom 28. Juni 1995, umgewandelt mit Gesetz Nr. 351 vom 3. August 1995, vorgesehen sind und von der ENAC bzw. dem Ministerium für Infrastrukturen und Transportwesen für das Triennium 2000-2002 bewilligt wurden."

dem Landesgesetz Nr. 5 vom 13. März 1995, Artikel 10, Abs. 1-bis, abgeändert durch Landesgesetz vom 28.12.2001, Nr. 19, der besagt: "Die Landesregierung ist auch ermächtigt, Beiträge vorzustrecken, die von den zuständigen Staatsorganen für den Dreijahreszeitraum 2000-2002 an Unternehmen mit direkter oder indirekter Landesbeteiligung, welche auf dem Gebiet des Flugverkehrs von Landesinteresse tätig sind, gemäß Art. 1 Abs. 5 des Gesetzesdekretes vom 28. Juni 1995, Nr. 251, mit Abänderungen durch Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 3. August 1995, Nr. 351, in Gesetz umgewandelt, gewährt wurden."

Rechtlich ganz besonders fragwürdig ist auch der Artikel 4 der Vereinbarung zwischen Land und ABD A.G., der unter anderem sagt: „Sollte das Ministerium für Infrastrukturen und Transportwesen nicht in der Lage sein, die o.g. Mittel bereitzustellen, verpflichtet sich die Autonome Provinz Bozen – Südtirol dazu, die im Sinne der vorliegenden Vereinbarung bewilligten Mittel nicht zurückzufordern."

Wir haben also – kurz zusammengefasst - folgenden Sachverhalt:

Das Land gewährt der ABD A.G. eine „Vorschusszahlung“ von 1.730.000,00 Euro auf staatliche Beiträge, die allerdings bisher noch nicht bewilligt worden sind. Gleichzeitig verpflichtet sich das Land diesen Beitrag nicht zurückzufordern, sollte das Ministerium „nicht in der Lage“ sein, die Mittel bereitzustellen. Der Verdacht drängt sich auf, dass man hier willentlich und wissentlich das Risiko eingegangen ist, den Vorschuss nicht mehr zurückerstattet zu bekommen bzw. dass man unter dem formalen Vorwand, der ABD A.G. einen Vorschuss auszuzahlen ihr de facto einen regelrechten Verlustbeitrag zukommen lässt. Dies wäre allerdings eine eindeutige Verletzung des oben erwähnten Landesgesetzes, durch welches eine solche endgültige Bezuschussung und die damit verbundenen Ausgaben nicht gedeckt

sind, sowie eine Wettbewerbsverzerrung bzw. eine Umgehung der nationalen und europäischen Wettbewerbsregeln.

Ich ersuche den zuständigen Landesrat um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Teilt der Landesrat meine Meinung, dass VORSCHÜSSE laut erwähntem Landesgesetz und laut Vereinbarung zwischen Provinz und ABD nur auf GEWÄHRTE und damit auch klar definierte Beiträge ausbezahlt werden können?

- Wenn ja, wie rechtfertigt der Landesrat dann die im Fall von ABD A.G. eingeschlagene Praxis, Vorschüsse auf nicht bewilligte bzw. nicht einmal in Aussicht stehende staatliche Beiträge zu zahlen?

- Wie rechtfertigt der Landesrat die fadenscheinige Bestimmung des Artikel 4 der Vereinbarung, dass das Land sich verpflichtet, auf die Rückforderung der bewilligten Vorschüsse zu verzichten, wenn das Ministerium "nicht in der Lage" ist, die Mittel zur Verfügung zu stellen?

- Die Praxis, Vorschusszahlungen auf nicht bewilligte Beiträge auszubezahlen und sich zugleich zu verpflichten, die Vorschusszahlungen nicht zurückzufordern, sofern die Mittel nicht bewilligt werden, legt die Vermutung nahe, dass das Land eigentlich schon von vornherein fest damit rechnet, dass die sogenannte Vorschusszahlung eigentlich de facto ein Verlustbeitrag sein wird. Wie wird der Landesrat diese Tatsache – sollte sie sich bestätigen – vor eventuellen Nachprüfungen durch den Rechnungshof sowie durch die nationale und europäische Wettbewerbsbehörde rechtfertigen?

- Ist wie aus den Prämissen der Vereinbarung zu entnehmen ist – bereits eine "Vorschusszahlung" an die ABD erfolgt (siehe den Hinweis in den Prämissen: "dass dasselbe Gesetz vorsieht, für die oben genannten Maßnahmen aus dem Haushaltsjahr 2002 Aufwendungen von Euro 500.000,00 zu genehmigen)? Wenn ja, wie und wann erfolgte die Zurückzahlung? Wenn nein, wie sind die 500.000,00 Euro verwendet worden?

-----

*Illecito sovvenzionamento della società che gestisce l'aeroporto di Bolzano ABD S.p.A. tramite acconti fittizi?*

*Con la delibera della Giunta provinciale n. 4761 del 16-12-2002 si autorizzava la Provincia autonoma di Bolzano a concedere alla ABD S.p.A un acconto di 1.730.000,00 euro sui contributi statali di cui all'art. 1, comma 5 del decreto legge 28 giugno 1995, n. 251, convertito in legge con L. 3 agosto 1995, n. 351. Con la stessa delibera si autorizzava inoltre il presidente della Provincia a sottoscrivere un accordo con la ABD S.p.A. Nelle premesse di questo accordo si legge*

*che il 12 luglio 2002 la ABD S.p.A. ha presentato una domanda in Provincia per ottenere il pagamento anticipato dei contributi di cui all'art. 1, comma 5 del decreto legge 28 giugno 1995, n. 251, convertito in legge con L. 3 agosto 1995, n. 351 (importo stimato: 4.757.000.000 lire) e*

*che "alla data odierna l'ENAC non ha provveduto a concedere alla ABD il contributo in parola (?) e che non sono state definite né l'entità del contributo ammissibile e nemmeno le modalità di erogazione dello stesso".*

*Da quanto detto si desume quindi che la Provincia ha deliberato il pagamento alla ABD S.p.A di un anticipo su un contributo statale non ancora concesso e di cui non si sa se verrà mai erogato e quale sarà il suo importo. Ciò confligge con*

*l'accordo fra Provincia e ABD S.p.A., allegato facente parte integrante della delibera della Giunta provinciale n. 4761 del 16-12-2002: l'articolo 2 dell'accordo recita che la Provincia autonoma di Bolzano eroga acconti previsti dall'art. 1, comma 5 del decreto legge 28 giugno 1995, n. 251, convertito in legge con L. 3 agosto 1995, n. 351 e autorizzati dall'ENAC ovvero dal Ministero delle infrastrutture e dei trasporti per il triennio 2000-2002,*

*l'art. 10, comma 1-bis della legge provinciale 13 marzo 1995, n. 5, emendato con legge provinciale 28-12-2001, n. 19 che recita: "La Giunta provinciale è altresì autorizzata ad anticipare, per conto dei competenti organi statali e per il triennio 2000-2002, i contributi concessi ad imprese a partecipazione provinciale diretta o indiretta operanti nel settore del trasporto aereo di interesse provinciale ai sensi dell'art. 1, comma 5 del decreto legge 28 giugno 1995, n. 251, convertito in legge, con modificazioni dall'articolo 1, comma 1, della legge 3 agosto 1995, n. 351."*

*Particolarmente discutibile dal punto di vista giuridico risulta inoltre l'art. 4 dell'accordo fra la Provincia e la ABD S.p.A., dove fra l'altro si legge che qualora il Ministero delle infrastrutture e dei trasporti dovesse trovarsi nell'impossibilità di mettere a disposizione i suddetti mezzi, la Provincia autonoma di Bolzano s'impegna a non chiedere la restituzione dei mezzi finanziari concessi ai sensi del presente accordo.*

*Riassumendo, la situazione è la seguente:*

*La Provincia concede alla ABD S.p.A. un "acconto" di 1.730.000,000 euro su contributi statali che però non sono stati ancora concessi. Nel contempo la Provincia s'impegna a non chiedere la restituzione di questo contributo, qualora il Ministero dovesse "trovarsi nell'impossibilità" di erogare detti mezzi. Sorge il sospetto che qui si accetti volutamente e consapevolmente il rischio di non vedere più restituito l'acconto, vale a dire che con il pretesto formale di pagare un acconto alla ABD S.p.A. di fatto si eroghi un vero e proprio contributo a fondo perduto. Questo però costituirebbe una chiara violazione di detta legge provinciale che non copre tale sovvenzionamento definitivo e le spese ad esso legate nonchè una turbativa della concorrenza o un aggiramento delle regole nazionali e europee della concorrenza.*

*Chiedo all'assessore competente di fornire risposta scritta alle seguenti domande:*

*L'assessore condivide la mia opinione riguardo al fatto che ACCONTI ai sensi di detta legge provinciale e ai sensi dell'accordo fra Provincia e ABD possano essere erogati unicamente su contributi CONCESSI e quindi anche chiaramente definiti?*

*Se sì, in che modo l'assessore giustifica il modo di procedere adottato per la ABD S.p.A di pagare acconti su contributi statali non ancora concessi o meglio neanche lontanamente in previsione?*

*L'assessore in che modo giustifica la poco credibile disposizione contenuta nell'art. 4 dell'accordo che impegna la Provincia a rinunciare*

*alla restituzione di acconti concessi qualora il Ministero "dovesse trovarsi nell'impossibilità" di mettere a disposizione i mezzi?*

*La pratica di concedere anticipi su contributi non ancora concessi e nel contempo di impegnarsi a non chiederne la restituzione qualora i contributi non dovessero essere concessi, fa sorgere il sospetto che di fatto la Provincia metta in conto fin dall'inizio che il cosiddetto anticipo diventerà di fatto un contributo a fondo perduto. L'assessore come intende giustificare tale fatto – se dovesse vedersi confermato – nel caso di eventuali controlli da parte della corte dei conti o dell'autorità, nazionale o europea, garante della concorrenza?*

*E' già stato erogato un "anticipo" alla ABD, come risulta dalle premesse dell'accordo (vedi l'indicazione nelle premesse che suddetta legge prevede, di approvare per suddette misure nell'anno finanziario 2002 la spesa di 500.000,00 euro)? Se sì, come e quando è stato restituito? Se no, in che modo sono stati impiegati i 500.000,00 euro?*

#### **Anfrage Nr. 5045/03 (Minniti/Saurer):**

*Gesundheitspolizei in den Rettungswägen*

*Dass die staatliche Gesundheitspolizei (NAS) das Personal kontrolliert, das in den Rettungswägen im Einsatz ist sowie auch die Art und Weise wie es vorgeht, wäre mehr als gerechtfertigt. Dies wünscht und erwartet sich AN schon seit langem; nicht umsonst hatte unsere Gruppierung bereits 1997 diese typisch südtirolerische Eigenart angeprangert, wonach in den Rettungswägen Personal arbeitet, das nicht immer die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Ich habe den Verdacht, dass es wohl kein Zufall ist, wenn ich auf meine letzte Anfrage Nr. 4366/02 - noch immer keine Antwort erhalten habe (diese wurde im März des Vorjahres eingereicht und betraf die invasiven Eingriffe von Seiten ehrenamtlicher Mitarbeiter). Denn ansonsten hätte man zugeben müssen, dass es sich in diesem Fall um einen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen handelt. Die Nachricht über eine mögliche Inspektion seitens der staatlichen Gesundheitspolizei, die der Frage nachgehen soll, ob in den Rettungswägen Personal im Einsatz ist, dem die dazu notwendige Befähigung fehlt, ist am vergangenen 29. Januar in der Tageszeitung Alto Adige erschienen. Laut einigen erst vor Kurzem in Kraft getretenen staatlichen Gesetzesbestimmungen kann ein ausgebildeter Krankenpfleger, der an den Einsätzen der Notrufzentrale 118 teilnimmt und nach Überprüfung derselben beauftragt wird, den Notarzt zu ersetzen, in einigen Fällen (Überdosis, Hypoglykämie usw.) völlig autonom Medikamente verabreichen und dies auch in besonders präkeren Situationen. Leider jedoch wird diese Rolle des Krankenpflegers nicht immer respektiert, sodass bei den Einsätzen der Notrufzentrale immer öfters ehrenamtliche Mitarbeiter ohne jeglichen Titel Arzneien zubereiten und intravenöse Injektionen verabreichen bzw. invasive Eingriffe vornehmen, die ihnen nicht zustünden.*

*All dies vorausgeschickt,*

*soll vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat*

*Folgendes in Erfahrung gebracht werden:*

*- Stimmt es, dass ehrenamtliche Krankenpfleger zu den eingangs beschriebenen Eingriffen herangezogen werden?*

- *Wie professionell können ehrenamtliche Mitarbeiter des Weißen Kreuzes arbeiten, die lediglich einen Erste-Hilfe-Kurs besucht haben, im Vergleich zu einem ausgebildeten Krankenpfleger, der einen dreijährigen Lehrgang auf Universitätsebene absolvieren muss?*
- *Weshalb wird an dieser widerrechtlichen Vorgangsweise festgehalten?*
- *Welche Maßnahmen gedenkt man zur Lösung des Problems zu ergreifen?*

-----

*NAS sulle ambulanze?*

*Quello che i NAS potrebbero compiere in merito all'accertamento del personale che opera (e come opera) sulle ambulanze sarebbe un atto dovuto e quindi auspicato ed atteso da tempo tanto che An aveva denunciato fin dal 1997 l'anomalia tutta altoatesina in base alla quale sulle ambulanze sale personale che non sempre risponde a quanto previsto dalle normative di legge. E a questo punto ho il sospetto che non sia del tutto casuale il fatto che alla mia ultima interrogazione (n. 4366/02) presentata nel marzo scorso e riguardante le operazioni invasive da parte di volontari del soccorso non sia stata ancora data una risposta. Altrimenti si sarebbe dovuto ammettere di essere a conoscenza di una fatto in contrasto con la legge. La notizia riguardante una probabile ispezione da parte dei NAS chiamati a valutare l'esistenza di presunti abusi verificatisi sulle ambulanze d'emergenza ad opera di personale non abilitato è stata pubblicata dal quotidiano Alto Adige il 29 gennaio u.s. Secondo alcune recenti normative nazionali l'infermiere professionale che opera nell'ambito del 118 e viene chiamato, a seguito di una valutazione del servizio stesso, a sostituire il medico d'urgenza, può in alcuni casi (overdose, ipoglicemia ecc.) agire con terapia farmacologia in maniera autonoma, anche in situazioni di particolare gravità. Purtroppo però avverrebbe che non sempre questo ruolo verrebbe rispettato tanto che, sempre presso gli interventi del 118, si assiste sempre più spesso alla presenza di volontari senza alcun titolo, i quali preparerebbero farmaci ed accessi venosi, ovvero effettuerebbero, in quest'ultimo caso, delle manovre invasive che non spetterebbero loro.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il Presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente*

*per sapere:*

- *se risulta che infermieri volontari effettuino le operazioni di cui in premessa;*
- *quale professionalità possono avere i volontari della Croce Bianca che seguono un corso di pronto soccorso confronto ad un infermiere professionale che segue tre anni di scuola para-universitaria;*
- *come si possa continuare ad ammettere l'esistenza di una situazione che contrasta con la legge;*
- *come si intenda intervenire in proposito.*



**Anfrage Nr. 5046/03 (Minniti/Saurer):**

*Im Brixner Krankenhaus gibt es zwar einen Kernspintomographen, er funktioniert aber nicht*

*Wenn die Effizienz und die Wirksamkeit das Resultat der Vorbeugung sind, so sollte das was derzeit in Brixen geschieht und letztendlich Auswirkungen auf das ganze Land hat, Anlass zur Sorge geben. Der Fall ist folgender: Während man in Bozen auch drei Monate warten muss, um sich einer Magnetresonanztomographie zu unterziehen, bleibt das im Brixner Krankenhaus vorhandene Gerät unbenutzt. Da herrscht eindeutig Ineffizienz! Die Kernspintomographie ist heutzutage eines der geeignetsten Mittel um versteckte Krankheiten zu erkennen und hat daher eine außerordentlich wichtige Funktion in der Sanität und für die Gesundheit der Bürger. Leider sind die Wartezeiten für eine Kontrollvisite aber immer noch zu lang. In der infolge von nicht eingesetzten Geräten erforderlichen Wartezeit von neunzig Tagen kann sich das Gesundheitsbild eines Patienten erheblich verändern. So ist eine Situation entstanden, die keineswegs den festgelegten und allgemein als vernünftig erachteten Effizienzkriterien entspricht und die Erwartungen der Bevölkerung in Bezug auf ein gut funktionierendes und verlässliches Gesundheitswesen enttäuscht.*

*Dies vorausgesetzt,*

*möchte man vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat Folgendes in Erfahrung bringen:*

- Aus welchen Gründen wurde das Kernspintomographie-Gerät in Brixen noch nicht in Betrieb gesetzt?*
- Wann wurde das gegenständliche Gerät gekauft?*
- Wie viel hat es gekostet?*
- Wann könnte dieses Gerät in Betrieb gesetzt werden?*

-----

*Risonanza magnetica ospedale Bressanone: c'è ma non funziona*

*Se efficienza ed efficacia sono figlie della prevenzione quanto avviene a Bressanone coinvolgendo in definitiva l'intera provincia è preoccupante. Infatti se per effettuare una risonanza magnetica a Bolzano bisogna attendere anche tre mesi, l'apparecchiatura presente e disponibile presso l'ospedale di Bressanone rimane inutilizzata. Mi sembra il trionfo dell'inefficienza. La risonanza magnetica oggi appare uno degli strumenti più adeguati per l'individuazione di patologie spesso nascoste, quindi ha una funzione di massima importanza nel panorama sanitario e nei confronti della salute del cittadino. Purtroppo però ancora oggi sono eccessivamente lunghi i tempi di attesa per una visita di controllo. Novanta giorni entro i quali il quadro clinico di un paziente può cambiare sensibilmente, un periodo necessario per l'assenza di attrezzature funzionanti, anche se esistenti. Una situazione insomma che non risponde a quei crismi di efficienza imposti non solo dal buon senso e che mortifica anche le aspettative della popolazione che vorrebbe rapportarsi con una sanità funzionale e fidata.*

*Ciò premesso*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

- quali i motivi per cui non sia ancora attivata la risonanza magnetica a Bressanone;
- quando l'apparecchiatura in questione sia stata acquistata,
- quali i costi della medesima;
- quando si riterrà possa essere messa in funzione.

### **Anfrage Nr. 5058/03 (Minniti/Saurer):**

#### *Krankenpfleger im Rettungswagen*

*Meines Wissens gibt es in Meran einen großen Widerstand bei der Durchführung des Beschlusses der Landesregierung Nr. 4331 vom 25.11.2002 sowie des D.P.R. Nr. 114 vom 14.5.1996. Tatsächlich ist der Notarzdienst in der Passerstadt anders organisiert als anderswo, weil der Notarzt im Krankenhaus arbeitet und bei Notfällen mit einem eigenen Fahrzeug den Einsatzort erreicht. Somit fährt er nicht im Rettungswagen mit und die Aufgabe den Zustand des Patienten zu beurteilen wird anderen überlassen. Diesbezüglich hat sich schon mehrmals herausgestellt, dass der Einsatz des Notarztes eigentlich nicht unbedingt erforderlich gewesen wäre und zudem beträchtliche Summen an öffentlichen Geldern ausgegeben wurden, weil jeder Einsatz des Notarztes fast 200.000 Lire kostet. Wer gegen die Anwendung dieser Bestimmung arbeitet, hat fürchte ich nicht verstanden, dass mit der Anwesenheit eines Krankenpflegers die Dienstleistung optimiert und Missstände vermieden werden können. So muss der Bürger nicht in die Erste-Hilfe-Station, sondern kompetentes Personal kommt zu ihm, wobei zudem viele Millionen alte Lire für die Bezahlung des - in Vergangenheit sich oftmals als nicht unbedingt erforderlich erwiesenen - Einsatzes des Notarztes eingespart werden können. Dabei scheinen manche angebliche Widerstandsgründe, wie z.B. der Mangel an Krankenpflegern, eher als Vorwand zu dienen. Das ist meines Erachtens keine stichhaltige Begründung, weil das Personal, das in Notfällen eingesetzt wird, dasselbe ist, das in der Erste-Hilfe-Station Dienst leistet. Es handelt sich um hochqualifizierte Berufskrankenschwester, die seit Jahren als Intensivpfleger arbeiten und nur für die Zeit des Einsatzes bei Notfällen im Rettungswagen mitfahren würden, ohne somit Dienstmängel zu verursachen. Ja sogar, mit diesem Projekt, dem sich einige widersetzen, könnte der Andrang in der Erste-Hilfe-Station reduziert werden und alle könnten reibungsloser arbeiten, nicht so wie es trotz der zahlreichen und manchmal positiven Anstrengung der Direktion des Sanitätsbetriebes heute geschieht.*

*Dies vorausgesetzt,*

*möchte man vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat jeweils für die Jahre 2000, 2001 und 2002 mit Bezug auf die Stadt Meran Folgendes in Erfahrung bringen:*

- *Wie hoch sind die Kosten für die Notärzte?*
- *Wie teilen sich in diesen Jahren die Einsätze der Reanimobile je nach Dringlichkeit (Code) auf?*
- *In vielen Fällen ist der Notarzt zum Einsatz gerufen worden?*
- *Wie oft rückten die Reanimobile aus?*
- *Was werden sie unternehmen, damit auch in Meran die in den Beschlüssen der Landesregierung enthaltenen Bestimmungen eingehal-*

*ten werden und zwar, dass Krankenpfleger in den Rettungswagen mitfahren müssen, bzw. wann wird dieser Dienst gewährleistet werden?*

-----

*Infermieri su ambulanze*

*Mi risulta che a Merano ci sarebbero molte resistenze ad applicare quanto previsto dalla delibera provinciale del 25-11-02 n. 4331 e dal Dpr n. 114 del 14-5-1996. In effetti nella città del Passirio il medico di urgenza è organizzato in maniera diversa che altrove, visto che questa figura opera presso l'ospedale e, quando viene chiamato dagli operatori di soccorso raggiunge il luogo attraverso una apposita automobile. In sostanza egli non è presente sull'ambulanza per cui la valutazione della gravità del paziente viene lasciata a terzi. A questo riguardo risulta che in diverse occasioni ciò abbia provocato l'inutilità della chiamata del medico, non indispensabile ai fini del soccorso, gravando sulle casse pubbliche visto che ogni "uscita" del medico ha un costo di quasi 200 mila lire. Chi rema contro l'applicazione di questa disposizione temo non comprenda che con gli infermieri sui mezzi si ottimizza il servizio reso alla popolazione, evitando disagi per il cittadino che anziché recarsi al pronto soccorso viene egli raggiunto da personale competente e permette peraltro di risparmiare molti milioni di vecchie lire destinati al medico d'urgenza la cui chiamata, molte volte in passato, pare fosse risultata non necessaria. Sulla vicenda diverse sono le resistenze, alcune apparentemente pretestuose, come quella relativa alla carenza di infermieri. Non credo che questa sia una giustificazione appropriata visto che il personale destinato all'urgenza è il medesimo che opererebbe al pronto soccorso ospedaliero; si tratta di infermieri professionisti altamente qualificati, con pluriennale esperienza in area critica, che si trasferirebbero momentaneamente sull'ambulanza d'emergenza solo all'atto dell'intervento non causando quindi alcun deficit nel servizio. Anzi attraverso questo progetto osteggiato da taluni il pronto soccorso potrebbe essere ancora meno affollato e ingolfato come appare ancora oggi, nonostante i molti sforzi, taluni positivi, fatti in merito dalla Direzione dell'Azienda.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere negli anni 2000, 2001 e 2002 a Merano per singolo anno:*

- quale sia stata la spesa per i medici di urgenza;*
- come siano stati ripartiti per codici gli interventi della rianimazione mobile negli anni medesimi;*
- in quanti casi sia intervenuto il medico d'urgenza;*
- quanti siano stati gli interventi della rianimazione mobile;*
- Come si intenda far rispettare anche a Merano le regole previste da deliberazioni della Giunta per la nostra provincia in relazione alle disposizioni che prevedono personale infermieristico sulle ambulanze di emergenza, ovvero quando tale servizio sarà attivo.*

**Anfrage Nr. 5076/03 (Minniti/Saurer):**

*Personal für das Pflegeheim in der Kaiserau*

*Mit dem mit der Genossenschaft Kursana Residence aus Bergamo am 16. März 2000 (siehe Beantwortung der Anfrage Nr. 3995/01) abgeschlossenen Vertrag wollte der Sanitätsbetrieb Bozen dem Krankenpflegermangel im Pflegeheim für Langzeitkranke in der Kaiserau bei Bozen abhelfen.*

*Meines Wissens sollte dem Personal auch eine Unterbringung in Wohnungen sichergestellt werden, vermutlich über Konventionen oder andere Vereinbarungen mit dem Institut für sozialen Wohnbau.*

*Dies vorausgeschickt,*

*soll vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat in Erfahrung gebracht werden:*

*- ob diese Vereinbarung und/oder Konvention zwischen dem Sanitätsbetrieb Bozen oder einem anderen öffentlichen Organ und dem Institut für sozialen Wohnbau abgeschlossen wurde;*

*- was diese Vereinbarung oder Konvention vorsieht bzw. wie sie lautet und welche Fristen sie setzt, beispielsweise in bezug auf die Bezahlung der Mieten, die Lebensqualität in den Wohnungen, wenn es sich um eine Wohnung mit der vorgeschriebenen Mindestquadratmeteranzahl pro Person und Mitbewohner handelt, usw.*

*Zudem wird um eine Kopie der betreffenden Konvention oder Vereinbarung zwischen dem Wohnbauinstitut und dem Sanitätsbetrieb oder einem anderen daran interessierten Organ ersucht.*

-----

*Personale "il Bivio"*

*Con un contratto stipulato con la cooperativa Kursana Residence di Bergamo il 16 marzo 2000 (cfr. risposta ad interrogazione n. 3995/01), l'Azienda sanitaria di Bolzano intendeva trovare adeguata soluzione al problema del personale infermieristico riguardante la struttura per lungodegenti in località "il Bivio" a Bolzano.*

*Mi risulta che al personale si dovesse anche assicurare una sistemazione in alloggi, probabilmente attraverso delle convenzioni o altro accordo con l'IPES.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

*- se tale accordo e/o convenzione sia stato sottoscritto fra l'Azienda sanitaria di Bolzano o altro organo pubblico e l'IPES;*

*- cosa preveda tale convenzione o accordo, ovvero quali i contenuti ed i termini dello stesso a riguardo, per esempio, delle modalità di pagamento degli affitti, della vivibilità dell'alloggio, se trattasi di appartamento in relazione alla metratura quadrata minima prevista per ogni soggetto e convivente etc.*

*Inoltre si chiede di avere copia della convenzione o accordo in questione fra IPES e Azienda Sanitaria o altro organo interessato all'operazione.*

**Anfrage Nr. 5080/03 (Minniti/Saurer):**

*Notarzt. 200 Millionen, die Hälfte hätte gereicht  
Meines Wissens sind im Jahre 2002 in Meran mehr als 200 Mio. alte italienische Lire für die Inanspruchnahme des Notarztdienstes ausgegeben worden. In mehr als 43 % der Fälle handelte es sich um Einsätze, bei denen die Anwesenheit eines Notarztes gar nicht notwendig gewesen wäre, da sie als Einsätze mit weißem oder grünem Code eingestuft worden sind. Das Problem, das wir vor langer Zeit bereits aufgezeigt haben, besteht nicht nur in der Tatsache, dass die Landesbestimmungen im Widerspruch zu den staatlichen Regelungen stehen, in denen vorgesehen ist, dass auf den bei der Notrufzentrale 118 beantragten Rettungswagen zuallererst Intensivpfleger und nicht freiwillige Helfer zum Einsatz kommen müssen, so wie es leider der Fall ist. Mit der derzeitigen Handhabung besteht auch die Gefahr, die Dienstleistung zu beeinträchtigen, da so zum einen der Notarzt nicht verfügbar sein könnte, weil er dort eingesetzt wurde, wo er nicht notwendig ist und zum anderen zunehmend öffentliche Gelder verschwendet werden, weil, wie aus einem Beschluss vom Dezember letzten Jahres hervorgeht, in Zukunft jeder Einsatz des Notarztes noch mehr kosten wird, da das entsprechende Ticket von 140.000 Lire auf 100 Euro erhöht wurde. Daher scheint eine Rationalisierung des Dienstes angebracht und geboten, damit der Notarzt nur dann gerufen wird, wenn er effektiv notwendig ist, aber auch damit der Patient bei sich zu Hause bleiben kann, wenn ein Transport nicht unbedingt erforderlich ist. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn bei Notfällen Intensivpfleger eingesetzt werden, da die bisherige Handhabung nicht nur im Widerspruch zur staatlichen Regelung steht, sondern sich auch als kontraproduktiv, wenn nicht zumindest wirtschaftlich unrentabel erwiesen hat.*

*Dies vorausgesetzt,  
möchte man vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat Folgendes erfahren:*

- Wie hoch waren in jeder Stadt Südtirols die Kosten für den Einsatz der Notärzte?*
- Aus welchen Gründen wurde beschlossen, das Ticket für den Notarzt sogar zu erhöhen und mit Beschluss (angeblich vom Dezember letzten Jahres) – von dem wir eine Kopie verlangen - von 140.000 Lire auf 100 Euro zu bringen?*
- Ist es wahr, dass in Erwägung gezogen wurde, die Intensivpfleger nicht einmal mehr im Flugrettungsdienst einzusetzen, und wenn dem so ist, wer hat dies vorgeschlagen?*
- Was hält der Landesrat davon?*
- Wer würde den Dienst anstelle der Intensivpfleger gewährleisten?*

-----

*Medico d'urgenza - 200 milioni ma ne bastavano la metà  
Mi risulta che nel 2002 sono stati oltre 200 i milioni di vecchie lire spesi per l'utilizzo del medico di urgenza a Merano; nel 43% dei casi pare inoltre che si sia trattato di interventi per i quali la presenza del medico non fosse necessaria essendo stati i medesimi abbinati ad un codice bianco o verde. Il problema in essere però, sul quale siamo intervenuti*

*da tempo, non è rappresentato solo dalle disposizioni della Provincia in contrasto con le normative nazionali le quali, quest'ultime, prevedono che sui mezzi di intervento chiamato dal 118 debbano salire in primo luogo infermieri dell'area critica e non i soccorritori volontari come purtroppo avviene. Infatti l'attuale procedura rischia anche di danneggiare il servizio reso al cittadino, poiché in primo luogo si sottrae il medico d'urgenza al servizio ospedaliero per interventi in cui il medico non è necessario e in secondo luogo si sperperano soldi pubblici sempre in misura maggiore, se è vero come appare da una delibera dello scorso dicembre che in futuro ogni intervento del medico avrà un costo aumentato visto che si è innalzato il gettone per il medico dalle 140 mila lire ai 100 euro per intervento. Opportuno e doveroso quindi è che si razionalizzi il servizio in maniera che il medico venga chiamato nei casi in cui è effettivamente necessaria la sua presenza, ma anche che il paziente possa restare nell'ambiente domestico quando un suo trasporto non si rende necessario. Ciò è reso possibile però solo se sul posto dell'intervento d'urgenza vengono inviati infermieri dell'area critica visto che le metodologie adottate fino ad ora si sono rivelate non solo in distonia con la normativa nazionale, ma anche controproducenti se non superflue, almeno dal punto di vista economico.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

- a quanto è ammontato per ogni città altoatesina la spesa per gli interventi del medico d'urgenza;*
- quali i motivi per cui si è ritenuto addirittura di aumentare il gettone previsto per il medico d'urgenza elevandolo dalle 140 mila lire ai 100 euro attraverso una delibera (pare dello scorso dicembre) di cui si chiede copia;*
- se corrisponde al vero che siano state avanzate ipotesi in base alle quali gli infermieri dell'area critica non debbano più viaggiare nemmeno sull'elisoccorso e, in caso di risposta affermativa,*
- chi abbia proposto l'introduzione di questa novità;*
- quale sia il parere dell'assessore in merito;*
- da chi sarebbe svolto il servizio qualora si rinunciasse agli infermieri dell'area critica nel caso in questione.*

### **Anfrage Nr. 5109/03 (Minnit/Saurer):**

*Radiotherapie in Bozen*

*Mit Beschluss Nr. 2395 vom 2. Juni 1996 hat die Landesregierung den onkologischen Radiotherapiedienst und die Abteilung Onkologie am Krankenhaus Bozen eingerichtet. In besagtem Beschluss waren auch die beiden Stellenpläne bestehend aus 17 bzw. 28 Bediensteten vorgesehen. Aufgrund der hohen Kosten musste die Landesregierung mit Beschluss Nr. 4932 vom 23. Dezember vergangenen Jahres leider einen Rückzieher bezüglich der Errichtung des Radiotherapiedienstes machen und erklärte, dass in der Zwischenzeit die Idee, besagten Dienst in der Privatklinik Bonvicini einzurichten, konkret geworden ist, und zwar über eine Konvention zwischen Land und TILAK. Unver-*

*ständig sind allerdings die Gründe, aus welchen die Konvention mit dem erwähnten Institut abgeschlossen wurde und nicht mit der Klinik selbst. Geklärt werden muss meiner Meinung auch, was mit dem für die Radiotherapie in Bozen eingeplanten Personal geschehen soll, bzw. ob dieses beim institutionell errichteten Radiotherapiedienst seinen Dienst antreten wird und ob die Einstellungen nach dem Proporzsystem erfolgen werden.*

*Dies vorausgeschickt,*

*soll vom Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat Folgendes in Erfahrung gebracht werden:*

- Aus welchen Gründen wurde die Konvention mit der Tilak abgeschlossen und nicht mit der Bonvicini-Klinik, wo der Dienst eingerichtet wird?*
- Was soll mit dem für den Radiotherapiedienst in Bozen mit Beschluss Nr. 2395 vorgesehenen Planstellen geschehen bzw. wird das betreffende Personal beim institutionell errichteten Radiotherapiedienst seinen Dienst antreten?*
- Werden die Einstellungen nach dem Proporzsystem erfolgen?*
- Falls ja, wie viele Stellen stehen jeder einzelnen Sprachgruppe zu?*
- Falls nein, wieso nicht?*

-----

*Radioterapia Bolzano*

*Con delibera n. 2395 del 2 giugno 1996 la Giunta provinciale istituiva il servizio di radioterapia oncologica e della sezione di oncologia medica presso l'ospedale di Bolzano. Nel documento erano previste anche le due piante organiche composte rispettivamente da 17 e 28 addetti. Purtroppo a causa degli elevati costi, con delibera del 23 dicembre scorso n. 4932 lo stesso esecutivo doveva fare marcia indietro relativamente all'istituzione del servizio di radioterapia considerando che nel "frattempo si è concretizzata l'idea di realizzare il predetto Servizio presso la Clinica privata Bonvicini attraverso la stipula di una convenzione tra la Provincia ed la TILAK". Non si comprendono in realtà i motivi secondo i quali la convenzione sia stata sottoscritta con questo Istituto, piuttosto che con la clinica stessa e comunque chiarimenti credo necessitano anche su quale possa essere la destinazione della pianta organica prevista per la radioterapia bolzanina. Ovvero se il personale previsto prenderà servizio presso la sede istitutiva della radioterapia e se le assunzioni in questione avverranno attraverso la proporzionale.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

- quali i motivi per cui la convenzione sia stata sottoscritta con la Tilak piuttosto che con la clinica Bonvicini dove viene istituito il servizio;*
- quale la destinazione della pianta organica prevista per la radioterapia bolzanina con delibera n. 2395, ovvero se il personale previsto prenderà servizio presso la sede istitutiva della radioterapia;*
- se le assunzioni in questione avverranno attraverso la proporzionale e:*
- in caso di risposta affermativa, quanti i posti spettanti ad ognuno dei gruppi linguistici;*

- in caso di risposta negativa da cosa la medesima sarebbe giustificata.

**Anfrage Nr. 5125/03 (Minniti/Di Puppò):**

*Der Rechnungshof und die Transportspesen*

*In seinem Bericht Nr. 35 betreffend den Entscheid zur allgemeinen Rechnungslegung der autonomen Provinz Bozen und zur beigelegten Rechnungslegung der Landesfeuerwehrrkasse hat der Rechnungshof folgendes hervorgehoben: "Was hingegen das Transportwesen anbelangt, wurde eine geringe Bereitschaft des lokalen Transportsystems festgestellt, sich dem Markt gegenüber zu öffnen und dem Wettbewerb zu stellen, was notwendig wäre, um eine größere Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Führung der Dienste zu gewährleisten. Auf der Ausgabenseite ist nämlich eine weitere Zunahme der Kosten zu verzeichnen, die auch auf das derzeit geltende System der Konzessionen zurückzuführen ist".*

*Dies vorausgeschickt,*

*befragt man den Landeshauptmann und den zuständigen Landesrat, um zu erfahren,*

*- warum sich das Transportsystem nur beschränkt dem Markt gegenüber öffnet und dem Wettbewerb stellt, was notwendig wäre, um eine größere Effizienz und Wirtschaftlichkeit in der Führung der Dienste zu gewährleisten;*

*- warum in der Provinz Bozen das derzeit geltende System der Konzessionen in Kraft ist, das 26 Konzessionsunternehmen umfasst, von denen 23 zum Großteil von der Verpflichtung der Abrechnung der den öffentlichen Dienst betreffenden Ausgaben befreit sind;*

*- ob man angesichts der Hinweise des Rechnungshofes die Absicht hat, dieses System zu ändern, indem man sich dem Markt und dem Wettbewerb gegenüber öffnet, damit wieder ein Gleichgewicht ins System kommt und man die vom Rechnungshof kritisierte Ausgabenerhöhung in den Griff bekommt. Man ersucht im Falle einer negativen Antwort, diese zu begründen.*

-----

*Corte dei Conti e spese nei trasporti*

*Nella sua relazione n. 35 riguardante il giudizio sul rendiconto generale della provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2001 e sul rendiconto, ad esso allegato, della cassa provinciale anti-cendi, la Corte dei Conti ha sottolineato che "per quanto concerne il settore dei trasporti, è emersa la scarsa apertura del sistema di maggiore efficienza ed economicità nella gestione del servizio. Sul versante della spesa si rileva infatti un'evoluzione crescente dei costi, derivante anche da sistema concessorio posto in essere".*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

*- quali i motivi della scarsa apertura del sistema di maggiore efficienza ed economicità nella gestione del servizio dei trasporto;*



- Quali i motivi per cui in provincia di Bolzano vige il sistema concessorio attuale in cui operano 26 imprese concessionarie, n. 23 delle quali sono in buona parte affrancate dagli obblighi;
- considerando gli appunti della Corte dei Conti in proposito, se si intenda modificare tale impostazione mediante l'apertura al mercato e alla concorrenza al fine di ridare equilibrio al sistema limitando la spesa crescente denunciata dal massimo organo di controllo contabile e, in caso di risposta negativa, da cosa la medesima sarebbe giustificata.

### **Anfrage Nr. 5128/03 (Minniti/Laimer):**

#### *Radongefahr*

*In den Anfragen Nr. 2952/00, 3512/01 und 3683/01 habe ich das Problem der Präsenz von Radon, einem radiaktiven Gas, das bei dem natürlichen Verfall des Urans freigesetzt wird, aufgeworfen. Einige im letzten Jahrzehnt ausgearbeitete Studien haben bewiesen, (zum Unterschied zum Elektrosmog, über dessen Schädlichkeit es keine endgültigen Angaben und Auswertungen gibt), dass sich bei Einatmen von hohen Radonkonzentrationen die Gefahr, an einem Lungentumor zu erkranken, erhöht. Das Radon stellt eine enorme Gefahrenquelle in den Wohnungen dar; Eintrittstellen des Radons sind die sanitären und elektrischen Anlagen sowie die Heizungs- und Gasanlagen, Radon dringt auch über die Schnittstellen der Böden und Wände ein. Besorgniserregende Daten wurden anlässlich einer in Rom im Jahre 2001 stattgefundenen Tagung bekannt, wonach in Südtirol die Radonwerte – auch wegen der hohen Konzentrationen in den Südtiroler Schulen, den höchsten auf italienischer Ebene - allarmierend sind. Das Land hat in all diesen Jahren, in denen man sich der Problematik dieser "nicht spürbaren" Emissionen bewusst wurde, nichts unternommen. Erst im Juli 2001 wurde die Absicht bekundet, eine Erhebung der Arbeitsplätze, die sich in Erd- oder Untergeschossen befinden, durchzuführen, da in diesen Stockwerken die Radonkonzentrationen sehr wahrscheinlich höher sind. Dort wo das Land eingegriffen hat, um dem Phänomen vorzubeugen, indem Techniken zur Reduzierung der Radonkonzentrationen bei der Gebäudeplanung oder in Gebäuden mit nachweislich hohen Radonkonzentrationen angewandt wurden (dabei handelte es sich auch um Schulen und Kindergärten), ergriffen die Gemeinden keine Maßnahmen und forderten auch keine an. Darüber beklagte sich auch Umweltlandesrat Michl Laimer in seiner Antwort auf die Anfrage Nr. 3512/01, die das Problem der hohen Radonkonzentrationen und dem damit verbundenen erhöhten Risiko, an Lungenkrebs zu erkranken, aufwarf.*

*Dies vorausgeschickt,*

*befragt man den Landeshauptmann und den zuständigen Landesrat um zu erfahren:*

- ob die Kartierung der Gefahrenzonen entsprechend der Beantwortung der Anfrage Nr. 2952/02 schon fertiggestellt wurde;
- im Falle einer positiven Antwort, möchte man wissen, zu welchen Ergebnissen man gekommen ist;

- *im Falle einer negativen Antwort, möchte man wissen, wie diese gerechtfertigt wird;*
- *ob die Erhebung der Arbeitsplätze entsprechend der Beantwortung der Anfrage Nr. 3683/01 schon durchgeführt wurde:*
- *im Falle einer positiven Antwort, möchte man wissen, zu welchen Ergebnissen man gekommen ist;*
- *im Falle einer negativen Antwort, möchte man wissen, wie diese gerechtfertigt wird;*
- *welche Gemeinden entsprechend der Beantwortung der Anfrage 3683/01 Maßnahmen ergriffen haben. Man möchte auch wissen, ob man gegen jene Gemeinden, die bis heute nicht auf die "Mitteilung" geantwortet haben, vorzugehen gedenkt. Im Falle einer negativen Antwort möchte man wissen, wie diese gerechtfertigt wird.*
- *ob die Autonome Provinz Bozen die Absicht hat, den Gefahren des Radons vorzubeugen und Richtlinien zu erlassen sowohl für den Bau von neuen Gebäuden, als auch für die Sanierung alter Gebäude, wobei Beiträge für die Privaten vorzusehen sind, damit diese im Falle von hohen Radonkonzentrationen die Sanierung der Wohnungen vornehmen:*
- *im Falle einer positiven Antwort, möchte man wissen innerhalb wann diese Richtlinie erlassen werden;*
- *im Falle einer negativen Antwort, möchte man wissen, wie diese gerechtfertigt wird.*
- *Man möchte auch noch in Erfahrung bringen, welche Bestimmungen auf Landesebene in diesem Bereich zur Zeit in Kraft sind.*

-----

#### *Rischio radon*

*Con interrogazioni n. 2952/00, 3512/01 e 3683/01 sono intervenuto in merito al problema della presenza del radon, il gas radioattivo che viene rilasciato durante il decadimento naturale dell'uranio; alcuni studi dell'ultimo decennio hanno dimostrato (a differenza dell'elettrosmog per il quale vi sarebbero solo dati indicativi ma nessuna certezza) che l'inalazione di radon ad alte concentrazioni aumenta di molto il rischio di tumore ai polmoni. Il radon è un pericolo enorme nelle abitazioni; può passare attraverso gli impianti termici, idraulici o elettrico e del gas; nelle giunzioni pavimento parete ed altre ancora. Peraltro un dato indubbiamente preoccupante è emerso in un convegno tenutosi a Roma ancora nel 2001 secondo il quale in Alto Adige i livelli di radon sarebbero da allarme soprattutto a causa della più alta concentrazione italiana di questo gas nelle scuole altoatesine. La Provincia in tutti questi anni in cui si è sviluppata una coscienza contro gli inquinamenti "nascosti" solo con il luglio del 2001 affermava l'intenzione di eseguire un censimento dei posti di lavoro con ambienti al piano terra ed interrati, ovvero luoghi in cui è più facile si determini un inquinamento prodotto da gas radon. Laddove la Provincia ha ritenuto di intervenire prevenendo il fenomeno, ovvero adottando tecniche per l'abbattimento del radon in edifici in fase di progettazione o in case dove le misure hanno evidenziato valori elevati (strutture fra le quali si inseriscono anche scuole ed asili), sono mancati gli interventi dei Comuni e la richiesta, da parte di questi ultimi, di provvedimenti. A lamentarsi di tutto ciò fu lo stesso assessore provinciale all'Ambiente Michl Laimer rispondendo a precedente interrogazione n. 3512/01 che*

prende spunto da uno studio in base al quale l'inalazione di radon ad alte concentrazioni aumenta di molto il rischio di tumore ai polmoni.

Ciò premesso,

si interroga il Presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:

- se sia stata completata la mappatura delle zone a rischio di cui in risposta ad interrogazione n. 2952/00 e:

- in caso di risposta affermativa, quali i risultati emersi;

- in caso di risposta negativa, da cosa la medesima sarebbe giustificata.

- se sia stato effettuato il censimento dei posti di lavoro di cui in risposta ad interrogazione n. 3683/01 e:

- in caso di risposta affermativa, quali i risultati emersi;

- in caso di risposta negativa, da cosa la medesima sarebbe giustificata.

- quali Comuni di cui in risposta ad interrogazione 3683/01 siano intervenuti in proposito. Si vuole inoltre sapere se si intenda intervenire su quei Comuni che tuttora non hanno risposto alla "comunicazione" e, in caso di risposta negativa, da cosa la medesima sarebbe giustificata.

- se la Provincia Autonoma di Bolzano al fine di prevenire il rischio prodotto da radon abbia intenzione di porre delle direttive sia per la costruzione di nuovi edifici, sia per il risanamento di quelli vecchi nelle quali prevedersi forme di incentivo per i privati al fine di effettuare, in caso di presenza di radon, lavori di risanamento delle abitazioni e:

- in caso di risposta affermativa, quando ciò dovrebbe avvenire;

- in caso di risposta negativa, da cosa la medesima sarebbe giustificata.

- Si vuole inoltre sapere quali siano le normative provinciali attualmente in vigore in materia.

### **Anfrage Nr. 5130/03 (Lo Sciuto/Laimer):**

*Gentechnik: Forschung und Kontrolle miteinander in Einklang bringen*  
Die für diesen Zweck bereitgestellten knappen Ressourcen oder die manchmal eher verhaltene Einstellung gegenüber bestimmten Themen, die geradezu als Tabus empfunden werden, führen dazu, dass Italien Gefahr läuft, auf dem Gebiet der technologischen und wissenschaftlichen Forschung an den Rand gedrängt zu werden. Der oben angeführte zweite Beweggrund führt auch dazu, dass die Forschung über Genmanipulation sehr zögerlich voranschreitet: es ist zu befürchten, dass die Forschung und erst recht der Einsatz genmanipulierter Produkte von der Allgemeinheit verteufelt werden. Daraus folgt, dass auf insgesamt 1500 Unternehmen, die in Westeuropa in der Biotechnologie tätig sind, nur 50 in Italien angesiedelt sind. Man kann natürlich keinesfalls behaupten, dass den anderen Ländern die Gesundheit ihrer Bürger weniger bedeutet und weniger wichtig erscheint, sondern man muss ihnen zuerkennen, dass sie für die Entwicklung offener sind und letztlich darin aus gutem Grund auch Entwicklungs- und Fortschrittsperspektiven erkennen. Auf diesem Gebiet, ebenso wie in anderen Bereichen, ist eine andere Einstellung erforderlich: die Forschung darf nicht behindert, sondern muss bei gleichzeitig wirksa-

men Kontrollen zur Verbesserung der Lebensqualität gefördert werden. Es gilt deshalb, Forschung, Kontrolle und nachhaltige Entwicklung gleichermaßen zu fördern. Unseren Forschern muss die Möglichkeit geboten werden, ihre Studien, Forschungen und Untersuchungen durchzuführen, damit sie uns wissenschaftliche Nachweise über die Produkte erbringen können, die wir letztendlich konsumieren. Es gilt, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen, natürlich im Namen eines Fortschritts, der kontrolliert, umwelt- und gesundheitsverträglich, kurz, mit unserer Lebensqualität vertretbar ist. Dies setzt klarerweise Kompetenz und Effizienz der für den Gesundheitsschutz zuständigen Stellen voraus: Gesundheitswesen, Ämter für die Lebensmittelhygiene, Labors, tierärztlicher Dienst und alle anderen Dienste, die der öffentlichen Verwaltung zur Qualitätskontrolle aller Nahrungsmittel zur Verfügung stehen und dem Bürger, dank seriöser und genauer Information die freie Entscheidung ermöglichen, sichere Produkte zu wählen; diese müssen auch den Bestimmungen entsprechen, die die Europäischen Union und die Regierung für genmanipulierte Produkte in der Lebensmittelkette erlassen haben. Eine offene und effizient kontrollierte Forschung ermöglicht dem Verbraucher eine wirklich freie Entscheidung, wobei sie ihn vor Risiken und unbegründeten Ängsten befreit, die meist auf eine unklare und nicht neutrale Information zurückzuführen sind.

Dies vorausgeschickt,  
möchte man vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat erfahren,

- wie weit die Forschung auf diesem Gebiet in Südtirol gediehen ist;  
wie viele und welche Unternehmen sich damit befassen; in welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise die Bürger informiert werden.

-----

*Coniugare ricerca e controllo nei confronti di organismi geneticamente modificati*

La scarsità di risorse all'uopo stanziato o talora un atteggiamento di chiusura su certi temi, considerati dei veri e propri "tabù", rischiano di relegare il nostro Paese agli ultimi posti nella ricerca scientifica e tecnologica e con ciò stesso di comprometterne lo sviluppo economico ed il progresso. Al secondo ordine dei motivi è da attribuire il freno nella ricerca sugli organismi geneticamente modificati: la ricerca stessa, non l'impiego di tali organismi, rischia di passare nell'immaginario collettivo come un male. Ed è così che su 1500 imprese operanti nei Paesi della Europa occidentale nel campo delle biotecnologie, solo 50 sono italiane. Non si può certo affermare che questi Paesi siano meno sensibili ed attenti alla salute dei cittadini, ma si deve prendere atto che sono più aperti verso la ricerca, a cui ragionevolmente affidano le prospettive di sviluppo e di progresso. In questo, come in altri campi della scienza, occorre cambiare filosofia: non impedire ma consentire la ricerca, intensificando i controlli e la loro efficacia, perché sia davvero volta a migliorare la qualità della vita. Occorre coniugare cioè ricerca, controllo e sviluppo sostenibile. Occorre consentire anche ai nostri ricercatori di studiare, sperimentare e poi testare e dare certezze scientifiche sui prodotti che poi consumiamo. Accettare, cioè, la sfida dei tempi in nome naturalmente di un progresso controllato e compatibile con l'ambiente e con la salute, in una parola con la qualità del-

la vita. È evidente che ciò presuppone la professionalità e l'efficienza dei servizi preposti alla tutela della nostra salute: sanità, uffici d'igiene degli alimenti, laboratori, servizio veterinario e quante altre "sentinelle" a disposizione della mano pubblica per controllare la qualità di tutto ciò che finisce sulla nostra tavola e garantire ai cittadini, grazie ad una informazione seria e puntuale, la libertà di scelta tra i prodotti sicuri ed in linea con quanto l'Unione Europea e il Governo hanno disposto anche in presenza di o.g.m. nella catena alimentare. Una ricerca alla luce del sole e controllata efficacemente può, rendere il consumatore davvero libero di scegliere, affrancandolo dai rischi ma anche da paure immotivate e indotte da una informazione non sempre limpida o disinteressata.

Tanto premesso

si interroga il Presidente della Provincia e l'assessore competente per sapere quale sia lo stato della ricerca, in questo settore, in Alto Adige; quanti e quali imprese se ne occupino; quale sia il livello quantitativo e qualitativo dell'informazione fornita ai cittadini.

#### **Anfrage Nr. 5135/03 (Kury/Laimer):**

*In der Landesumweltagentur sind Fachleute angestellt, die Erhebungen, Analysen und Kontrollen unter anderem auch in Betrieben durchführen. Auf Grund ihrer fachspezifischen Kompetenz sind diese TechnikerInnen auch außerhalb ihrer festen Anstellung für private Aufträge gefragt.*

*Die unterfertigte Abgeordnete ersucht um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:*

- *Wie ist die Anstellung von TechnikerInnen in der Landesumweltagentur in Bezug auf eine eventuelle zusätzliche Tätigkeit im Privatsektor geregelt?*
- *Können MitarbeiterInnen der Landesumweltagentur theoretisch aus arbeitsrechtlicher Sicht auch private Aufträge von Firmen annehmen, bei denen sie bereits von Amts wegen Untersuchungen durchführen?*
- *Gibt es in der Praxis solche Fälle?*
- *Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um eine Situation zu vermeiden, die Zweifel über die Sicherstellung der Unparteilichkeit bei der Prüfung von umweltrelevanten Objekten aufkommen lassen könnten?*

-----

*Presso l'Agenzia provinciale per la protezione dell'ambiente lavorano, in qualità di dipendenti, esperti che effettuano sondaggi, analisi e controlli anche in aziende private. A seguito della loro specializzazione, a tali tecnici vengono affidati incarichi anche da privati.*

*La sottoscritta consigliera chiede di avere risposta alle seguenti domande:*

- *Com'è disciplinato il rapporto di lavoro dipendente per i tecnici in servizio presso l'Agenzia provinciale per la protezione dell'ambiente in merito a eventuali incarichi provenienti dal settore privato?*
- *In teoria, dal punto di vista del diritto del lavoro, i/le dipendenti dell'Agenzia provinciale per la protezione dell'ambiente possono accettare incarichi privati da aziende per le quali stanno già effettuando delle ricerche per conto dell'amministrazione provinciale?*

- Nella pratica si verificano casi simili?
- Quali misure sono previste per evitare che sorgano dei dubbi in merito all'obiettività dei dipendenti chiamati a valutare questioni di rilevanza ambientale?

**Anfrage Nr. 5138/03 (Minniti/Laimer):**

*Sandhof Meran*

*Soweit ich informiert bin, gedenkt die Landesregierung den rund 4 ha großen Grund des Sandhofs in Sinich bei Meran zu enteignen. Auf dem Anwesen befindet sich auch der Stall. Anscheinend will das Land von Amts wegen den Bauleitplan von Meran abändern.*

*Dies vorausgeschickt, möchte man vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat erfahren,*

*ob:*

- *das Land wirklich die Absicht hat, den obgenannten Grund des Sandhofs zu enteignen; wenn ja, ob das gesamte für gemeinnützige Zwecke bestimmte Areal enteignet wird und folglich auch die bebauten Flächen betrifft oder ob selbige mit einem anderen Verfahren enteignet werden;*
- *das Land die zuständigen Stellen befragt hat oder ob man von Amts wegen die Bauleitplanänderung für genannte Zone vornehmen will und sollte dies der Fall sein, wie eine derartige Maßnahme zu rechtfertigen wäre;*
- *das Land weiterhin Eigentümer der bebauten Zone des Hofes bleibt und wenn nicht, aus welchem Grund und welcher Zweckbestimmung diese zugeführt werden könnte.*

-----

*Maso della Rena – Sandhof – Merano*

*Mi risulta che la Provincia sia intenzionata ad espropriare il terreno del Maso della Rena – Sandhof a Sinigo presso Merano, un terreno che si espande per circa 4 ettari. Nel podere è presente anche la stalla. Sembrerebbe che la Provincia abbia intenzione di variare d'ufficio il piano urbanistico di Merano.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il Presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

- *se effettivamente è intenzione della Provincia provvedere all'esproprio del maso in questione e in caso di risposta affermativa se venga espropriata l'intera area da destinare a zona di interesse collettivo comprendendo anche le aree edificate o se queste ultime verranno espropriate con atto diverso;*
- *se la Provincia abbia chiesto agli organi competenti o intenda procedere d'ufficio alla variazione del Puc relativamente alla zona in questione e, in caso di risposta affermativa, quali i motivi che giustificerebbero tale operato;*
- *se la provincia intenda rimanere in possesso dell'area edificata della casa e, in caso di risposta negativa da cosa la medesima sarebbe giustificata e quale possa essere la destinazione della stessa.*

**Anfrage Nr. 5140/03 (Minniti/Saurer):**

*Erweiterungsarbeiten an der Klinik Martinsbrunn*

*Im Jahr 2001 hat der Gemeinderat von Meran beschlossen, die Klinik Martinsbrunn auszubauen, wobei er eine Erweiterung von 6000 Kubikmetern bewilligt hat, beispielsweise für Wohnungen für die Schwestern, die aus der Krankenpflege oder einem anderen Dienst ausscheiden, und für Betten für Terminalpatienten, die mit einer Schmerztherapie behandelt werden. Meines Wissens ist bis heute nichts geschehen, zumal die Arbeiten noch nicht begonnen haben. Für das Bauvorhaben hat das Land anscheinend Geldmittel bereitgestellt.*

*Dies vorausgeschickt,*

*soll vom Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat*

*Folgendes in Erfahrung gebracht werden:*

- Auf welche Höhe beläuft sich der dafür gewährte Beitrag?*
- Wurde dieser Beitrag bereits übergeben und gegebenenfalls um welchen Betrag handelt es sich?*
- Wann ist die Übergabe erfolgt?*
- Aus welchen Gründen wurde mit den Arbeiten noch nicht begonnen?*
- Für wann ist der Arbeitsbeginn und demzufolge der Abschluss der Arbeiten vorgesehen?*
- Auf welche Höhe beliefen sich die in Jahren 2001 und 2002 der Klinik Martinsbrunn gewährten Beiträge? Anzuführen sind der jeweilige Betrag, die Zweckbestimmung und die Eckdaten der entsprechenden Beschlüsse.*
- Ersucht wird außerdem um eine Kopie der Beschlüsse über die Gewährung der Beiträge.*

-----

*Ampliamento Fonti S. Martino*

*Nell'anno 2001 il Consiglio comunale di Merano ha deliberato opere presso la struttura "Fonti di S. Martino", autorizzando di fatto l'ampliamento dell'edificio per 6000 metri cubi al fine di creare ad esempio alloggi per le suore che dismettono l'attività infermieristica o di altro genere e posti letto per malati terminali trattati con terapia palliativa. Fino ad oggi mi risulta però che nulla sia stato realizzato tanto che i lavori non hanno avuto inizio. Per il progetto la Provincia dovrebbe avere stanziato dei fondi.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere:*

- a quanto ammonti il contributo concesso a riguardo;*
- se il contributo stesso sia stato già consegnato ed eventualmente:*
- per quale importo;*
- quando ciò sarebbe avvenuto;*
- quali risultano essere i motivi per cui i lavori non sarebbero stati ancora iniziati;*
- quando si prevede l'inizio e, conseguentemente, la conclusione degli stessi;*

- a quanto ammontano i contributi concessi negli anni 2001 e 2002 alla Clinica "Fonti di S. Martino" indicando per ognuno di essi l'ammontare, la causale e gli estremi delle delibere relative.  
Si chiede inoltre di avere copia delle delibere inerenti la concessione del contributo.

**Anfrage Nr. 5148/03 (Pürgstaller/Di Puppo):**

*Parkplätze in Franzensfeste am Bahnhof*  
Bereits im Oktober 2002 hatten 19 Pendler eine Petition unterschrieben, in welcher der Notstand des Parkplatzes am Bahnhof Franzensfeste aufgezeigt wurde.  
Ich ersuche Sie mir mitzuteilen, ob in der Zwischenzeit das Problem einer Lösung zugeführt wurde, bzw. ob eine Lösung in Aussicht gestellt wird.

-----

*Parcheggi presso la stazione di Fortezza*  
Già nell'ottobre 2002, 19 pendolari avevano firmato una petizione in cui si segnalava la mancanza di parcheggi alla stazione ferroviaria di Fortezza.  
Pertanto La prego di volermi comunicare se nel frattempo si è riusciti a risolvere tale problema o - se così non fosse - se la soluzione è imminente.

**Anfrage Nr. 5150/03 (Pürgstaller/Di Puppo):**

*Bahnhof Lana – Burgstall*  
Die Gemeindeverwaltungen von Lana und Burgstall haben die Notwendigkeit der Modernisierung des Bahnhofes Lana - Burgstall aufgezeigt. Nachdem die Modernisierungsarbeiten für Gargazon für notwendig erkannt und nächstens umgesetzt werden, stelle ich die Frage, ob auch der Bahnhof Lana - Burgstall, der ein Mittelpunktbahnhof ist, ebenfalls in nächster Zeit modernisiert wird?

-----

*Stazione di Lana – Postal*  
La amministrazioni comunali di Lana e Postal hanno segnalato la necessità di ammodernare la stazione di Lana - Postal. Poiché per la stazione di Gargazzone si è riconosciuto che sono necessari determinati lavori di ammodernamento, i quali verranno eseguiti prossimamente, chiedo di sapere se si ritiene di fare altrettanto per la stazione di Lana – Postal, che è una stazione centrale.

**Anfrage Nr. 5151/03 (Holzmann/Saurer):**

Der unterfertigte Landtagsabgeordnete von Alleanza Nazionale befragt den Landesrat für Personalwesen über die gerichtlichen Folgen der Ermittlungen über die Schmiergeldaffäre in der Landesverwaltung. Einige Landesbedienstete haben sich nämlich wegen verschiedener Straftaten in den Maschen der Justiz verfangen und wurden dafür



*strafrechtlich verurteilt, wobei die Urteile rechtskräftig geworden sind. Darunter der Abteilungsdirektor Arch. March, Dr. Travan, die Geometer Taglialegne, Hager und Gozzer, sowie Rag. Eisendle.*

*Von mehreren Seiten wird auf das sonderbare Verhalten der Landesverwaltung verwiesen, die einige Bedienstete wieder in ihren Dienst aufgenommen, ja sogar befördert hat, während andere entlassen wurden. Eigenartig ist, dass die strafrechtlich verurteilten Bediensteten der deutschen Sprachgruppe ihre Stellen bzw. ihre verantwortungsvolle Position beibehalten haben. Arch. March ist nach wie vor Abteilungsdirektor, Rag. Eisendle wurde zum Amtsdirektor befördert, während die Bediensteten italienischer Muttersprache entlassen wurden; gegen sie wurde sogar ein Prozess vor dem Rechnungshof angestrengt, wobei Entschädigungen in Milliardenhöhe wegen Rufschädigung der Autonomen Provinz Bozen gefordert wurden.*

*In diesem Zusammenhang soll Folgendes in Erfahrung gebracht werden:*

*- Welche strafrechtliche Urteile wurden gegen jeden Einzelnen der oben genannten Bediensteten ausgesprochen und für welche Straftaten?*

*- Aus welchen Gründen hat die Autonome Provinz Bozen in bezug auf die Entlassungen bzw. den Verbleib im Dienst nicht ein einheitliches Verhalten an den Tag gelegt?*

*- Aus welchen Gründen wurden vor dem Rechnungshof Prozesse wegen einer möglichen Rufschädigung der Autonomen Provinz Bozen gegen einige Bedienstete (der italienischen Sprachgruppe) angestrengt, während andere (der deutschen Sprachgruppe) nicht davon betroffen waren?*

-----

*Il sottoscritto Consigliere Provinciale di Alleanza Nazionale interroga l'Assessore al Personale in relazione alle conseguenze giudiziarie, a seguito delle indagini sulla cosiddetta "tangentopoli provinciale".*

*Alcuni dipendenti provinciali sono incappati nelle maglie della giustizia per vari reati per i quali hanno ottenuto delle condanne penali, con sentenze passate in giudicato. Tra questi il capo ripartizione arch. March, il Dott. Travan, i geometri Taglialegne, Hager e Gozzer, il rag. Eisendle.*

*Da più parti viene segnalata l'anomalia nel comportamento della Provincia Autonoma di Bolzano che ha reintegrato alcuni dipendenti addirittura promovendoli, mentre ne ha licenziati altri. Il fatto strano è che i dipendenti del gruppo linguistico tedesco incappati in condanne penali sono restati al loro posto con incarichi di responsabilità. L'arch. March ha mantenuto l'incarico di capo ripartizione, il rag. Eisendle è stato promosso direttore d'ufficio, mentre i dipendenti di lingua italiana sono stati licenziati e contro di loro è stata addirittura intentata una causa davanti alla Corte dei Conti, chiedendo risarcimenti miliardari per il danno d'immagine che sarebbe stato arrecato alla Provincia Autonoma di Bolzano.*

*Al riguardo si chiede di sapere:*

*- per ciascuno dei dipendenti menzionati quali condanne penali sono state pronunciate e per quali reati;*

- per quali ragioni non si è posto in atto un comportamento uniforme da parte della Provincia Autonoma di Bolzano, per quanto concerne i licenziamenti o il mantenimento in servizio;
- i motivi per le cause intentate dinanzi alla Corte dei Conti per l'ipotesi di un danno d'immagine della Provincia Autonoma di Bolzano, nei confronti di alcuni dipendenti (del gruppo linguistico italiano), con l'esclusione di altri (del gruppo linguistico tedesco).

### **Anfrage Nr. 5161/03 (Kury/Laimer):**

UVP: Verbindung Skigebiete Gitschberg-Jochtal/Gemeinde Mühlbach  
Mit Beschluß Nr. 5180 der Landesregierung vom 30.12.2002 wurde das Projekt der Gitschberg AG und Jochtal AG für die Errichtung von Anlagen zur Verbindung der Skigebiete Gitschberg-Jochtal in der Gemeinde Mühlbach mit den Auflagen des Gutachtens des UVP-Beirates Nr. 15/2002 genehmigt.

Die Art und Weise, wie dieses positive Gutachten des UVP-Beirates letztendlich zustande gekommen ist, gibt zu Fragen und Sorge Anlass, da zu befürchten ist, dass die vom UVP-Gesetz vorgegebenen Regeln in Zukunft nicht mehr ernst zu nehmen sind.

Das Projekt für eine Verbindung der beiden Skigebiete wurde vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz und vom Alpenverein, Sektion Brixen mit Fachgutachten und vom Referat für Natur und Umwelt des Alpenvereins abgelehnt. Im Wesentlichen werden beanstandet: Es handelt sich um eine Neuerschließung eines unberührten Gebietes, das massive landschaftliche Eingriffe, Waldschlägerungen und Erdbewegungsarbeiten erfordert und eine erhebliche Verkehrsbelastung, Beeinträchtigung des Wasserhaushalts, Lawinengefahr, etc. mit sich bringt.

Wie aufgrund all dieser negativen Aspekte nicht anders zu erwarten war, hat der UVP-Beirat anlässlich der Sitzung vom 9.10.2002 das Projekt mehrheitlich abgelehnt.

In der Folge sollen die Projektträger, die bei der UVP-Sitzung nicht persönlich anwesend waren, ein neues Variante-Projekt vorgelegt haben, das u.a. die neue Schwandbahn um ca. 400 m verkürzt und die Gaisjochbahn um ca. 400 m verlängert und bei letzterer zwei zusätzliche Stützen erforderlich macht.

Ohne erkennbar stichhaltigem Grund hat der UVP-Beirat es für richtig gehalten, nach der negativen Beurteilung eine neuerliche Abstimmung über ein Variante-Projekt vorzunehmen. Diesmal mit Erfolg für die Projektträger!

Die unterfertigte Abgeordnete ersucht die Landesregierung um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Laut welcher gesetzlichen Regelung ist es möglich, über ein und dasselbe Projekt zweimal in Folge abzustimmen, wenn das erste Gutachten der UVP negativ ausgefallen ist?
- Wenn es sich jedoch um ein sogenanntes Variante-Projekt handelt, so fragt Unterfertigte den zuständigen Landesrat, wie es möglich ist, dass ein neues, abgeändertes Projekt nicht den normalen Weg der UV-Prüfung durchlaufen muss, wie z.B. Genehmigung der Gemeinde, Veröffentlichung, Termin für Einspruchnahme, etc. ?

- Die Projektträger waren bei der Sitzung des UVP-Beirates nicht anwesend, weshalb ihnen eine nochmalige Anhörung zugestanden wurde. Zu welchem Zweck? Das Projekt haben sie sicherlich vorgestellt und im Detail erläutert, denn wie sonst ist es möglich, dass sie ein Variante-Projekt abliefern konnten, das den Vorstellungen des Beirates in so kurzer Zeit gerecht wurde?

- Die Auflagen des UVP-Beirates beinhalten auch „eine auf den letzten Stand gebrachte Analyse der Auswirkungen auf Flora, Fauna und betroffenen Lebensraum nach der vorgelegten Variante“. Frage: Wozu braucht es nachträglich eine Analyse, wenn das Projekt bereits genehmigt ist? Ist dies nicht Beweis für die Wichtigkeit, ein Projekt mit dem notwendigen Zeitaufwand zu prüfen?

- Laut Skipistenplan ist eine Verbindung der Skigebiete Gitschberg-Jochtal ausdrücklich im Hinblick auf hydrogeologische und landschaftliche Aspekte, die Lawinensicherheit, das Verkehrsaufkommen und den Finanzierungsplan vertieft zu untersuchen. Liegen diese Untersuchungen besonders in Bezug auf die letzten drei Punkte dem UVP-Beirat vor?

-----

VIA: collegamento zone sciistiche

Gitschberg/Monte Cuzzo-Jochtal (Comune di Rio Pusteria)

Con la delibera della Giunta provinciale n. 5180 del 30-12-2002 è stato approvato il progetto della Gitschberg S.p.A e Jochtal S.p.A per la realizzazione di impianti di collegamento delle zone sciistiche Gitschberg/Monte Cuzzo-Jochtal nel Comune di Rio Pusteria alle condizioni di cui al parere del comitato VIA n. 15/2002.

Il modo in cui alla fine si è arrivati al parere positivo del comitato VIA fa sorgere domande e ci preoccupa, visto che c'è da temere che in futuro le norme contenute nella legge in materia di VIA non dovranno più essere rispettate.

Il progetto di collegamento delle due zone sciistiche è stato respinto dalla Federazione protezionisti altoatesini (Dachverband für Natur- und Umweltschutz), dall'Alpenverein, sezione di Bressanone con parere di esperto nonché dal settore natura e ambiente dell'Alpenverein. In sostanza i punti contestati sono i seguenti: si dovrebbe costruire in una zona ancora incontaminata, il che richiederebbe pesanti interventi sul paesaggio, l'abbattimento di alberi e movimenti di terra, causando un notevole impatto ambientale, compromettendo l'equilibrio idrico e aumentando il rischio di valanghe.

Come c'era da aspettarsi sulla base di tutti questi aspetti negativi, il comitato VIA nella seduta del 9-10-2002 ha respinto a maggioranza il progetto.

In seguito i promotori del progetto, assenti a tale seduta del comitato VIA, hanno presentato un progetto di variante che fra le altre cose prevede un accorciamento di ca. 400 m del nuovo impianto di Schwand e un prolungamento dell'impianto di Cima della Capra con l'aggiunta di due ulteriori piloni.

Senza un apparente valido motivo il comitato VIA dopo il suo parere negativo ha ritenuto di effettuare una nuova valutazione del progetto di variante, dandola vinta ai promotori del progetto.

La sottoscritta consiglia chiede alla Giunta provinciale di fornire risposta scritta alle seguenti domande:

- In base a quale norma è possibile mettere ai voti due volte lo stesso identico progetto, se il primo giudizio di VIA era risultato negativo?

- Se però si tratta di un cosiddetto progetto di variante, la sottoscritta chiede all'assessore competente come è possibile che un nuovo progetto modificato non debba seguire dall'inizio la normale procedura di VIA come per es. l'autorizzazione del comune, la pubblicazione, i termini per sollevare obiezioni ecc.?

- I promotori del progetto non erano presenti alla seduta del comitato VIA, per cui è stata concessa loro una nuova audizione. A quale scopo? Il progetto lo hanno sicuramente presentato e illustrato nei minimi dettagli, altrimenti come sarebbe stato possibile presentare un progetto di variante in cui in così poco tempo si è riusciti a soddisfare le richieste del comitato?

- Le condizioni del comitato VIA comprendono anche un'analisi aggiornata degli effetti del progetto di variante sulla flora, la fauna e l'habitat. Ora mi domando a cosa serve un'analisi dopo che il progetto è già stato approvato? Non dimostra quanto sia importante prendersi il tempo necessario per valutare un progetto?

- Secondo il piano piste da sci un collegamento delle zone sciistiche Gitschberg/Monte Cuzzo e Jochtal va espressamente analizzato più approfonditamente per quanto riguarda "gli aspetti idrogeologici e paesaggistici, il rischio valanghivo, la situazione viabilistica ed il piano finanziario". Il comitato VIA ha ricevuto tale documentazione, in particolare quella relativa agli ultimi tre punti?

### **Anfrage Nr. 5173/03 (Zendron/Laimer):**

#### *Feinstaub Pm 2.5*

*Die italienische Gesetzgebung regelt die Präsenz von Feinstäuben in der Luft und legt deren Grenzwerte, die Toleranzgrenze, die Vorgangsweisen zur Reduzierung dieser Grenze und das Datum fest, an welchem die Grenzwerte erreicht sein müssen.*

*Der bekannteste dieser Stäube ist der "Pm 10", ein Schadstoff mit komplexer chemischer Zusammensetzung, der für den menschlichen Organismus äußerst schädlich ist und unter anderem Sulfate, Nitrate, Ammoniak und Kohlenstoff enthält.*

*Gesetzlich geregelt ist auch die Konzentration einer Untergruppe von Stäuben, nämlich "Pm 2.5", die noch feiner und möglicherweise für den Menschen noch schädlicher sind, da sie bei der Verbrennung von Benzin produzierten Kohlenstoff und eine Reihe von giftigen Metallen wie Cadmium und Nickel enthalten.*

*Auch was die Partikel "Pm 2.5" betrifft, werden die Regionen verpflichtet, fixe Probenahmestellen einzurichten, um die Präsenz dieser Substanz zu ermitteln. Die einzelnen Verwaltungen können die Zonen benennen, in denen die Grenzwerte überschritten werden: in der Folge sorgen sie für eine ständige Bestandsaufnahme dieser Substanzen und für eine Reduzierung derselben und schließlich untersuchen sie die Auswirkungen dieser Stoffe auf den Menschen.*

*Wir wissen, dass es derzeit noch keine "gesetzliche Definition" des Partikels "Pm 2.5" gibt, eben weil von diesem noch zu wenig bekannt ist, da die Wissenschaftler auf Schwierigkeiten bei der Isolierung die-*

ses Partikels stoßen. Aus diesem Grund bemüht man sich nun, geeignete Messinstrumente zu entwickeln und das Verhältnis zwischen "Pm 10" und "Pm 2.5" ausfindig zu machen, die beide gemeinsam im verunreinigenden Staub enthalten sind.

Außerdem haben weder die italienischen noch die europäischen Bestimmungen aus den oben angeführten Gründen den Schwellenwert für diesen Stoff festgelegt.

In einigen Regionen, beispielsweise in der Lombardei, ist eine Pilotstudie in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, einigen italienischen Universitäten und der Regionalen Agentur für Umweltschutz (Arpa) im Gang. Bei diesem noch laufenden Experiment wird die Methode "Spas" angewandt, die es ermöglicht, die einzelnen in der Luft enthaltenen Schadstoffe zu identifizieren und zu messen.

Dies vorausgeschickt, soll vom zuständigen Landesrat in Erfahrung gebracht werden,

- ob und wie man sich in unserem Land dafür ausrüstet, um die "Pm 2.5"-Partikel zu ermitteln;

- ob diesbezügliche Studien im Gang sind oder ob man gedenkt, solche durchzuführen;

- ob Kontakt zu wissenschaftlichen und administrativen Stellen aufgenommen wurde, die derartige Studien durchführen, beispielsweise zur Arpa in der Lombardei oder zu anderen italienischen oder ausländischen Institutionen, um die Ergebnisse ihrer Untersuchungen zu nutzen;

- was man derzeit über die Präsenz des Schadstoffes "Pm 2.5" weiß, und zwar vor allem in den am stärksten belasteten Gebieten des Landes wie beispielsweise in der Stadt Bozen und deren am stärksten betroffenen Stadtvierteln.

-----

#### *Polveri fini pm 2.5*

La legislazione italiana regolamenta la presenza nell'aria delle polveri sottili, fissandone i valori limite, il margine di tolleranza, le modalità di riduzione di tale margine e la data alla quale i valori limite devono essere raggiunti.

La più nota di queste polveri è la "Pm 10", un inquinante dalla composizione chimica complessa, particolarmente nocivo per l'organismo umano, contenente, tra le altre sostanze, solfati, nitrati, ammoniaca e carbonio.

La sopra menzionata legislazione regola anche la concentrazione di un sottogruppo di polveri "Pm 2.5", ancora più sottili e potenzialmente più dannose per l'uomo, in quanto contenenti carbonio prodotto durante la combustione della benzina e una serie di metalli tossici, quali cadmio e nichel.

Anche per le particelle "Pm 2.5" alle Regioni viene imposto di installare punti di campionamento in luoghi fissi per rilevare la presenza di tale sostanza. Le singole amministrazioni possono designare le zone nelle quali i valori limite sono superati, provvedendo al monitoraggio continuo della presenza di tali sostanze, a limitarne i livelli, oltre che a studiare gli effetti di queste sostanze sull'uomo.

Sappiamo che allo stato attuale manca ancora una "definizione legale" della particella "Pm 2.5", proprio perché di essa non si sa abbastanza per via delle difficoltà che gli studiosi del settore incontrano

*nell'isolare tale particella. Per questo gli sforzi attuali sono rivolti all'individuazione di strumenti di misura più adeguati, oltre che all'individuazione del rapporto tra "Pm 10" e "Pm 2.5", che coesistono all'interno della polvere inquinante generale.*

*Inoltre la normativa italiana e quella europea, per i motivi sopra addotti, non hanno ancora definito i limiti di guardia per tale sostanza.*

*Tuttavia in alcune Regioni, come ad esempio in Lombardia, è stato avviato uno studio pilota in collaborazione con la Commissione Europea, alcune Università italiane e l'Agenzia regionale per la protezione dell'ambiente (Arpa). L'esperimento pilota, tutt'ora in corso, si avvale del metodo "Spass" che permette di identificare e misurare le singole particelle inquinanti contenute nell'aria.*

*Un tanto premesso, si interroga l'assessore competente, per sapere:*

*- Se e come nella nostra Provincia ci si stia attrezzando per le rilevazioni delle particelle "Pm 2.5";*

*- Se siano stati avviati o si intendano avviare studi in tal senso;*

*- se si sono stabilite relazioni con istituzioni e realtà scientifiche e amministrative che hanno avviato studi in questa materia, ad esempio con l'Arpa della Regione Lombardia o con altre istituzioni italiane o estere, per approfittare dei risultati delle loro ricerche;*

*- Che cosa si sa allo stato attuale sulla presenza dell'inquinante "Pm 2.5", specialmente nelle zone più inquinate della provincia, come ad esempio la città di Bolzano e nei suoi quartieri più colpiti.*

### **Anfrage Nr. 5175/03 (Urzi/Saurer):**

*Vorsorge gegen Prostatakrebs*

*Im vorgerückten Alter wird bei einem beträchtlichen Prozentsatz der Männer ein Prostata tumor diagnostiziert.*

*Es handelt sich dabei um eine stark verbreitete Krankheit, mit guten Heilungschancen, wenn sie rechtzeitig erkannt wird.*

*Die Vorsorge gegen Prostatakrebs stellt heute das wirksamste Instrument dar, um den Patienten vor schlimmen Folgen zu bewahren, sie wäre aber auch sehr hilfreich, um die hohen Sozialkosten einzudämmen, welche die Behandlung eines Tumors im fortgeschrittenen Stadium mit sich bringt.*

*Dies vorausgeschickt,*

*soll vom Landeshauptmann und vom zuständigen Landesrat in Erfahrung gebracht werden, ob das Land nicht beabsichtigt, die Zweckmäßigkeit zu prüfen, für alle Südtiroler Bürger bei den verschiedenen Sanitätsbetrieben einen kostenlosen Diagnosedienst als Vorsorge gegen Prostatakrebs einzurichten.*

-----

*Prevenzione contro i tumori alla prostata*

*In età matura ad una percentuale molto significativa di uomini sono diagnosticate forme di tumore alla prostata.*

*Si tratta di una malattia sociale diffusa e curabile, con risultati estremamente positivi, se riscontrata con tempestività.*

*La diagnosi precoce del tumore alla prostata oggi rappresenta lo strumento più efficace per evitare conseguenze gravi ai pazienti ma si*

*rivelerebbe anche un valido ausilio per il contenimento degli alti costi sociali dati dalla cura dei fenomeni tumorali in forma avanzata.*

*Ciò premesso,*

*si interroga il presidente della Giunta provinciale e l'assessore competente per sapere se la Provincia non intenda verificare l'opportunità di introdurre per tutti i cittadini dell'Alto Adige un servizio di diagnostica gratuita presso le diverse UsI per la prevenzione del tumore alla prostata.*

### **Anfrage Nr. 5176/03 (Willeit/Di Puppo):**

*Verkehrschao an den Wochenenden in Gröden*

*An den letzten Wochenenden ist es zu Verkehrsstauungen auf der Straße zwischen Urtijëi und Sëlva mit Fahrzeiten von bis zu 2 Stunden gekommen. Schuld daran kann nicht die große An- und Abreise allein sein, deshalb ersuche ich den zuständigen Landesrat um die Beantwortung folgender Fragen*

- Was wurde bisher getan um die Regelung des Verkehrs im Tal, in den Dorfzentren, an den Kreuzungen und an den Fußgängerübergängen besser zu koordinieren, bzw. was gedenkt man zu tun?*
- Gibt es eine Verkehrskordinierungsstelle für die 3 Gemeinden Grödens bzw. für diese drei Gemeinden und Kastelruth?*
- Ist man nicht der Auffassung, dass die Planung und die Durchführung der Arbeiten für die Verwirklichung der Umfahrungsstrassen von S. Cristina und Sëlva mit großer Dringlichkeit voranzutreiben sind, dies auch im Sinne des Beschlusses des Landtages vom 5.3.2002?*
- Ist man nicht der Auffassung, dass für die Straßenüberquerung der Skifahrer und der Fußgänger an kritischen Stellen, weitere Überführungen notwendig sind?*

-----

*Traffico nel caos durante i fine settimana in Val Gardena*

*Durante gli ultimi fine settimana lungo la statale tra Ortisei e Selva si sono formate lunghe code con tempi di percorrenza fino a 2 ore. La causa di tale caos non è imputabile solo all'arrivo e alla partenza dei turisti, pertanto chiedo all'assessore competente di rispondere alle seguenti domande:*

- Quali misure sono state adottate finora o si pensa di adottare per rendere il traffico più scorrevole nella valle, nei centri abitati, agli incroci e in corrispondenza dei cavalcavia?*
- Esiste un centro di coordinamento del traffico per i tre comuni della Val Gardena ovvero per i tre comuni gardenesi e Castelrotto?*
- Non si ritiene che la programmazione e l'esecuzione dei lavori per la realizzazione delle circonvallazioni di Santa Cristina e Selva siano estremamente urgenti, anche in virtù di quanto previsto nella mozione del Consiglio provinciale del 5-3-2002?*
- Non si ritiene che nei punti critici per gli sciatori e i pedoni sia necessario realizzare ulteriori cavalcavia?*

Ich fordere die betroffenen Mitglieder der Landesregierung auf, die Anfragen innerhalb der nächsten 8 Tage zu beantworten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, am Beginn der heutigen Landtagssitzung darf ich Sie ersuchen, sich zu einer Gedenkminute von Ihren Sitzen zu erheben. Wir gedenken heute des am 5. April dieses Jahres im Alter von 84 Jahren verstorbenen ehemaligen Landtagspräsidenten Herrn Robert von Fioreschy.

Robert von Fioreschi ist vor einem Monat seiner langen Krankheit erlegen. Fünf Jahrzehnte stand er im Mittelpunkt des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Südtirols. Er war Politiker, Rechtsanwalt, bekleidete zahlreiche hohe Ämter und trug unzählige Ehrenzeichen.

Robert von Fioreschy studierte bei den Franziskanern und promovierte 1948 an der Universität Innsbruck und 1949 in Genua in Rechts- und Staatswissenschaften. 1951 trat er als Rechtsanwalt ins Berufsleben ein und ein Jahr später wurde er in den Südtiroler Landtag gewählt, wo er bis 1973 blieb. Er war Landeshauptmannstellvertreter, Landesrat für Industrie, Handel und Handwerk, Fremdenverkehr, Transportwesen, Berufserziehung und Sport und von 1968 bis 1971 Landtagspräsident. Von 1971 bis 1973 bekleidete er das Amt des Landtagsvizepräsidenten.

Am 19. Juli 1970 kam es in Bozen zwischen durch Fioreschy und dem damaligen Tiroler Landtagspräsidenten Alois Lugger zu einer gemeinsamen Landtagssitzung der Südtiroler und Tiroler Abgeordneten. Fioreschy gelang es in vornehm kluger Art, die Treffen zu großen Erfolgen grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu machen. Die Schaffung des Zweierlandtages durch Fioreschy und Lugger war auch die Voraussetzung dafür, dass es 1991 zum Dreier-Landtag mit dem Trentino gekommen ist.

1973 wurde Fioreschy Handelskammerpräsident und erst 1994 vom derzeitigen Präsidenten Benedikt Gramm abgelöst. Fioreschy erhielt auch zahlreiche Anerkennungen. Er trug das Ehrenzeichen des Landes Tirol, das große goldene Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich, die Würde eines Ehrenautors der Universität Innsbruck, das Bundesverdienstkreuz I. Klasse, die Goldene Ehrennadel des Handwerks und den "Cavaliere di Gran Croce" der Republik Italien.

Der Familie des Verstorbenen, insbesondere seiner Gattin Hermine und seinen Töchtern Ingrid, Linde und Monika, gilt die besondere Anteilnahme des Südtiroler Landtages.

Ich darf Sie ersuchen, zum Zeichen der Trauer in Stille kurz des Verstorbenen zu gedenken.

*(Eine Gedenkminute – um minuto di silenzio)*

Wir kommen nun zur Behandlung der Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung: **“Aktuelle Fragestunde”**.



Punto 1) dell'ordine del giorno: **“Interrogazioni su temi di attualità”**.

**Anfrage Nr. 01/05/03** vom 28.3.2003, eingebracht vom Abgeordneten Munter, betreffend die Schnellstraße MEBO. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**MUNTER (SVP):** Die Schnellstraße MEBO ist eine der am stärksten befahrenen Straßen des Landes. Sie weist auf ihren Teilstrecken sehr unterschiedlich beschaffene Kurven auf, die teilweise schwer zu bewältigen sind, insbesondere dann, wenn Autofahrer die Strecke nicht gut kennen oder schnell unterwegs sind. Die MEBO birgt eine hohe Unfallgefahr, was auch immer wieder durch Berichte und Schlagzeilen untermauert wird. Eine der “gefährlichen” Stellen befindet sich in der Nähe der Ein- und Ausfahrt Nals, wo sich immer wieder Unfälle ereignen. Nachdem die Schnellstraße zur Fahrt mit einer höheren Geschwindigkeit einlädt, können die Autofahrer die Gefahren, welche sich aus der Beschaffenheit der Strecke ergeben, nicht rasch genug einschätzen, um das Tempo vor den betroffenen Stellen zu drosseln. Daher wäre es sinnvoll und notwendig, vor scharfen, abschüssigen bzw. besonders langen Kurven Warnschilder anzubringen.

In diesem Zusammenhang möchte der unterfertigte Abgeordnete Folgendes in Erfahrung bringen:

- Ist der Landesregierung bekannt, dass sich auf der MEBO wöchentlich mehrere Unfälle ereignen, wenn sie auch oft für die Betroffenen “nur” mit einem Blechschaden am Fahrzeug verbunden sind?
- Warum wurden vor den gefährlichen Stellen bislang keine Warnschilder zur Sensibilisierung der Bevölkerung angebracht?
- Gedenkt die Südtiroler Landesregierung zu veranlassen, dass solche Warnschilder angebracht werden und, falls ja, innerhalb wann wird das geschehen?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Schule und Kultur sowie Bauten):** Die MEBO ist wirklich eine stark befahrene Straße. Man zählt täglich zwischen 25.000 und 30.000 Autos. Die MEBO ist für eine Geschwindigkeit von 110 Stundenkilometern projektiert und auch ausgeführt worden. Nach jeder Einfahrt stehen große Geschwindigkeitsbegrenzungs-Schilder, welche auf diese Höchstgeschwindigkeit hinweisen. Zusätzlich sind vor einigen Monaten, nachdem die entsprechende Zuständigkeit an das Land übergegangen ist, bei allen Einfahrten Warnschilder, die auf die elektronische Geschwindigkeitsüberwachung hinweisen, angebracht worden.

Was die von Ihnen erwähnte Kurve anbelangt, kennen wir die Problematik. Es hat auch einen Lokalausweis von Seiten unserer Techniker und der Verkehrspolizei gegeben. Laut Informationen der Verkehrspolizei waren die Ursachen der Unfälle fast immer auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen. Auch die ausgestellten Übertretungsprotokolle betreffen die Nicht-Einhaltung der vorgeschriebenen Ge-

schwindigkeitsbegrenzung, und das deutet darauf hin, dass einfach zu schnell gefahren wird. Deshalb kann nicht die Straße oder eine bestimmte Kurve als gefährlich eingestuft werden. Das Verhalten der Verkehrsteilnehmer entspricht nicht den vom Straßenkodex vorgeschriebenen Verhaltensregeln.

**MUNTER (SVP):** Ihre Ausführungen sind sicher sehr wertvoll und auch hilfreich. Es ist klar, dass jemand, der einen Unfall verursacht, Schuld ist, da jeder so schnell unterwegs sein müsste, dass er sein Auto stets zum Stillstand bringen kann. Trotzdem stelle ich fest, dass gerade bei dieser gefährlichen Kurve gehäuft Unfälle auftreten. Die gesamte MEBO folgt einem gewissen Kurvenrhythmus, wobei besonders enge Kurvenradien unerwartet auftreten. Um genau diesen Überraschungseffekt zu vermeiden, sollte man vor besonders gefährlichen Kurven spezifische Warnschilder aufstellen. Deshalb ersuche ich um Überprüfung dieser Maßnahme.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**Dr. CARLO WILLEIT**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 02/05/03** vom 28.3.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend Warmwasserbohrungen in Sinich – Pumpversuche. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** In Beantwortung einer Anfrage des Unterfertigten bezüglich der Bohrungen nach warmem Wasser antwortete Landesrat Laimer im Mai vergangenen Jahres unter anderem, dass die Bohrung als Probebohrung zur Erkundung von Thermalwasser durchgeführt wurde, dass die Bohrung zwar abgeschlossen, die Analysen jedoch ausstehen, dass die Gesteinsproben noch auszuwerten sind und dass ein Langzeitpumpversuch für die Thermalwassernutzung installiert notwendig ist. Dafür sollte in 800 Metern Tiefe eine sogenannte Tiefenwasserpumpe installiert werden, um die exakte Ausschüttung der Fördermenge zu ermitteln und entsprechende Analysen zu machen. Darauf könnte die Phase für die Anerkennung und Zertifizierung des Wassers eingeleitet werden.

Pressemitteilungen zufolge soll die Vergabe der Arbeiten für die angekündigten Langzeitpumpversuche zwei Mal gescheitert sein. An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

- Welches sind die Gründe für das Scheitern der Ausschreibungen für die Langzeitpumpversuche zur Gewinnung von Thermalwasser in Sinich?
- Mit welchen Unternehmen sollen nun Verhandlungen für diese Versuche geführt werden?
- Wie viel hat die Landesregierung bisher insgesamt für dieses Projekt ausgegeben?

**LAIMER (Landesrat für Natur und Umwelt, Wasser und Energie, Raumordnung, Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten, Landschafts- und Naturschutz, Landesagentur für Umwelt- und Arbeitsschutz und Informationstechnik – SVP):** Ich schicke voraus, dass es sich um ein sehr komplexes Vorhaben handelt. Im Vorfeld hat es zahlreiche Gutachten und Untersuchungen gegeben, um den genauen Ort für die Durchführung einer solchen Bohrung festzulegen. Ich erwähne Stichworte wie “Seismik”, “Magnetik”, “Auswertung von Satellitenbildern” usw. Im Vergleich zu anderen ähnlichen Projekten ist es eigentlich ein Ausnahmefall, da man bereits beim ersten Versuch fündig geworden ist. Das möchte ich schon klarstellen, da man oft von falschen Voraussetzungen ausgeht. Es ist dann bis in eine Tiefe von 2.400 Metern gebohrt worden. Dabei darf man sich nicht vorstellen, dass sich am Ende dieses Bohrloches ein unterirdischer See befindet. Das sind ganz schmale Ritzen, aus denen das Wasser mit hohem Druck herausschießt, weil es sich um eine Schnittstelle von Platten handelt, die aus porösem Gestein bestehen. Deshalb besteht die Möglichkeit, entsprechende Wassermengen zirkulieren zu lassen.

Die erste Phase der Bohrung ist abgeschlossen. Aufgrund dieser positiven Erfahrung kann nun die zweite Phase eingeleitet werden. Auf die Frage, ob Wasser gefunden worden ist, kann ich Ihnen mit Ja antworten. Jetzt geht es um drei Unterfragen. Frage Nr. 1: Welche Qualität hat das Wasser? Frage Nr. 2: Welche Schüttmenge gibt es? Frage Nr. 3: Welche Temperatur hat das Wasser? Was die Temperatur betrifft, so kann ich Ihnen sagen, dass das Bohrwasser an diesem Punkt eine Temperatur von mehr als 90 Grad hat. Das sind 30 Grad mehr, als aufgrund von Berechnungen hätten sein dürfen. Die Fragen Nr. 1 und Nr. 2 sind Gegenstand der zweiten Phase, die durch einen Langzeitpumpversuch ermittelt werden wird. Dabei wird vorausgeschickt, dass es auch diesbezüglich ein technisch aufwendiges Unterfangen gibt. Normale Bohrungen, wie sie von unseren Tiefbaustellen her bekannt sind, sind für solche Arbeiten nicht ausgerüstet. Deshalb mussten wir uns an Spezialfirmen wenden, die aus dem Erdöl- und Geothermik-Sektor kommen. Die entsprechenden Ausschreibungen sind relativ kompliziert und mussten auch in englischer Sprache verfasst werden, weil das so vorgesehen ist.

Auf die Frage, warum sich bei der Ausschreibung trotz mehrerer Interessensbekundungen niemand beworben hat, Folgendes: Die Firmen haben erklärt, dass aufgrund des Preises kein Angebot gemacht werden konnte. Das ist von mehreren Firmen so erklärt worden.

Zur Frage Nr. 2. Es sind mit mehreren Gesellschaften entsprechende Verhandlungen geführt worden. Ich erwähne die Wiener Firma “Porr-Umwelttechnik”, die Firma “Bergemine Spa” aus Parma, die Firma “Hydro-Drilling International Spa” aus Ravenna, die Firma “Seulmex Spa” aus Piacenza und die Firma “Dadda” aus Mailand. All diese Firmen haben sich für das Projekt interessiert.

Zur Frage Nr. 3. Bisher sind für dieses Projekt 4,5 Millionen Euro ausgegeben worden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das, was Landesrat Laimer im ersten Teil seiner Ausführungen gesagt hat, ist nicht neu. Meine Anfrage bezieht sich auf den derzeitigen Stand der Dinge, weil ich in Erfahrung bringen konnte, dass die Langzeitpumpversuche nicht durchgeführt werden konnten. Jetzt wissen wir, dass das deshalb der Fall war, weil der Preis, den die Landesregierung festgelegt hat, zu niedrig war. Das bedeutet, dass jetzt noch einmal alles teurer wird, als ursprünglich veranschlagt, denn 4,5 Millionen Euro sind nicht unbedingt wenig. Mir war es wichtig, den aktuellen Stand der Dinge in Erfahrung zu bringen, denn bei Projekten dieser Größenordnung stellen die Leute immer sehr viele Fragen. Die Landesregierung sollte hier schon für Klarheit sorgen.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 03/05/05** vom 28.3.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend GATS – Liberalisierung der Wasserversorgung. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Bis Ende März dieses Jahres erwartet sich die Welthandelsorganisation (WTO) von den Staaten eine Stellungnahme zu den geplanten Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich. Betroffen sind auch grundlegende Bereiche wie Bildung und Wasser.

Die sogenannten GATS-Verträge drohen auch für Südtirol umwälzende Änderungen zu bringen. Im internationalen Jahr zum Schutz des Süßwassers scheint es besonders geboten, darauf zu achten, dass unser heimisches Wasser nicht an große Konzerne verscherbelt wird. Auch wenn bisher stets erklärt wurde, dass das Südtiroler Wasser nicht gefährdet sei, wachsen in der Bevölkerung die Ängste und Sorgen.

- Wie beurteilt die Landesregierung grundsätzlich die laufenden GATS-Verhandlungen und wie ihre möglichen Auswirkungen auf Südtirol?
- Welche Rahmenbedingungen bzw. welche gesetzliche Grundlage verleihen der Landesregierung den Optimismus, dass das Südtiroler Wasser nicht in Gefahr ist?
- Hat die Landesregierung mit dem Staat bezüglich GATS-Verhandlungen entsprechende Gespräche geführt und vorbeugende Maßnahmen getroffen?

**LAIMER (Landesrat für Natur und Umwelt, Wasser und Energie, Raumordnung, Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten, Landschafts- und Naturschutz, Landesagentur für Umwelt- und Arbeitsschutz und Informationstechnik – SVP):** Hinter dem Wort “GATS” versteckt sich einiges, was in vielen Punkten besorgniserregend ist. Es geht hier um ein weltweites Bestreben nach Liberalisierung in den verschiedensten Bereichen bis hin zu den Sektoren wie Bildung und Kul-

tur. Im konkreten Fall geht es aber um das Thema "Wasser". Ich darf vorausschicken, dass dieses Thema global gesehen zu einer zentralen Herausforderung werden wird, weil davon auszugehen ist, dass in den nächsten Jahren circa eine Milliarde Menschen nicht ausreichend Zugang zu Trinkwasserreserven haben werden. Welcher sozialpolitische Aspekt dahintersteckt, ist natürlich klar. Dabei ist auch festzustellen, dass diesbezüglich in Europa – in besonderer Weise in Italien – gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, die man nicht ohne weiteres aus den Angeln heben kann. Ich darf sagen, dass das Wasser in Italien zum Unterschied zu Österreich seit dem Jahr 1994 öffentlich ist. Das hat natürlich eine Reihe von konkreten Auswirkungen. In dem Moment, in dem das Wasser privates Gut ist, kann es veräußert und verkauft werden. Wenn es aber ein öffentliches Gut darstellt, ist die Sache natürlich anders. In Südtirol gibt es eine eigene gesetzliche Bestimmung, die vorsieht, dass nur derjenige eine Wasserkonzession erhalten kann, der den Bedarf hier in Südtirol nachweisen kann. Jeder, der Wasser nutzen will, braucht eine Konzession der zuständigen Landesbehörde. Außerdem erhält er die Konzession nur dann, wenn er den Bedarf nachweisen kann. Deshalb ist ein Verkauf des Wassers nicht möglich. Darüber hinaus gibt es eine staatliche gesetzliche Bestimmung, die mir auch sehr wichtig erscheint, nämlich jene, die vorsieht, dass das Leitungsnetz als solches nicht in private Hände kommen darf. Das Wasser bleibt öffentliches Gut und die Leitungen werden mehrheitlich von der öffentlichen Hand kontrolliert. Das Einzige, was ausgeschrieben werden kann und vielleicht auch muss, ist die Führung. Hier kann es durchaus sein, dass ein Privater die Führung besser als die öffentliche Hand vornimmt, aber auf jeden Fall erscheint es mir wichtig, dass das Wasser in öffentlicher Hand bleibt und dass die Leitungen von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Die Verhandlungen sind nicht leicht zu beeinflussen, weil sie hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir erfahren fast gar nichts und erhalten auch keine Informationen seitens der römischen Stellen. Sollte es Anzeichen für eine wesentliche Änderung in diesem Bereich geben, werden wir auf jeden Fall alle rechtlichen Maßnahmen ausschöpfen, um unsere natürlichen Ressourcen schützen zu können.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich hoffe, dass wir hier vor unliebsamen Überraschungen verschont bleiben. Der Landesrat hat richtigerweise gesagt, dass diese Diskussion unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet, und zwar in nicht gewählten institutionellen Gremien. Entscheidungen mit einer derartigen Tragweite dürften meines Erachtens nur von politischen Gremien getroffen werden, die auch dazu gewählt werden. Hier treffen Leute klammheimlich Entscheidungen, mit denen schlussendlich alle Menschen zu leben haben.

Das, was der Landesrat in Bezug auf die Einstufung des Wassers gesagt hat, ist sicher richtig, aber ich befürchte, dass man hinter unserem Rücken Dinge aushandelt, um diese Bestimmungen eventuell auch zu Fall zu bringen. Ich weiß nicht, was der Staat tut. Ich habe hier den Bereich des Wassers herausgegriffen, aber auch die

Bildung wäre davon betroffen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass private Träger die Bildung weltweit organisieren. Davor müsste man schon mit aller Entschiedenheit warnen! Ich wünsche mir, dass man hier mehr Druck auf den Staat ausübt, um in Erfahrung zu bringen, was Sache ist. Die Staaten mussten ihre Vorschläge ja bis Ende März machen. Jetzt ist bereits Anfang Mai, aber wir wissen immer noch nicht, welche Vorschläge der Staat Italien in diesem Zusammenhang gemacht hat. Das ist schon äußerst bedenklich, denn Entscheidungen von dieser Tragweite ohne die Miteinbeziehung der Bevölkerung zu treffen, ist fahrlässig. Ich möchte nicht in einer Gemeinschaft leben, in der man nicht erfahren darf, welche Entscheidungen getroffen werden, die dann mein eigenes Leben beeinflussen. Das widerspricht jeder demokratischen Grundausrichtung!

**PRÄSIDENT:** Die Anfragen Nr. 04/05/03, Nr. 05/05/03, Nr. 06/05/03 und Nr. 07/05/03 werden in Erwartung des Eintreffens des Landeshauptmannes kurzfristig vertagt.

Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KLOTZ (UFS):** Ich habe vorher nachfragt, welche Landesräte sich für heute entschuldigt haben, und Sie haben mir geantwortet, dass sich lediglich die Frau Landesrätin Gnecci entschuldigt hat. Das bedeutet, dass Landeshauptmann Durnwalder eigentlich hier sein müsste. Herr Präsident, ich ersuche Sie, die Sitzung bis zum Eintreffen des Landeshauptmannes zu unterbrechen. Wir haben ein Recht, diese aktuellen Fragen beantwortet zu bekommen. Nachdem sich der Landeshauptmann nicht entschuldigt hat, hat er einfach hier zu sein, denn das ist eine Geringschätzung des Landtags! Die Kontrolle ist unsere ureigenste Aufgabe, und deshalb können wir das nicht tolerieren. Wir haben ein Recht darauf, dass unsere Anfragen pünktlich beantwortet werden. Auch die Fünf-Tage-Frist wird nie eingehalten. Ich habe noch nie innerhalb von fünf Tagen eine Antwort auf eine aktuelle Anfrage erhalten! Wenn man Glück hat, dann kommt die Antwort nach zehn oder zwanzig Tagen, aber dann ist es keine aktuelle Antwort mehr! Deshalb ersuche ich Sie, die Sitzung solange zu unterbrechen, bis wir wissen, ob der "Landeshäuptling" noch kommt oder nicht!

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben natürlich Recht, wenn Sie sagen, dass den aktuellen Anfragen nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die sie eigentlich verdienen würden. Sie haben auch Recht, wenn Sie sagen, dass einige Anfragen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von fünf Tagen beantwortet werden. Das hat die heutige längere Verlesung der nicht beantworteten Anfragen gezeigt. Allerdings scheint mir die Forderung nach Unterbrechung der Sitzung etwas voreilig zu sein. Sollte der Landeshauptmann wirklich nicht eintreffen, so können wir die Sitzung auch später noch unterbrechen. Auf jeden Fall werden wir uns inzwischen über das Verbleiben von Landeshauptmann Durnwalder erkundigen.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 08/05/03** vom 8.4.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend die Umlaufbahn Bozen – Überetsch. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die Möglichkeit zur Errichtung einer Umlaufbahn zwischen Bozen und dem Überetsch sorgt derzeit für Gesprächsstoff. Die schwierige Verkehrssituation in diesem Bereich ruft nach Lösungen, weshalb jede mögliche Entlastung auf großes Interesse stößt. Tatsächlich wäre eine Umlaufbahn eine umweltfreundliche Verkehrsstruktur. Für die Personenbeförderung in Skigebieten haben sich bewährt. Im Zuge dieser Diskussion ist auch der Vorschlag neu eingebracht worden, diese Strecke mit einer Bahnlinie zu versorgen.

- Hat sich die Landesregierung mit dem Vorschlag zur Errichtung einer Umlaufbahn bzw. einer Bahnlinie zwischen Bozen und dem Überetsch befasst?
- Wenn ja, wo sind die entsprechenden End- bzw. Zwischenstationen vorgesehen? Gibt es eine Machbarkeitsstudie, welche eine Umlaufbahn bzw. eine Bahnlinie untersucht bzw. deren Vor- und Nachteile gegenüberstellt?
- Gibt es bereits Vorstellungen, was eine Umlaufbahn bzw. eine Bahnlinie kosten würde und in welchem Ausmaß würde die Landesregierung eine neue Verkehrsstruktur in diesem Bereich fördern?

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** Il tema del traffico proveniente dall'Oltradige è all'attenzione dell'assessorato ai trasporti oltre che per i dati del monitoraggio anche per le difficoltà orografiche che si dovrebbero superare. Oggi il sistema di trasporto su gomma è l'unico garantito dal sistema pubblico, dopo che molti anni fa fu soppressa una linea ferroviaria oggi particolarmente interessante. Anche il tracciato ferroviario di allora ha avuto una destinazione totalmente diversa, non solo nel tratto urbano di Bolzano ma anche sul percorso fra Ponte Adige e il comune di Appiano, di conseguenza molto difficilmente riconducibile alla funzione originale. Rimane quindi solo il servizio su gomma che però è afflitto da una bassissima velocità commerciale per via del congestionamento del traffico da uso di autovetture private che finiscono per bloccare anche il trasporto su gomma. Dal piano trasporti si ricava un'indicazione che è quella di offrire sulla via verso l'Oltradige una sorta di "Bus-priority" cioè creare le condizioni perché il bus abbia condizioni privilegiate nell'attraversamento del territorio, quindi la creazione di corsie preferenziali, la creazione di momenti di arresto del traffico privato con zone di parcheggio, come ad esempio ponte Adige, e favorire da lì il trasferimento con mezzi pubblici urbani.

Per quanto riguarda invece l'uso di sistemi a trazione a fune, così come il "people mover" elaborato dalla ditta Leitner, è un progetto che seguiamo fin dalla sua origine e che particolarmente stiamo seguendo nei luoghi di prima applicazione, che però hanno caratteristiche molto diverse da quelle prese in considerazione, intanto la

brevità del tratto e un'origine-destinazione del tragitto, mentre in questo caso si tratterebbe di una tratta di oltre 12 km con attraversamenti di punti orografici a diverso dislivello, e in ogni caso la necessità di reperire un sedime sul quale questa infrastruttura deve poter insistere, altrimenti non è realizzabile in quanto tutti i pilastri di supporto della strada che dovrebbe essere percorsa dal "people mover" occupano del terreno. Se è possibile individuare delle aree da destinare ad attività trasportistica tant'è cominciare a riprendere un altro tipo di ragionamento che è quello di destinare corsie per il trasporto su gomma. Nel frattempo, in attesa che quanto anche noi abbiamo letto sui giornali ci venga in qualche modo formalizzato dai comuni - può darsi che escano delle proposte più originali di quelle che noi abbiamo immaginato - la Provincia e le Ferrovie hanno trovato un'intesa per realizzare a ponte Adige un parcheggio e l'attestamento di una fermata urbana che consenta sia a chi viene da Merano ed è interessato ad arrivare piazza Adriano, corso Italia, corso Libertà di usare un mezzo di trasporto partendo da ponte Adige anziché dal centro verso la periferia, ma anche da chi viene dall'Oltradige di poter lasciare la macchina a ponte Adige e continuare con i mezzi pubblici urbani che hanno una frequenza più alta e quindi una capacità anche di trasporto maggiore rispetto ai mezzi extraurbani.

Al momento non abbiamo nessuno studio di fattibilità rispetto al "people mover" e di conseguenza non abbiamo nemmeno la possibilità di una stima, per quanto approssimativa, di costi di realizzazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich habe diese Anfrage eingebracht, um zu erfahren, was diesbezüglich bereits im Gange ist. Offensichtlich gibt es derzeit nur die Diskussion. Man sollte den Leuten keine falsche Hoffnungen machen, denn jeder weiß, dass der Verkehr in diesem Bereich ein besonderes Problem ist. Dass sich die betroffenen Gemeinden darüber Gedanken machen, ist rühmlich, aber aufgrund der Häufigkeit der Meldungen zu diesem Thema hat man schon den Eindruck gewonnen, dass es schon eine ausgemachte Sache ist, dass zwischen Bozen und der Gemeinde Eppan eine Umlaufbahn errichtet wird. Dem ist nicht so, und das muss auch die Bevölkerung wissen! Es nützt nichts, wenn ein oder zwei Personen dieses Thema als Wahlkampfthema hernehmen und den Leuten Hoffnungen machen, wenn es technisch gar nicht möglich ist. Ein Ingenieur einer Firma, die Umlaufbahnen baut, hat in einem Interview gesagt, dass Umlaufbahnen nur dann funktionieren, wenn sie eine bestimmte Strecke bedienen, wenn es eine gerade Linie gibt und wenn nicht zu viele Umsteigeplätze vorhanden sind. Bei einer Aufstiegsanlage zu einem Skigebiet ist es von Punkt A zu Punkt B eine gerade Linie. Das wäre hier sicher nicht der Fall. Ich bin immer dagegen, dass den Leuten etwas als große Lösung vorgemacht wird, wenn nicht einmal die minimalsten technischen Voraussetzungen vorhanden sind. Hier hat man ein Argument in die politische Diskussion geworfen und hat den Leuten großen Hoffnungen gemacht. Wenn man ihnen jetzt sagen muss, dass das, was da verlangt wird, gar nicht machbar ist, dann hat man niemandem geholfen. Die Umlaufbahn als Heilmittel hinzu-



stellen und zu sagen, dass sie die Verkehrsproblematik lösen würde, geht nicht! Wie gesagt, ich halte wenig davon, Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Wenn man mir sagt, dass das technisch möglich ist, dann bin ich der Erste, der dafür ist.

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung der Anfragen Nr. 09/05/03 und Nr. 10/05/03 wird in Erwartung des Eintreffens des Landeshauptmannes kurzfristig vertagt.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 11/05/03** vom 11.4.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend "Staben – wo bleibt der Bus?". Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Eine Bürgerinitiative von Staben bemängelt, dass es nach der Öffnung der Umfahrungsstraße von Naturns in Staben keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr gibt. Besonders für ältere Menschen ist der Ort isoliert bzw. abgesperrt. Schulkinder, Pendler und alte Menschen haben in den vergangenen Tagen zunächst umsonst auf den Bus gewartet. Als ein entsprechender Dienst eingerichtet wurde, konnte der Bus nicht wenden, weil die Planung versagt hat.

- Wann wird Staben wieder einen voll funktionierenden Busdienst haben, damit vor allem Schulkinder, Pendler und ältere Menschen nicht weiter benachteiligt sind?
- Warum wurden die Anregungen der Bürgerinitiative nicht ernst genommen?
- Wer ist für die technische Fehlplanung des Buswendeplatzes verantwortlich?

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** Un grazie particolare all'interrogante, perché mi consente di illustrare una vicenda poco commendevole di rapporti tra le pubbliche amministrazioni e tra competenze diverse della stessa pubblica amministrazione. Quando quella variante di Stava fu progettata, l'assessorato ai trasporti segnalò che tale soluzione ingegneristica esclusivamente viabilistica non teneva in nessun conto le necessità del trasporto pubblico in quanto la comunità di Stava più che la frazione di Stava veniva totalmente isolata dal collegamento principale lungo l'asse della val Venosta, ma che si creavano addirittura le condizioni per impedire all'autobus di poter attraversare l'abitato e ritornare sulla strada statale della Venosta. Queste segnalazioni non furono raccolte nemmeno dal Comune, il quale, ad opere compiute, si rese conto che la situazione era diventata difficile. Comunque prima che l'inaugurazione avvenisse, presso i miei uffici c'è stato un incontro tra i nostri tecnici del trasporto pubblico, il sindaco di Saturno, e l'assessora competente per il trasporto del comune di Naturno. A costoro era stato presentato un piano di collegamento della frazione di Stava con il comune di Naturno che metteva in collegamento praticamente l'abitato di Stava con tutti gli autobus direzionati verso Malles e verso Merano, con questo fastidio in più di rottura di carico, cioè bisognava scendere dall'autobus a Naturno e salire su quello che andava a Merano e viceversa. Questo per non danneggiare tutti gli altri autotrasportati che do-

vevano essere portati per otto minuti a girare all'interno di Stava per poi tornare indietro e ritornare sulla vecchia statale. Otto minuti in un collegamento cadenzato come quello della val Venosta, che ha degli appuntamenti precisi con le valli laterali e con la Ferrovia a Merano, diventano un fatto abbastanza complesso oltre che scomodo. Sindaco e assessora accettarono questa proposta.

Il giorno 9 aprile, nel momento in cui i servizi dovevano avere avvio, un ultimo sopralluogo fatto dai nostri tecnici verificavano che l'autobus non poteva girare nella piazza predisposta per la rotazione, perché mancava l'ultimo strato di asfalto che avrebbe dovuto livellare un po' la piazza, per evitare che in curva l'autobus toccasse il fondo stradale. E la manovra l'abbiamo fatta con un autobus vuoto, quindi immaginate di fare lo stesso percorso con un autobus carico. La carrozzeria nel muso anteriore sinistro avrebbe strisciato sull'asfalto ruvido. Il giorno dopo ci fu un intervento immediato per mettere l'ultimo manto di asfalto e il giorno 10 è iniziato il servizio del trasporto pubblico. Dopo di che c'è stato, da parte del comune, a seguito della lamentela di diversi utenti un ritorno sulle proprie decisioni e la richiesta di far rientrare l'autobus della val Venosta dentro l'abitato di Stava. La cosa è stata accolta anche dalla Giunta provinciale, per cui a decorrere dal 12 maggio il sistema di trasporto cambierà, non sarà più un servizio "shuttle" ma sarà il sistema tradizionale che tornerà a passare ogni ora all'interno dell'abitato di Stava.

So già quale sarà la lamentela, che molti degli utenti provenienti da Malles o Silandro dovranno regolare il proprio tempo in ore di punta con otto minuti in più di penalizzazione. Difatti il tempo di qui al 12 maggio ci serve per riorganizzare tutto il trasporto pubblico di area, per riconfermare le coincidenze con la ferrovia a Merano ma soprattutto per riorganizzare scuole, lavoratori, zone produttive ecc. con otto minuti di anticipo rispetto agli orari normali.

Devo anche chiarire se laddove ci sono stati dei ritardi nella realizzazione della piazzola di inversione a Stava, questi non sono da addebitare alla ripartizione Trasporti ma alla ripartizione Infrastrutture che ha creato l'opera e non l'aveva completata per la data di inaugurazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ab 12. Mai fahren die Busse also wieder nach Staben. Das bedeutet, dass der Bus zwar etwas länger braucht, dass die Bevölkerung von Staben aber nicht mehr abgeschlossen ist. Für die Leute ist es wichtig zu wissen, was auf sie zukommt bzw. wie sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden. Es ist festzustellen, dass bei der Verwirklichung der Umfahrungsstraße bestimmte Dinge nicht abgesprochen worden ist. Man hat nur auf das schnelle Vorbeifahren und nicht so sehr an den öffentlichen Verkehrsdienst gedacht. Man muss die Menschen schon verstehen, die nicht mehr die Möglichkeit hatten, aus dem Dorf hinauszukommen. Deshalb ist es gut, dass man hier eine Lösung gefunden hat, die allen entgegenkommt. Es wird sicher Proteste der anderen Vinschger geben, die ja etwas länger unterwegs sein werden, aber ich denke doch, dass sie für die Stabener Verständnis haben

werden. Auf jeden Fall sollte das eine Lehre für die Zukunft sein! Wenn man bei der Verwirklichung großer Projekte auch auf die Bedürfnisse der kleinen Gemeinschaften Rücksicht nehmen würde, dann könnte man sich sehr viel Ärger ersparen.

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung der Anfrage Nr. 12/05/03 wird in Erwartung des Eintreffens des Landeshauptmannes kurzfristig vertrag.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 13/05/03** vom 14.4.2003, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Turnuszuschläge für die Erzieher der Landesberufsschulen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**PÖDER (UFS):** Seit Oktober 2001 bekommen alle Erzieher/Innen der Landesberufsschulheime keine Turnuszuschläge mehr. Laut inoffiziellen Mitteilungen werden Ansuchen um Ausbezahlung der Turnuszuschläge nicht bearbeitet bzw. regelrecht blockiert. Trotz Intervention der Erzieher/Innen wurde kein Schritt von Seiten des Personalamtes gesetzt, um die Problematik zu lösen.

- Wie viele Ansuchen um Ausbezahlung der Turnuszuschläge liegen vor – wie viele wurden bearbeitet?
- Wenn die Ansuchen tatsächlich nicht bearbeitet werden: Worin liegt die Ursache?
- Wann werden die Ansuchen behandelt und wann werden die Auszahlungen der Turnuszuschläge vorgenommen?

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Die Auszahlung der Turnuszuschläge ist im Spätherbst 2001 unterbrochen worden, und zwar vor allem, weil es in Bezug auf die Berechnung der Nachtstunden verschiedene Meinungen gegeben hat. Der wahre Grund für die Unterbrechung der Auszahlung liegt aber darin, dass für die Führung eines echten Turnusdienstes im Sinne des Landesbereichsabkommens keine Ermächtigung durch den Generaldirektor bestanden hat. Aufgrund des neuen Landesbereichsabkommens muss die Ermächtigung für den Turnusdienst von der Landesregierung erteilt werden. Auf einen begründeten Antrag von Seiten des Direktors der Abteilung 20 und nach eingehender Besprechung über die Gestaltung der Turnusdienste in den Schülerheimen ist mit Beschluss der Landesregierung Nr. 1326 die Turnuszulage für die Heimerzieher anerkannt worden. Dabei ist festgestellt worden, dass die Voraussetzungen für die Zulage bereits im abgelaufenen Schuljahr bestanden haben. Es handelt sich um die Schülerheime folgender Berufsschulen: Landeshotelfachschule "Kaiserhof", Landesberufsschule für das Gastgewerbe "Savoy", Landesfachschule für Sozialberufe und Landesberufsschule für Gast- und Nahrungsmittelgewerbe "Hellensteiner" in Brixen. Die Verlängerung der Ermächtigung für die italienische Hotelfachschule "Ritz" wird in einer der nächsten Sitzungen erfolgen. Von Seiten der Fachschulen für Land- und Hauswirtschaft ist nie um eine Ermächtigung zum Turnusdienst für die Heimerzieher angesucht worden. Auch wird

in diesen Heimen der Internatsdienst zum guten Teil vom Lehrpersonal wahrgenommen. Natürlich steht dafür eine erhöhte Stundenvergütung für die Nachtstunden zu. Das ist die derzeitige Situation.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Pöder verzichtet auf die Replik.

Nachdem der Landeshauptmann soeben eingetroffen ist, kommen wir zur **Anfrage Nr. 04/05/05** vom 31.3.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend den Bergzoo in Platzers/Tisens. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Der Heimatpflegeverband in Südtirol hat anlässlich seiner 53. Vollversammlung am 22. März 2003 unter anderem eine Resolution verabschiedet, mit welcher der Bau des Projektes Bergzoo Platzers abgelehnt wird. Die Mitglieder der Landesregierung und die Abgeordneten zum Südtiroler Landtag, denen die Resolution zugestellt wurde, wurden aufgefordert, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass das geplante Vorhaben im Sinne eines nachhaltigen Natur- und Landschaftsschutzes nicht verwirklicht wird.

Festgestellt, dass die Landesregierung bereits erklärt hat, für die Folgekosten nicht aufzukommen, wird sie um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

- Welches ist der neueste Stand bezüglich der Verwirklichung eines Bergzoo in Platzers?
- Wie steht die Landesregierung insbesondere zur gegenständlichen Resolution des Heimatpflegeverbandes?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Resolution des Heimatpflegeverbandes ist im Auftrag von Frau Irmgard Windegger, Obfrau des Kultur- und Heimatpflegeverbandes von Tisens, gefasst worden. Sie wissen, dass Frau Windegger immer eine große Gegnerin des Bergzoo war. Es wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass sich das Vorhaben selbst tragen würde, weshalb es nach Möglichkeit von einer privaten Organisation weitergeführt werden sollte. Aufgrund der Gegnerschaft innerhalb der Gemeinde Tisens ist eine entsprechende Volksbefragung durchgeführt worden, die, wenngleich knapp, ein positives Ergebnis gebracht hat. Immerhin hat sich die Mehrheit der Bevölkerung für den Bergzoo ausgesprochen. Die Landesregierung hat kein Recht, eine Volksbefragung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Sie wissen, dass bei der Aufstiegsanlage in Sexten eine einzige Stimme für den Nicht-Bau dieser Anlage ausschlaggebend war, und das haben wir zur Kenntnis genommen. Deshalb werden wir die Entwicklung weiter verfolgen. Das Land hat keine Eintragung in den Bauleitplan von Amts wegen vorgenommen. Die Gemeinde Tisens überlegt zur Zeit, ob sie eine Eintragung machen möchte oder nicht. Kollege Leitner, wenn man von der direkten Demokratie etwas hält, dann muss eine Volksbefragung zur Kenntnis genommen werden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Natürlich sind Volksbefragungen zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe eine Anfrage eingebracht, in der ich nachgefragt habe, ob das Land für die Folgekosten des Bergzoos aufkommen wird, und die Antwort war negativ. Ich wage zu behaupten, dass mit dem Bergzoo in Platzers/Tisens dasselbe wie mit der Rodelbahn in Meransen passieren wird. Auch dort hat es eine Volksbefragung mit positivem Ergebnis gegeben, aber das Projekt ist schlussendlich an der Finanzierung gescheitert. Auch hier wird man an der Finanzierung scheitern. Wenn das Land für die Folgekosten nicht aufkommen will, dann wird der Bergzoo nicht gebaut werden. Das ist meine Meinung!

Ich habe in meiner Anfrage auf eine Resolution des Heimatpflegeverbandes Bezug genommen haben. Diese Resolution wurde einstimmig gefasst. Ich weiß nicht, ob sie auf das Betreiben einer Frau gemacht worden ist, denn das geht aus der Resolution nicht hervor. Hier geht es um die Sache! Man muss den Leuten schon sagen, dass die Landesregierung nicht mitzahlt. Wenn die Prämissen so bleiben, wie sie sind, dann können wir davon ausgehen, dass der Bergzoo nicht errichtet wird.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 05/05/03** vom 1.4.2003, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend Ankündigungen beim Forza-Italia-Parteitag. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (UFS):** Die Sprecherin von Forza Italia hat jüngst beim Parteitag verkündet, im Pustertal werde ein Militärübungsplatz für 700 Einheiten ausgewiesen.

- Hat der Landeshauptmann Kenntnis davon?
- Weiß er, wo im Pustertal dieser Übungsplatz entstehen und wie groß das Areal sein soll?
- Hat er eine konkrete Vorstellung über die Folgen solcher Pläne?
- Gibt es eine Möglichkeit, sie zu verhindern? Wenn nein, warum nicht?

Forza Italia wolle außerdem den Fond aus den 60-er Jahren für italienische Medien in Grenzregionen wieder ankurbeln. Das bedeutet, die Südtiroler assimilieren und in die Minderheiten setzen zu wollen.

- Wie reagiert der Landeshauptmann darauf?
- Hat der Landeshauptmann schließlich Kenntnis von der Absicht des Regioneministers, "bald eine Durchführungsbestimmung zur Ad-hoc-Sprachgruppenerklärung" vorzulegen, wie von Biancofiore verkündet? Was wird dagegen unternommen?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Die Frage, ob ein neuer Militärübungsplatz errichtet werden soll, wurde sofort auf die Tagesordnung der paritätischen Kommission, die am 23. April dieses Jahres getagt hat, gesetzt. In der paritätischen Kommission wusste

niemand etwas davon und es wurde beteuert, dass von niemandem ein diesbezüglicher Antrag gestellt worden sei. Auf jeden Fall werden wir das im Auge behalten und Sie können sicher sein, dass wir alles unternehmen werden, um gegen die Ausweisung eines Militärübungsplatzes einzuschreiten. In der heutigen Zeit ist wirklich kein neuer Militärübungsplatz notwendig. Nach Möglichkeit sollten die bestehenden Militärübungsplätze reduziert werden.

Zum Fonds für italienische Medien in Grenzgebieten. Sie wissen – und das hat der ehemalige Landtagspräsident Boesso gesagt -, dass in den fünfziger Jahren ein Fonds für die Aufrechterhaltung bzw. für den Schutz der italienischen Medien im Grenzgebiet errichtet worden ist. Wir haben x Mal nachgefragt und es hat geheißen, dass dieser Fonds bereits seit langem nicht mehr existiere. Außerdem wurde uns mitgeteilt, dass man diesen Fonds eingeführt hat, um den Italienern, die aus Arbeitsgründen nach Südtirol kamen, zu helfen. Auf jeden Fall ist mir nicht bekannt, dass ein solcher Fall auch heute noch bestehen würde. Wohl aber muss ich sagen, dass auch von unserer Seite um die Möglichkeit der Unterstützung von Minderheiten besteht. Das bedeutet, dass auch Presseorgane von sprachlichen Minderheiten unterstützt werden können. Wir wissen, dass die italienische Volksgruppe in Südtirol keine Minderheit darstellt, und deshalb wäre es auch nicht gerechtfertigt, wenn es unter diesem Titel Unterstützungen geben würde.

Zur Ad-hoc-Erklärung. Wir haben nicht nur in Rom, sondern auch in Brüssel auf die diesbezüglichen Einwände von Convivia protestiert. Sie wissen, dass die Volkszählung durchgeführt worden ist und dass Convivia Rekurs eingereicht hat. Ich habe mit dem EU-Kommissar Bolkestein gesprochen, und man ist auch in Brüssel der Auffassung, dass eine Ad-hoc-Erklärung nicht das richtige Mittel für eine richtige Anwendung des Proporz ist. Eine Ad-hoc-Erklärung würde die Leute dazu verleiten, eine egoistische Erklärung abzugeben.

**KLOTZ (UFS):** Das würde also bedeuten, dass die Sprecherin von Forza Italia gelogen hat.

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (UFS):** In dem Moment, in dem ein Antrag vorliegt, kann man das ja nicht mehr verheimlichen. Dann hat irgendeine Seite geblufft. Biancofore hat in der Tageszeitung vom 31. März dieses Jahres Folgendes gesagt: “Im Pustertal wird ein Militärübungsplatz für 700 Einheiten ausgewiesen werden.” Man weiß also nichts davon, und deshalb bin ich sehr gespannt, was in dieser Hinsicht noch herauskommen wird.

Zum Fonds für die Italienisierung Südtirols. Boesso hat klar gesagt, dass dieser Fonds damals vom Innenministerium zur Verfügung gestellt worden ist, um die Italienisierung Südtirols mit Hilfe der Medien zu betreiben. Es war also nicht ein Fonds

für die Unterstützung von Italienern, die aus Arbeitsgründen nach Südtirol kamen, sondern für die Errichtung des Fonds gab es einen es knallharten politischen Hintergrund. Sagen wir das offen, Herr Landeshauptmann!

Wenn Sie vom bestehenden Fonds zur Unterstützung von Sprachminderheiten sprechen, dann gehe ich davon aus, dass das der Beitrag für die Tätigkeit des EBLUL – European Bureau for lesser used languages - ist.

Was die Ad-hoc-Erklärung anbelangt, so möchte ich sagen Ihr Wort in Gottes Ohr. Ich habe den Eindruck, dass diesbezüglich von Seiten der Führungsspitze dieses Landes zu wenig getan wird. Diesen Eindruck habe ich auch in Bezug auf verschiedene Abgeordnete der Europäischen föderalistischen Allianz, die im Europaparlament gut vertreten sind und über die wir auch manche Nachrichten bekommen, wie verschiedene Dinge laufen. Meiner Meinung nach ist es notwendig, verstärkt in diesem Sinne tätig zu sein, denn "Convivia" wühlt, wo immer sie die Gelegenheit dazu hat, und das ist nicht zu unterschätzen.

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KURY (GAF-GVA):** Ich würde Sie ersuchen, doch ein bisschen mehr auf die Einhaltung der Zeiten zu achten. Es ist bestimmt nicht so, dass ich Frau Klotz nicht aussprechen lassen möchte, aber das geht zu Lasten anderer Anfragen, die dann nicht mehr zur Behandlung kommen.

**PRÄSIDENT:** Nachdem sich die Kollegin Klotz zu Beginn dieser Fragestunde gedulden musste, da der Landeshauptmann noch nicht hier war, war es wohl gerechtfertigt, nicht sofort einzuschreiten.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 06/05/03** vom 1.4.2003, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend die Sportstättenzählung. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**PÖDER (UFS):** Im Jahr 1996 gab es laut Auskunft des Landeshauptmannes in der Antwort auf eine Landtagsanfrage des Unterfertigten die letzte Sportstättenzählung, durchgeführt vom CONI, dem italienischen Olympischen Komitee. Damals wurden in Südtirol 3481 Sportstätten und Freizeitanlagen gezählt.

- Hat es seit damals keine Zählung mehr gegeben? Wann ist die nächste zu erwarten?
- Kennt die Landesverwaltung die genaue Zahl der Sportstätten und Freizeitanlagen nicht?
- Kann man die aktuelle Zahl bzw. den Zuwachs seit 1996 abschätzen?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! In der Tat geht die letzte Sportstättenzählung auf das Jahr 1996 zurück. Damals wurde die ISTAT-Erhebung kontrolliert und seitdem gibt es eine Fortschreibung der Daten des CONI, die qualitativ gesehen aber nicht wenige Ungereimtheiten aufweist. Im Rahmen der Erstellung des Sportstättenplanes gab es im Stichjahr 1993 eine Sportstättenenerhebung mit anderen Kriterien als jenen des CONI. Deshalb sind auch die Daten nicht immer vergleichbar.

Laut CONI-Erhebung aus dem Jahr 1996 gab es in Südtirol 3481 Sportstätten. Darunter sind auch 1280 private Hallenbäder, die an und für sich nicht dazugechnet werden sollten, wenngleich sie für sportliche Tätigkeiten herangezogen werden.

Die Erhebung des Sportstättenleitplanes hat insgesamt 1.916 Sport- und Freizeitanlagen ergeben. Bei der Sportstättenplanung wird immer auf Ortsebene vorgegangen, ausgenommen bei übergemeindlichen Anlagen, sodass die Landesverwaltung nicht immer den besten Überblick hat. Der Soll-Bestand, der in unserem Auftrag von der Universität Heidelberg erhoben wurde, beträgt 3.219 Anlagen. Wenn wir die kleineren Anlagen – Softball, Boccia, Ballspiel, Kegeln, Rodeln, Motocross, Tennis usw. – miteinrechnen, dann können wir davon ausgehen, dass wir zur Zeit 2.500 Anlagen haben. Wir sind zur Zeit dabei, eine neue Erhebung zu machen, die im Frühjahr des nächsten Jahres fertiggestellt sein wird. Dabei werden einheitliche Richtlinien hergenommen, damit man genaue Aussagen tätigen kann. Wenn private Anlagen einmal mitgezählt werden und ein anderes Mal nicht, dann kann es kein richtiges Ergebnis geben.

**PÖDER (UFS):** Meiner Meinung nach wäre es schon interessant, wenn es hier eine klare Aufstellung geben würde. Das ist natürlich schwierig, wenn das CONI auch die privaten Hallenbäder dazuzählt! Welche Kriterien dieser Tatsache zugrunde liegen, weiß ich nicht, aber aus lokaler Sicht wäre es für die Gemeinden wohl leicht nachvollziehbar, welches denn nun Sportstätten oder Freizeitanlagen oder beides sind. Der Bedarf wurde also aufgrund des Sportstättenplanes erhoben. Meiner Meinung nach ist dieser Bedarf doch recht hoch ausgefallen, wenn man in Südtirol 50.000 Sporttreibende gezählt hat. Da wird man bei den Läufern wohl auch den Hund, der mitläuft, mitgezählt haben.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 07/05/03** vom 4.4.2003, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die Befassung der Sechserkommission mit der Toponomastik. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.



**KLOTZ (UFS):** Vor einiger Zeit wurde berichtet, die Sechserkommission befasse sich damit, Durchführungsbestimmungen zur Toponomastik in Südtirol auszuarbeiten, weil das Land bis heute seine ausschließliche Zuständigkeit nicht wahrgenommen hat. Ein wissenschaftliches Gremium soll damit beauftragt werden, Empfehlungen für die Sechserkommission auszuarbeiten.

- Gerüchten zufolge habe der Landeshauptmann dem Regionenminister La Loggia grünes Licht gegeben für diese Ersatzvornahme des Staates. Stimmt das?
- Wenn nein, was hat der Landeshauptmann unternommen, um die Zuständigkeit des Landes zu verteidigen und um zu verhindern, dass der Landtag in dieser wichtigen Kulturfrage ausgeschaltet und übergangen wird?
- Weiß man, wer im Fall der Richtigkeit dieser Meldungen der wissenschaftlichen Kommission angehören soll?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Im September 2001 ist Regionenminister La Loggia nach Südtirol gekommen, um einen Antrittsbesuch zu machen und über die wichtigsten Themen zu reden. Selbstverständlich haben wir dabei auch über die Toponomastik gesprochen. Sie wissen, dass im Koalitionsabkommen dieser Legislaturperiode steht, dass wir das Problem “Toponomastik” lösen möchten, in dem wir versuchen, einen Kompromiss zwischen Staat und Land herbeizuführen. Nur auf diese Art und Weise können wir das Problem lösen, denn sonst würde das entsprechende Landesgesetz sicher an den Verfassungsgerichtshof weitergeleitet. Jeder weiß, was dann passieren könnte. Deshalb hat Minister La Loggia damals die Einsetzung einer Kommission vorgeschlagen, die aus Experten bestehen und entsprechende Lösungsvorschläge ausarbeiten sollte. Ich habe selbstverständlich zugesagt, denn man kann ja nicht Nein sagen, wenn eine Fachkommission Lösungsvorschläge ausarbeitet. Dabei habe ich aber nicht gesagt, dass die Sechser-Kommission durch eine Unterkommission zu ergänzen wäre. Das wäre eine neue Prozedur, die wir nicht akzeptieren könnten. Wenn schon, dann sollte im Ministerium des Regionenministers eine Kommission eingesetzt werden. Damals haben wir gesagt, dass diese Kommission drei Monate Zeit haben sollte, um eventuelle Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Damals hat man ja geglaubt, dass es möglich sein müsste, das Problem innerhalb dieser Legislaturperiode zu lösen. Mit Regierungsbeschluss vom 7. Oktober 2002 haben wir Dr. Christian Kollman und Professor Guntram Plank als Vertreter des Landes in dieser Kommission vorgeschlagen. Das Ministerium hat Carlo Alberti Mastrelli und Avv. Francesco Coran vorgeschlagen. Nachdem es auch darum gegangen ist, ob in der Kommission auch ein Ladinier vertreten sein sollte, wurde Dr. Lois Craffonara vorgeschlagen. Das Ministerium hat einerseits gewollt, andererseits wieder nicht. Wir haben gesagt, dass die Bürgermeister einen Vertreter vorschlagen sollen. Letzten Endes hat man dann gesagt, dass nach Bedarf ladinische Vertreter angehört werden sollen. Soweit sind wir zur Zeit! Es gibt eine Kommission, die aber nicht als Unterkommission der Sechser-Kommission angesehen

werden kann. Sie wird innerhalb einiger Monate Lösungsvorschläge ausarbeiten, die wir annehmen können, aber nicht müssen. Klar ist, dass die Regelung nur über ein Landesgesetz erfolgen kann, und deshalb kann der Landtag nicht übergangen werden.

**KLOTZ (UFS):** Herr Landeshauptmann, die Sache ist nicht sauber gelaufen. Der Artikel 8 des Autonomiestatutes sieht vor, dass die Provinzen in bestimmten Bereichen Gesetzesbestimmungen erlassen dürfen. Unter Punkt 2 dieses Artikels steht: *“Ortsnamengebung, mit der Verpflichtung zur Zweisprachigkeit im Gebiet der Provinz Bozen.”* Zuerst sollte man einmal klären, was *“Zweisprachigkeit”* heißt, denn *“Zweisprachigkeit”* und *“Zweinamigkeit”* sind bekanntlich zwei Paar Schuhe. Mich verblüfft Ihre Aussage, dass es die Zustimmung des Staates bräuchte, da die Sache sonst vor dem Verfassungsgerichtshof landen würde. Das ist der springende Punkt! Ich hoffe, dass die SVP endlich begreift, dass es wirklich an der Zeit ist, den demokratischen Staat Italien in die Situation zu versetzen, dass er klären muss, ob die faschistischen Dekrete mit der demokratischen Grundordnung vereinbar sind. Lassen Sie es endlich einmal darauf ankommen! Dann muss der Staat Italien endlich einmal sagen, dass die faschistischen Dekrete ...

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (UFS):** Das sagen auch Juristen!

**DURNWALDER (SVP):** *(unterbricht)*

**KLOTZ (UFS):** Nein, nicht unsere Juristen! Wenn man darüber aufklärt, was diese Dekrete beinhalten, nämlich dass zwecks schneller und wirksamer Assimilierung und Italienisierung des Landes Südtirol nur noch die tolemeischen Namen zu gelten haben, dann wird der Verfassungsgerichtshof in große Verlegenheit geraten. Herr Landeshauptmann, ich glaube, dass sich der Verfassungsgerichtshof nicht trauen wird, vor ganz Europa zu sagen, dass diese faschistischen Dekrete mit der demokratischen Grundordnung vereinbar sind, aber Sie trauen sich ja nicht, Italien in diese Verlegenheit zu bringen!

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 09/05/03** vom 8.4.2003, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend den Post-Stellenabbau und drohende Schließungen. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Trotz wiederholter Beteuerungen seitens der römischen Postverantwortlichen macht wieder einmal das Gespenst des Stellenabbaus und der Schließung von Postämtern die Runde. Die Gewerkschaften sind besorgt und beklagen neben der Entmachtung des Provinzialdirektors vor allem den Um-

stand, dass in vielen Ämtern die Ferien unmöglich sind, dass (nicht zweisprachiges) Personal von außen nach Südtirol geholt wird, dass ständig das Damoklesschwert über der Zweisprachigkeitszulage schwebt und dass – mangels korrekter Perspektiven – viele Bedienstete den Dienst quittieren.

- Was gedenkt die Landesregierung gegen die Entmachtung des Provinzialdirektors bei der Post zu unternehmen?
- Wie sollen in Zukunft Proporz- und Autonomiebestimmungen überwacht werden, wenn die Kompetenzen über Personalfragen außer Landes gehen?
- Gibt es einen Plan zur Schließung von Postämtern? Wenn ja, was beinhaltet er?
- Welches ist der letzte Stand bezüglich Auszahlung der Zweisprachigkeitszulage bei der Post?
- Ist das Land von einer möglichen Übernahme der Post abgegangen?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Am 21. Februar dieses Jahres hat eine Aussprache mit Minister Gasparri in Rom stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit habe ich ihm erneut die Probleme unseres Landes in Bezug auf die Post geschildert und habe vor allem auf eine Aufrechterhaltung der vorhandenen Postämter bestanden. Mir wurde gesagt, dass kein Postamt geschlossen würde, mit Ausnahme jenes von Atzwang. Außerdem hat man mir versprochen, dass die Zustellung der Post mit den einzelnen Gemeinden so geregelt wird, dass die einzelnen Leute ihre Post erhalten. Weiters hat man mir versprochen, dass die Zweisprachigkeitszulage aufrecht bleibt und dass die ursprünglich angekündigte Abschaffung dieser Zulage widerrufen würde. Diese Informationen habe ich mir sofort schriftlich bestätigen lassen, damit mir ja niemand sagen kann, dass ich etwas falsch interpretiert hätte. Allerdings muss ich sagen, dass in letzter Zeit einige alarmierende Gerüchte kursieren, und zwar jene, dass man versucht, das Land in Bezug auf die Zweisprachigkeitszulage einzubinden. Dies kann niemals akzeptiert werden! Wir können ja nicht hergehen und sagen, dass wir einen Teil der Zweisprachigkeitszulage für die Staatsämter zahlen.

Man hat mir auch gesagt, dass man eventuell daran denke, Bozen in die Makro-Region Venetien einzugliedern. Auch das können wir nicht akzeptieren, denn auf diese Art und Weise wäre die Zweisprachigkeit nicht mehr garantiert. Außerdem wäre das Personal nicht mehr von der Zentrale in Rom, sondern von dieser Makro-Region abhängig. Deshalb habe ich am 4.4.2003 – auch aufgrund der kursierenden Gerüchte – einen Brief geschrieben, in dem ich meine diesbezüglichen Befürchtungen geäußert habe.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die Anzeichen am Horizont sind schon sehr bedenklich. Sie haben einige davon angesprochen, aber es gibt auch noch andere. Wenn man bedenkt, dass in den letzten vier Jahren ungefähr 400 Postbedienstete ihren Dienst quittiert haben, dann weiß man, was auf uns zukommt. Jetzt wird Personal von

außen geholt, obwohl wir geglaubt haben, das Problem der sogenannten “missionari” auf alle Zeiten gelöst zu haben. Jetzt scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Wenn es so weit ist, dass Postbedienstete ihren Urlaub nicht in Anspruch nehmen können, weil kein Ersatz da ist, dann kann man sich vorstellen, mit welcher Euphorie diese Leute bei der Arbeit sind! Zusammenlegungen im Zuge von Einsparungsmaßnahmen haben auch dazu geführt, dass die verbliebenen Bediensteten zum großen Teil wirklich frustriert sind. Das oberste Prinzip bei der Post ist die Effizienz, aber man kann einen Betrieb auch zu Tode rationalisieren. Man muss hier schon auch das Personal berücksichtigen. Ich sage seit Jahren, dass das Land Südtirol seit Jahren keinen Einfluss mehr auf das Personal von Post und Bahn, und das ist ein gewaltiger Eingriff in die Autonomie unseres Landes. Bei der Bahn werden Leute außerhalb des Landes geschickt, was nicht zulässig ist. Freiwillig können sie natürlich außer Landes gehen, aber verpflichtet kann man sie dazu nicht! Gerade in diesen Wochen sind Südtiroler Eisenbahner außerhalb des Landes abkommandiert worden. Sie haben keine Möglichkeit, sich zu wehren, da es keine Anlaufstelle gibt. Es gibt zwar einen lokalen Eisenbahner- und Postchef, aber zu melden haben beide nichts. Die Leute sind sich selbst überlassen, und es wird nicht mehr lange dauern, bis bei Bahn und Post in Bezug auf die Verwaltung des Personals die alten Zustände wiederkehren werden. Die Südtiroler haben das Nachsehen! Jetzt haben wir den Proporz aufgeholt und die ganze Geschichte dreht sich wieder um, weil wir nicht mehr in der Lage sind, diese Leute zu bekommen. Wir sprechen über technische Dinge und vergessen dabei, dass es hier auch um Menschen geht. Ich sage das deshalb, weil der Landeshauptmann auf die Frage, ob das Land noch daran interessiert ist, die Post zu übernehmen, nicht geantwortet hat.

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

**Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON**

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**PRESIDENTE:** Passiamo all’**interrogazione n. 10/05/03** del 8.4.2003, presentata dal consigliere Leitner, riguardante la Cassa di Risparmio di Bolzano – Fondazione Cassa di Risparmio di Bolzano. Prego di dare lettura dell’interrogazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die Turbulenzen innerhalb der Südtiroler Sparkasse und der Sparkassenstiftung nehmen kein Ende. Die politischen Einmischungen sind nicht zu übersehen, auch wenn sich die öffentliche Kritik in Grenzen hält. Offensichtlich will sich niemand die Finger verbrennen.

Einige Vorkommnisse geben aber schon zu denken. So konnte der Öffentlichkeit bisher nicht zweifelsfrei erklärt werden, wer für die Ernennung des Präsidenten der Sparkassenstiftung zuständig ist bzw. wer dafür das Vorschlagsrecht hat. Der Landeshauptmann ist sich Pressemitteilungen zufolge “tausendprozentig sicher”, dass das Vorschlagsrecht bei der Landesregierung liegt, während der Aufsichtsrat dieser

Ansicht widerspricht. Wenn sich der Landeshauptmann so sicher ist, müsste er auch darüber Bescheid wissen, was der Präsident der Sparkassenstiftung verdient. Darüber wollte mir der Landeshauptmann noch vor kurzem nicht antworten bzw. er verwies mich auf die Stiftung.

Bedenklich mutet die Weisung des neuen Stiftungspräsidenten an den Aufsichtsrat an, keine Gutachten mehr in Auftrag zu geben und keine Initiativen ohne seine Genehmigung zu ergreifen.

- Wem obliegt das Vorschlagsrecht für das Amt eines Präsidenten der Sparkassenstiftung und welches ist die entsprechende gesetzliche Grundlage?
- Kann der Präsident dem Aufsichtsrat Weisungen erteilen?
- Weiß der Landeshauptmann inzwischen, wie viel der Präsident der Sparkassenstiftung verdient und ist er bereit, die Öffentlichkeit darüber zu informieren?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten der Stiftung obliegt gemäß Artikel 11 des Autonomiestatutes dem Land Südtirol. Es besteht also überhaupt kein Zweifel, dass das Land Südtirol in diesem Bereich zuständig ist. Wenngleich einige Leute dies anzweifeln – es war ja bei jeder Ernennung so -, so sind sie bisher nicht durchgekommen. Sie haben einen Prozess beim Verfassungsgerichtshof angestrebt, der gesagt hat, dass, solange die Abgabe der Kontrolle nicht da ist, die Aufsicht bei der Region liegt. Sollte die Abgabe der Kontrolle gemacht werden, dann könnte die Aufsicht auf das Ministerium übergehen. Das hat aber nichts mit dem Artikel 11 des Autonomiestatutes zu tun. Manche möchten das jetzt so auslegen, dass, wenn die Mehrheit der Aktien nicht mehr bei der Stiftung liegt, das Land das Vorschlagsrecht verlieren würde. Deshalb besteht überhaupt kein Zweifel, dass die diesbezügliche Zuständigkeit weiterhin beim Land liegt. Wir haben von diesem Recht Gebrauch gemacht und haben Dr. Brandstätter vorgeschlagen. Dieser ist vom zuständigen Minister angenommen worden, und Dr. Brandstätter hat sein Amt in der Zwischenzeit angetreten.

Der Aufsichtsrat hat meiner Meinung nach keine diesbezügliche Zuständigkeit, denn der Präsident der Stiftung wird vom Land ernannt und muss die Zustimmung von Seiten des zuständigen Ministers in Rom erhalten.

Der Präsident ist dem Land nicht weisungsgebunden und kann seine Tätigkeit ohne Aufsicht der Landesregierung ausüben. Wir haben lediglich das Recht, den Präsidenten namhaft zu machen. Deshalb kann ich Ihnen auch nicht sagen, wie viel der Präsident verdient. Wenn schon, dann müsste das von der Aufsichtsbehörde, also von der Region, eruiert werden oder man müsste die zuständigen Gremien befragen, die dann darüber entscheiden müssten, ob die Daten aufgrund der Privacy-Gesetzgebung freigegeben werden können oder nicht.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Was den ersten Teil der Antwort anbelangt, so nehme ich zur Kenntnis, dass sich die Landesregierung hier ganz klar auf den Artikel 11 des Autonomiestatutes beruft, dass der Verfassungsgerichtshof diese Vorgangsweise bestätigt hat, dass alle Interventionen des Aufsichtsrates abgewiesen worden sind und dass auch die letzte Ernennung vom zuständigen Minister bestätigt worden ist. Das ist in Ordnung, aber ich verstehe nicht, warum Sie mir nicht sagen können, was der Präsident der Sparkassenstiftung verdient. Vor einigen Jahren – im Jahr 1994 - hatten Sie damit ja noch keine Schwierigkeiten. Wenn Sie mir sagen, dass ich diese Daten eventuell über die Region oder über die Gremien der Sparkassenstiftung in Erfahrung bringen soll, so nehme ich diese Aufforderung gerne an. Allerdings erscheint es mir nicht logisch, dass die Landesregierung das Vorschlagsrecht in Bezug auf den Präsidenten hat und sie die ganze Sache dann aber nichts mehr angeht. Der Präsident ist ja nicht weisungsgebunden! Welchen Sinn hat es, dass die Landesregierung jemanden ernennt, wenn sie dann nichts mehr zu sagen hat? Ich kenne keinen anderen Fall, bei dem das auch so gehandhabt würde. Das hat auch keine Logik! Herr Landeshauptmann, Sie haben sich in die Waagschale geworfen, als es darum ging, die Interessen der Südtiroler Kleinsparer zu schützen, und das ist auch ein Teil davon. Den Versuch, auch die Gehälter der Präsidenten anderer öffentlicher und halböffentlicher vom Land geförderter Verwaltungen zu verheimlichen, versteht der Steuerzahler nicht.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 12/05/03 del 11.4.2003, presentata dal consigliere Leitner, riguardante il bilinguismo presso le Poste – invio di pacchi. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wie aus beigelegtem Formular hervorgeht, gibt es bei der Post für die Paketaufgabe die entsprechenden Formulare ausschließlich in italienischer Sprache. Dabei wird in eklatanter Weise gegen die Bestimmungen der Zweisprachigkeit verstoßen. Zudem wählen sehr viele Deutsche Südtirol als ihr Urlaubsland und beklagen diesen Sachverhalt.

- Warum gibt es die Formulare für Postaufgabe ausschließlich in italienischer Sprache?
- Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, damit den Südtirolern der Gebrauch der Muttersprache in diesem Bereich gesichert wird?
- Sind bei der Post weitere Formulare nur in italienischer Sprache verfügbar?

**DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Kollege Leitner, Sie sprechen in Ihrer Anfrage von einem beiliegenden Formular, aber der Anfrage liegt kein solches bei. Ich weiß nicht, ob das nur ein Versehen war, aber auf jeden Fall habe ich mich sofort mit dem zuständigen Postdirektor in Verbindung gesetzt, der mir bestätigt hat, dass alle Formulare bei der Post zweisprachig sind. Er hat gesagt, dass es in einigen Fällen nur

deutsche oder nur italienische Formulare gibt, aber in letzter Zeit sei man bemüht, alle Formulare zweisprachig zu machen.

Für die Paketzustellung ist die Tochtergesellschaft der Post "SDA", also ein privater Betrieb, zuständig.

Was die Zweisprachigkeit und den Proporz anbelangt, so hat mir Dr. Unterkircher bestätigt – ich kann Ihnen die Kopie des entsprechenden Schreibens geben -, dass die Bestimmungen voll und ganz eingehalten werden.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das Formular ist der Anfrage irrtümlicherweise nicht beigelegt worden. Auf jeden Fall werde ich ihnen besagtes Formular umgehend zukommen lassen. Wenn es so ist, dass die Formulare in deutscher und italienischer Sprache aufliegen, dann ist das in Ordnung. Was die übrigen Antworten anbelangt, so bin ich froh, wenn ich das von Ihnen erwähnte Schreiben von Dr. Unterkircher bekomme.

**PRESIDENTE:** Passiamo all'interrogazione n. 14/05/03 del 14.4.2003, presentata dalla consigliera Kury, riguardante prodotti biologici per le mense pubbliche e per le scuole materne. Prego di dare lettura dell'interrogazione.

**KURY (GAF-GVA):** Am 3.4.2001 hat der Landtag einstimmig beschlossen, dass in Schulmensen und Krankenhäusern auch Bioprodukte täglich auf dem Speiseplan stehen sollen. Ein halbes Jahr später hat die Landesregierung mitgeteilt, dass die Umsetzung dieses Antrags und der Zeitpunkt nicht "voraussagbar" ist. In der Zwischenzeit sind gut zwei Jahre seit der Genehmigung des Antrags vergangen.

- Wie steht es nun mit der Umsetzung? Ersuche um Auflistung der Kindergärten und Schulmensen.
- Wie steht es mit der Umsetzung in Krankenhäusern?

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im September 2002 eine Umfrage mittels Fragebogen über die Verwendung in Bioprodukten in den Gemeinschaftsausspeisungen aller Sanitätsbetriebe, der Alters- und Pflegeheime Südtirols, aller schulischer Einrichtungen sowie in den Kindergärten gemacht. Die Erhebung sollte Aufschluss über folgende Daten geben: Durchschnittliche Anzahl der Besucher der Ausspeisungen pro Tag, ob in der Gemeinschaftsausspeisung Bioprodukte verwendet werden, Begründung für eine eventuelle Nicht-Verwendung, Prozentsatz der Bioprodukte im Vergleich zum Gesamtanteil der Lebensmittel, Anzahl der Gerichte auf der Basis von Bioprodukten, Datum ab Beginn der Verwendung von Bioprodukten. An der Umfrage haben sich 247 Einrichtungen sowie die Sanitätsbetriebe Südtirols beteiligt. 125 Einrichtungen - 85 Kindergärten, 5 Grundschulen, 2 Mittelschulen, 14 Gemeinschaftskindergärten und Schulausspeisungen sowie 19 Alters- und Pflege-

heime - verwenden Bioprodukte. 122 Einrichtungen – 77 Kindergärten, 8 Grundschulen, 3 Mittelschulen, 1 Oberschule und 9 Gemeinschaftskindergärten und Schulausspeisungen sowie 24 Alters- und Pflegeheime – geben an, keine Bioprodukte zu verwenden. Prozentuell ausgedrückt verwenden also 51 Prozent der Institutionen Bioprodukte, 49 Prozent keine.

Der Gesamtanteil der Biolebensmittel in der Ausspeisung ist von Einrichtung zu Einrichtung sehr unterschiedlich. Das geht von 0,5 bis maximal 90 Prozent.

Gründe für das Nicht-Verwenden von Bioprodukten sind kein ausreichendes bzw. kein Angebot, Beschaffungs- bzw. Lieferprobleme, jährliche Ausschreibungen, große Preisunterschiede gegenüber konventionellen Produkten, organisatorische Probleme und mangelndes Vertrauen in Bezug auf die Echtheit der Bioprodukte. Die Einrichtungen haben in Bezug auf die Definition von Bioprodukten unterschiedliche Auffassungen. Es ist nicht klar, ob die Institutionen tatsächlich Bioprodukte oder Produkte aus eigenem Anbau verwenden, welche eventuell auch mit konventionellen Anbaumethoden produziert werden können.

Aus der obgenannten Erhebung ergibt sich, dass die Einkaufsmöglichkeiten und die Kosten die größten Probleme darstellen. Möglicherweise würden mehr Einrichtungen Bioprodukte verwenden, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten würde. Dazu kommen die finanziellen Mittel und die Nahversorgung. Darüber hinaus geht aus den Ergebnissen der Umfrage hervor, dass zur Zeit in den Sanitätsbetrieben keine Bioprodukte verwendet werden. Von den Sanitätsbetrieben angegebene Gründe für das Nicht-Verwenden von Bioprodukten sind: Ankäufe werden zentralisiert durchgeführt, um die Kosten zu rationalisieren. Damit ist die Förderung von Großverteilungen verbunden, welche normalerweise nicht biologische Nahrungsmittel verteilen. Kostenfrage: Ein Umstieg auf Lebensmittel aus biologisch zertifiziertem Anbau würde einen erheblichen Anstieg der Ausgaben für den Lebensmitteleinkauf mit sich bringen. Einheimische Produzenten sind nicht in der Lage, ganzjährig frische Ware zu liefern. Die Anzahl der Großverteiler für Bioprodukte ist sehr gering, sodass fast keine Konkurrenz für die Preisgestaltung besteht. Lieferungen dieser Größenordnung für öffentliche Betriebe müssen mit öffentlicher Ausschreibung vergeben werden, und die Vergabe darf nicht künstlich auf mehrere Lose aufgeteilt werden. Eine objektive Preiskontrolle ist unmöglich, weil die Bioprodukte kaum auf Großmärkten angeboten werden. Das ist also das Ergebnis der Umfrage. Meine Ämter beschäftigen sich zur Zeit mit der Verifizierung des Ganzen, denn die Beschlüsse des Landtages und auch das Rundschreiben des Landeshauptmannes müssen umgesetzt werden. Es braucht rechtliche Voraussetzungen, um unter Umständen größere Kosten zu rechtfertigen. Frau Kury, ich kann Ihnen eine Kopie der Zusammenfassung geben, und wir werden schauen, wie sich die ganze Sache weiterentwickelt.



**KURY (GAF-GVA):** Ich bedanke mich bei Landesrat Saurer für die ausführliche Antworten. Ich ersuche Sie, mir das Ergebnis dieser Umfrage auszuhändigen. Ich danke ihm auch für seine Schlussbemerkung, dass Beschlüsse des Landtages umgesetzt werden müssen. Meiner Meinung nach ist es wirklich an der Zeit zu überlegen, wie diese Schwierigkeiten möglichst unbürokratisch überwunden werden können. Man sollte sich die nächsten Schritte überlegen und zum Beispiel Leute einladen, die darüber berichten können, dass die ganze Sache funktioniert. Niederösterreich hat zum Beispiel diesen Weg beschritten und schrittweise den ganzen Speiseplan der verschiedenen Einrichtungen auf Bioprodukte umgestellt.

**PRESIDENTE:** A questo punto abbiamo terminato i 90 minuti previsti per la trattazione delle interrogazioni su temi di attualità. Alle interrogazioni non trattate verrà fornita risposta scritta entro i prossimi cinque giorni.

Il punto 2) dell'ordine del giorno – elezioni di 4 componenti del Comitato provinciale per le comunicazioni, di cui uno su indicazione della minoranza politica – non viene trattato perché nel collegio dei capigruppo è stato deciso all'unanimità di rinviare ancora una volta la trattazione di questo punto, visto che in questi giorni dovrebbe essere depositata la sentenza della Corte Costituzionale in merito ai dubbi di costituzionalità avanzati dal Governo riguardo ad alcune norme contenute nella legge provinciale 18.3.2002, n. 6, concernente “Norme sulle comunicazioni e provvidenze in materia di radiodiffusione”.

Il punto 3) dell'ordine del giorno che riguarda la proposta di deliberazione sulle modifiche al regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano verrà esaminato domani mattina con inizio alle ore 11.30.

Sul punto 4) dell'ordine del giorno - mozione n. 379/01, presentata dalla consigliera Kury – comunico, che l'ulteriore esame della mozione (manca solamente la votazione) su richiesta della consigliera Kury è rinviato alla prossima sessione.

Siamo al punto 5) dell'ordine del giorno, al disegno di legge provinciale n. 89/01, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzi. Comunico che nella seduta dell'11.3.2003 era stato approvato il passaggio dalla discussione generale alla discussione articolata.

Consigliere Minniti, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**MINNITI (AN):** Chiedo il rinvio alla prossima sessione.

**PRESIDENTE:** Va bene.

I punti 7) e 8) dell'ordine del giorno non vengono trattati, perché il presentatore, consigliere Atz, non è in aula.

La trattazione del punto 9) dell'ordine del giorno – disegno di legge provinciale n. 42/99, presentato dalla consigliera Zendron – viene rinviata alla prossima sessione.

Lo stesso vale per il punto 10) dell'ordine del giorno, disegno di legge provinciale n. 57/00, presentato dalla consigliera Kury.

Il punto 11) dell'ordine del giorno – designazione, su proposta della minoranza politica, di una componente supplente, appartenente al gruppo linguistico italiano, del Comitato provinciale per la realizzazione delle pari opportunità tra uomo e donna – non può essere trattato in quanto la minoranza politica non si è ancora accordata su un nominativo.

Il punto 12) dell'ordine del giorno – mozione n. 449/02, presentata dalla consigliera Zendron – non può essere trattato in quanto non è ancora trascorso il tempo previsto dall'esame di una mozione di uguale contenuto.

Siamo al punto 13) dell'ordine del giorno, al disegno di legge provinciale n. 85/01, presentato dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì.

Consigliere Minniti, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**MINNITI (AN):** Chiedo il rinvio alla prossima sessione.

**PRESIDENTE:** Va bene.

I punti 14) e 15) del giorno non vengono trattati perché il presentatore, consigliere Urzì, non è in aula.

Punto 16) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 483/02 del 18.7.2002, presentata dai consiglieri Minniti, Holzmann e Urzì, riguardante ‘alloggi di servizio provinciale: la Provincia rinuncia ad oltre 1 miliardo di lire all’anno (516.456,89 Euro). Rivedere il sistema dei canoni di affitto”**”.

Punkt 16 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 483/02 vom 18.7.2002, eingebracht von den Abgeordneten Minniti, Holzmann und Urzì, betreffend ‘Dienstwohnungen des Landes: Das Land verzichtet auf über 1 Milliarde Lire im Jahr (516.456,89 Euro). Das Mietensystem ist zu überarbeiten”**”.

*Aumentano da alcuni anni a dismisura gli affitti IPES così determinati dalla Giunta provinciale; si chiedono continui sacrifici al cittadino in materia di copertura dei costi dei servizi (proprio di recente lo stesso esecutivo provinciale ha preteso che i comuni – quindi i cittadini – coprissero il 90% delle spese richieste dai servizi) e la Provincia cosa fa, complici, naturalmente, i sindacati, CGIL in testa? Rinuncia a circa un miliardo di lire all'anno poiché assegna i propri 41 alloggi di servizio sparsi sul territorio ad affitti irrisori. E che alloggi! Due di essi superano i 200 metri quadri di superficie (264 e 208 per l'esattezza), altri 24 sono superiori ai 100 mq (di cui 5 di 140/150 mq), altri di normali dimensioni per famiglie numerose di almeno 5 componenti. In sostanza succede che per 264 mq si paghino poco più di 6 milioni di affitto all'anno (nemmeno 530 mila lire al mese) o per 150 mq circa 3 milioni 600 mila (300 mila lire). Il tutto grazie ad un accordo di comparto risalente al*

1997 che ha infatti fissato in 2.000 lire il canone di affitto a metro quadro, rideterminato annualmente sulla base dell'indice nazionale dei prezzi di consumo. Poco importa se attualmente le quote sono state allineate agli aumenti ISTAT e quindi il parametro per mq è stato, per l'anno 2000, pari a lire 2.103, dovrebbe essere di 2.200 lire circa nell'anno 2001 e circa 2.400 lire per l'anno in corso.

I dati sotto esposti fanno riferimento alla perdita per l'anno 2001! Si tratta di scelte operate dalla Provincia e dai sindacati confederali addirittura offensive se paragonate alle ingenti somme chiamate a pagare mensilmente non solo il privato proprietario di un alloggio ma anche e proprio il pubblico (IPES, appunto). Dubito fortemente che tale procedura possa essere considerata come una seria e corretta politica sociale improntata sulla parità dei diritti ...

In estrema sintesi, questi i dati rilevanti delle città di Bolzano e Merano e del resto della provincia, con le somme relative:

**MIETEN FÜR DIENSTWOHNUNGEN DES LANDES**  
(gesamte Provinz)  
**AFFITTI ALLOGGI DI SERVIZIO PROVINCIALI (intera provincia)**

	<b>M<sup>2</sup></b> <b>mq</b>	<b>Derzeitige</b> <b>Jahresmiete</b> <b>Att. can. Annuo</b>	<b>Zustehende</b> <b>Jahresmiete</b> <b>Can. anno spett.</b>	<b>Differenz</b> <b>Differenza</b>
außer Bz/Me Escl. Bz/Mr	2109	L. 55.677.600	-L. 556.776.000	-L. 501.098.400
Bozen Bolzano	1602,98	L. 42.318.672	-L. 423.186.720	-L. 380.868.048
Meran Merano	903,06	L. 23.840.784	-L. 238.407.840	-L. 214.567.056
<b>SUMME</b> <b>TOTALI</b>	<b>4615,04</b>	<b>L. 121.837.056</b>	<b>-L. 1.218.370.560</b>	<b>-L. 1.096.533.716</b>

Si può, in sostanza, parlare di ulteriore "sprecopoli" provinciale? O, paradossalmente, di equilibrio "squilibrato"? Certo che sì! È giusto che si minimizzi la circostanza? Ritengo assolutamente di no, proprio in rispetto di coloro che sono chiamati a fare sacrifici che, per effetto dei canoni di affitto elevato sia chiesti dall'Istituto pubblico come dai privati, diventano nello specifico ancor più onerosi.

Crediamo che, per dare un segnale concreto a chi oggi non gode di alcun privilegio, la Provincia ed i Sindacati confederali – rei di tale situazione - debbano dare prova di saggezza e di correttezza sociale, rimettendo mano anche a queste scandalose tariffe.

Si potrebbe, per esempio, attivare un calcolo per il canone di affitto analogo a quello utilizzato proprio dall'IPES, in maniera che persone beneficiarie di un alloggio "pubblico" godano dello stesso "metro" di valutazione. Una ipotesi che avevamo già sollevato in diverse occasioni nella scorsa e nell'attuale legislatura. Ipotesi, purtroppo ignorate.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
impegna

la Giunta provinciale

a procedere con una revisione dei canoni di affitto di cui in premessa.

-----

Seit einigen Jahren steigen die von der Landesregierung festgelegten Mieten für Wohnungen des Instituts für sozialen Wohnbau unverhältnismäßig an; zur Deckung der Dienste werden die Bürger ständig zu Kasse gebeten (erst kürzlich verlangte die Landesregierung, dass die Gemeinden – und somit die Bürger – 90 % der Kosten für die Dienste übernehmen) und was macht das Land, natürlich im Einvernehmen mit den Gewerkschaften, allen voran dem AGB? Es verzichtet auf rund eine Milliarde Lire im Jahr, da es seine 41 auf ganz Südtirol verteilten Dienstwohnungen zu lächerlichen Mietpreisen zuweist. Und was für Wohnungen! Zwei davon sind größer als 200 Quadratmeter (um genau zu sein 264 bzw. 208), weitere 24 größer als 100 m<sup>2</sup> (5 davon 140-150 m<sup>2</sup>), andere sind auf zumindest fünfköpfige Familien zugeschnitten. Für 264 m<sup>2</sup> bezahlt man wenig mehr als 6 Millionen im Jahr an Miete (knapp 530.000 Lire im Monat) oder für etwa 150 m<sup>2</sup> rund 3.600.000 Lire im Jahr (300.000 Lire im Monat)! All dies dank eines Bereichsvertrags aus dem Jahr 1997, der den Mietzins pro Quadratmeter auf 2.000 Lire festgelegt hat, Betrag, der jährlich aufgrund des gesamtstaatlichen Index der Verbraucherpreise aktualisiert wird. Ignoriert wird die Tatsache, dass die Preise derzeit den ISTAT-Erhöhungen angeglichen wurden, wonach sich der Mietpreis pro Quadratmeter für das Jahr 2000 auf 2.103 Lire belief und sich für das Jahr 2001 auf rund 2.200 Lire und für das laufende Jahr auf rund 2.400 Lire belaufen müsste.

Anhand dieser Daten ist der Verlust für das Jahr 2001 leicht zu errechnen! Es handelt sich dabei um eine gelinde gesagt unverschämte Entscheidung des Landes und der konföderierten Gewerkschaften, wenn man bedenkt, welche Unsummen monatlich nicht nur ein privater Mieter, sondern auch ein Mieter einer Institutswohnung berappen muss. Ich bezweifle stark, dass diese Vorgangsweise als sozialpolitisch seriös und korrekt angesehen werden kann, wonach alle Bürger die gleichen Rechte haben müssten ...

Es folgt eine kurze Zusammenfassung der Daten für Bozen, Meran und das übrige Landesgebiet:

**MIETEN FÜR DIENSTWOHNUNGEN DES LANDES**  
(gesamte Provinz)

**AFFITTI ALLOGGI DI SERVIZIO PROVINCIALI (intera provincia)**

	<b>M<sup>2</sup></b> <b>mq</b>	<b>Derzeitige</b> <b>Jahresmiete</b> <b>Att. can. Annuo</b>	<b>Zustehende</b> <b>Jahresmiete</b> <b>Can. anno spett.</b>	<b>Differenz</b> <b>Differenza</b>
außer Bz/Me Escl. Bz/Mr	2109	L. 55.677.600	-L. 556.776.000	-L. 501.098.400

Bozen Bolzano	1602,98	L. 42.318.672	-L. 423.186.720	-L. 380.868.048
Meran Merano	903,06	L. 23.840.784	-L. 238.407.840	-L. 214.567.056
<b>SUMME TOTALI</b>	<b>4615,04</b>	<b>L. 121.837.056</b>	<b>-L. 1.218.370.560</b>	<b>-L. 1.096.533.716</b>

*Kann man also von einer weiteren Verschwendungswut des Landes sprechen, oder paradoxerweise von einem unausgewogenen Gleichgewicht? Natürlich, daran besteht kein Zweifel! Ist es richtig, dass dieser Umstand heruntergespielt wird? Ich glaube absolut nicht, umso weniger gegenüber denjenigen, denen finanzielle Opfer abverlangt werden, die aufgrund der hohen Mieten, die sowohl vom Wohnbauinstitut als auch von privaten Vermietern gefordert werden, noch belastender sind.*

*Um gegenüber denjenigen, die heute über keine Privilegien verfügen, ein klares Zeichen zu setzen, sollten das Land und die konföderierten Gewerkschaften, die für diese Situation verantwortlich sind, Weisheit und soziale Korrektheit an den Tag legen und diese skandalösen Mieten abändern.*

*So könnte man beispielsweise bei der Berechnung der Miete gleich vorgehen, wie das Wohnbauinstitut, so dass in beiden Fällen das gleiche Maß angewandt wird. Eine Möglichkeit, die wir in der vergangenen und laufenden Gesetzgebungsperiode bereits mehrmals in den Raum gestellt hatten, die aber leider nicht zur Kenntnis genommen wurde.*

*Dies vorausgeschickt,*

*verpflichtet*

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*die Landesregierung,*

*die Mieten im eingangs beschriebenen Sinne abzuändern.*

Consigliere Minniti, ha la parola per l'illustrazione.

**MINNITI (AN):** La tematica, come già sosteniamo nella mozione, è stata più volte sollevata da Alleanza Nazionale e credo che sia quanto più fresca proprio a seguito dei continui oneri che la Provincia chiede alla popolazione altoatesina, non ultima l'introduzione della cosiddetta "tassa sulla vecchiaia" e in precedenza l'introduzione dei ticket ospedalieri. La Provincia lamenta la carenza di propri fondi, però in qualche maniera si reputa responsabile delle minori entrate di cui beneficia. Non stiamo parlando di costruzioni, realizzazioni urbanistiche che riportano in qualche maniera un concetto di spreco e precopoli, perché magari viene fatto un edificio a determinati costi piuttosto che a costi inferiori. Qui portiamo un esempio di come la Provincia rinunci, laddove sarebbe logico pretenderlo, ad incassare determinati soldi che potrebbe incassare.

Abbiamo sollevato la questione degli alloggi di servizio che vengono offerti a canoni irrisori anche per un fatto di correttezza, di equità nei confronti degli altri cittadini, almeno 11 mila nuclei familiari, che usufruiscono di medesimi alloggi pubblici, e alludo agli inquilini Ipes che beneficiano di alloggi sociali. Ebbene, questi 11 mila nuclei familiari beneficiano di questi alloggi a costi di canoni che noi abbiamo sempre dichiarato abnormi anche sulla base delle possibilità economiche di queste persone, mentre abbiamo delle famiglie, un numero indubbiamente ristretto, che in qualche maniera sono agevolate, sulla base di alcuni accordi che la Provincia ha sottoscritto anche con i sindacati. Allora delle due l'una, o parifichiamo gli affitti degli inquilini Ipes a quelli previsti per gli alloggi di servizio, o parifichiamo gli affitti richiesti a coloro che occupano gli alloggi di servizio a quelli che vengono richiesti agli inquilini Ipes. Significa che alla medesima causa – alloggio in qualche maniera pubblico – corrisponda un analogo provvedimento per quanto riguarda il canone che deve essere sottoscritto.

Quando si accerta che sulla base di questa diversa richiesta di pagamento del canone la Provincia perde circa 1 miliardo all'anno - abbiamo fatto un calcolo anche sulla base di una risposta arrivata di recente ad una nostra ulteriore interrogazione e in base alla quale negli ultimi cinque anni la Provincia ha perso quasi sei miliardi di vecchie lire - mi chiedo perché ci debba essere un trattamento iniquo confronto a quello che viene richiesto ad altri cittadini che occupano anch'essi alloggi pubblici.

Alleanza Nazionale chiede di rivedere questo sistema. Non si può replicare alle affermazioni che facciamo sostenendo che le persone che occupano gli alloggi di servizio in fondo creano un servizio anche all'amministrazione pubblica, perché sono giustificazioni inaccettabili. Tutti creano dei servizi, in ogni caso il concetto base deve essere quello che a causa medesima debba corrispondere un uguale effetto.

**KLOTZ (UFS):** Wenn diese Angaben stimmen, dann ist es in der Tat nicht vertretbar, dass das Land seine eigenen Dienstwohnungen zu weit niedrigeren Preisen vermietet, als die Preise des Wohnbauinstituts ausmachen. Es ist davon auszugehen, dass es sich in den allerwenigsten Fällen um sozial schwache Mieter handelt. Nachdem die Beteiligung der öffentlichen Hand an Vermietung von Wohnungen insgesamt eine Sozialmaßnahme ist, muss auch darauf Rücksicht genommen werden, dass es hier soziale Gerechtigkeit gibt. Das bedeutet, dass man alle Mieten mehr oder weniger nach dem gleichen Maßstab vergeben sollte. Es kann nicht sein, dass man Wohnungen an Angestellte des Landes oder von Gemeinden vermietet, obwohl die Gehälter sehr viel höher sind als die Gehälter einer Arbeiterfamilie. Ich bin gespannt, was Landesrat Berger in Bezug auf die erläuternden Aussagen dieses Beschlussantrages sagen wird. Vor allem möchte ich wissen, ob es stimmt, dass das Land auf eine Milliarde Lire im Jahr verzichtet. Wenn das der Fall ist, dann muss hier tatsächlich etwas geändert werden, zumal wir ja kurz vor der Einführung einer neuen Steuer, nämlich der Pflegeversicherung, stehen. Dadurch werden sehr viele zusätzlich belastet, und deshalb wäre es

in keinster Weise zu vertreten, dass das Land auf Einnahmen in einer derartigen Höhe verzichtet.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Alleanza Nazionale bringt dieses Thema bereits zum zweiten oder dritten Mal mittels eines Beschlussantrages zur Sprache. Ich bin der Meinung, dass man dieses Thema nicht einfach so beiseite schieben sollte. Privilegien, welcher Art auch immer, haben in der heutigen Gesellschaft nichts zu suchen, wenn gleichzeitig dauernd neue Belastungen auf die Bürger zukommen! Man kann nicht auf der einen Seite den Leuten dauernd Lasten aufsatteln und auf der anderen Seite anderen Leuten Privilegien zugestehen, die sozial nicht vertretbar sind. Die Zahlen, die hier genannt werden, sagen sehr viel aus. Der Zufall will es, dass wir gerade jetzt erfahren müssen, dass das Wohnbauinstitut nicht in der Lage ist, die Mieten einzutreiben. Wenn ich richtig gehört habe, so ist das Wohnbauinstitut nicht in der Lage, Mieten in der Höhe von einer Million Euro einzutreiben. Deshalb sollte man eine Regelung treffen, die für alle angemessen und sozialverträglich ist, denn wenn man heute für eine 200-Quadratmeter-Wohnung lediglich sechs Millionen Lire pro Jahr bezahlen muss, ... Das bezahlt ein normaler Mieter mittlerweile in vier Monaten, und zwar für eine viel kleinere Wohnung! Die öffentliche Verwaltung sollte schon darauf achten, dass die Bürger Steuern zahlen, aber Gerechtigkeit muss schon auch mit im Spiel sein. Die politischen Preise, die es in der Vergangenheit gegeben hat – begonnen bei den Zigaretten -, sind nicht angebracht, wenn sie nicht alle nützen können. Deshalb sollte man diese Situation bereinigen, denn die Mieter dieser Dienstwohnungen müssen gleich behandelt werden wie Leute, die eine Sozialwohnung in Anspruch nehmen.

**BERGER (Landesrat für Landwirtschaft, land- und forstwirtschaftliche Berufsertüchtigung – SVP):** Herr Minniti, das Thema ist mittlerweile ein alter Hut!

Zuerst aber zur Stellungnahme der Frau Kollegin Klotz, die gesagt hat, dass das Missbrauch von öffentlichen Geldern wäre. Glauben Sie, dass es billiger wäre, die landeseigenen Gebäude während der Ferien, Wochenenden usw. unbeaufsichtigt zu lassen, als Dienstwohnungen zu einem Mietzins zur Verfügung zu stellen, der im bereichsübergreifenden Kollektivvertrag für die Landesbediensteten festgelegt worden ist. Nachdem diese Regelung so getroffen worden ist, musste ich rückwirkend Mieten ein-kassieren, die höher waren als jene vorher. Das hat auch dazu geführt, dass einige Leute diese Wohnungen verlassen haben. In den Verträgen ist ja genau aufgelistet, welche Dienste und Verpflichtungen die Benutzer von Dienstwohnungen in den landeseigenen Gebäuden erfüllen müssen. Die Mieten, die eingehoben werden, entsprechend ungefähr den Sozialmieten des Wohnbauinstitutes. Die Wohnungen befinden sich in landeseigenen Gebäuden. Nicht jeder Mitarbeiter des Landes ist bereit, eine Wohnung zu den vorgesehenen Bedingungen zu mieten. Es gibt auch Absagen! Teilweise handelt es sich auch um Wohnungen, die nicht mehr die neuesten sind. Die Festlegung der Preise ist ja nicht Sache des Vertrags- oder Vermögensamtes, denn die

Bedingungen sind in den Verträgen zwischen Gewerkschaften und Landesverwaltung festgelegt worden. Unterm Strich ist es günstiger, diesen Weg zu gehen, als einen Hausmeister zu beschäftigen, den man dann auch entlohnen müsste. Sollten neue Vertragsverhandlungen stattfinden, dann müsste, wenn schon, eine Veränderung des Systems in die Vertragsverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Landesverwaltung einfließen. Im Moment ist die Regelung so, wie sie von uns angewandt wird, und ich glaube, dass sie zum Vorteil des Landes ist. Die vom Herrn Minniti ausgerechneten Ausfälle an Mietzins sind sehr wohl gerechtfertigt, denn die Behebung eventueller Schäden an unbeaufsichtigten Gebäuden würde auf lange Sicht sicher mehr ausmachen.

**PRESIDENTE:** Consigliera Klotz, ha la parola per fatto personale.

**KLOTZ (UFS):** Danke! Landesrat Berger hat mich gefragt, ob ich glaube, dass es billiger wäre, eventuelle Schäden an unbeaufsichtigten Gebäuden zu beheben. In dem Moment, in dem Leistungen berechnet werden, ist die Sache in Ordnung!

**MINNITI (AN):** Parto da un concetto: gli assegnatari di questi alloggi non è che per il servizio che rendono non vengano pagati! Loro svolgono una prestazione a favore del proprietario dell'edificio di cui sono "custodi" e lo effettuano dietro compenso. Non è che quel lavoro lo fanno gratuitamente e quindi la Provincia deve andare loro incontro perché fanno delle opere di manutenzione o di controllo senza incassare nulla. Loro sono stipendiati normalmente. Se non lo vogliono fare loro quel lavoro, si licenzino e lascino l'alloggio di servizio! Peraltro sono persone che, come qualsiasi contratto di lavoro prevede, una volta alla settimana sono a riposo. Questo non giustifica l'affermazione da parte dell'assessore che se facessimo pagare un affitto intero a chi occupa gli alloggi di servizio, rischieremmo di pagare di più considerando la prestazione intera. Si dovrebbe semmai pagare una festività, o comunque un sabato in più a settimana, quattro festività al mese che non giustificano mai la differenza, tutti insieme, dell'introito che viene a mancare.

Credo che le giustificazioni dell'assessorato competente non stiano in piedi. Capisco che debbano aggrapparsi sugli specchi per giustificare una situazione che è come principio ingiustificabile. Anche lo Stato fa la stessa cosa, e così facendo non ha fatto altro che aumentare le tasse ai cittadini, ed è quello che state facendo voi non parlando di tasse ma di oneri che andranno a gravare sulle famiglie, perché procedete con una politica nella quale laddove dovrebbe essere logica la giustificazione di un'entrata, non assumete quella possibilità, laddove invece non è logica, e parliamo dei ticket ospedalieri e della prossima tassa sulla vecchiaia, fate pagare a tutti delle scelte politiche di assoluta carenza sociale che non hanno nessun tipo di motivazione. Il calcolo che è stato fatto sulla base di questo schema, che la Presidente parzialmente ha letto, nella parte conclusiva comprensibilmente e non per quanto riguarda i comuni di



Bolzano e Merano, e poi nello specifico Bolzano e nello specifico Merano, sono somme in difetto, non in eccesso, relative al normale pagamento per metro quadro di un alloggio non di lusso, così come gli alloggi di servizio che sono normali e non di lusso. Il rapporto che si determina è di 1 a 10. Mentre al cittadino normale per un metro quadro viene chiesto come affitto qualcosa come oltre 22 mila lire, per un occupante un alloggio di servizio si chiedono 2.200 vecchie lire al metro quadro. Per quanto riguarda il rapporto di un alloggio privato e non un alloggio di servizio il calcolo è in totale difetto.

Il collega Leitner sottolineava che era la terza o quarta volta che proponiamo questo documento. Noi continueremo a ripresentarlo per sottolineare una stortura organizzativa da parte della Provincia e un'ingiustizia in base alla quale un alloggio pubblico come l'alloggio sociale assegnato all'Ipes ha un costo, l'alloggio pubblico quale un alloggio di servizio ha un altro costo, a scapito di chi nella comunità altoatesina ha determinati oneri da sostenere, anche a causa di scelte di questo genere.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla votazione sulla mozione: respinta con 4 voti favorevoli, 2 astensioni e i restanti voti contrari.

La seduta è sospesa fino alle ore 15.00

ORE 12.50 UHR

-----

ORE 15.09 UHR

*(Appello nominale – Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Continuiamo con la trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 14) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 90/01: “Modifiche alla legge provinciale 12 giugno 1975, n. 26 (Istituzione delle Soprintendenze provinciali ai beni culturali ed integrazioni alle leggi provinciali 25 luglio 1970, n. 16 e 19 settembre 1973, n. 37) e successive modificazioni”*.

Punkt 14 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 90/01: “Änderungen zum Landesgesetz vom 12. Juni 1975, Nr. 26 (Errichtung des Landesdenkmalamtes sowie Änderungen und Ergänzungen zu den Landesgesetzen vom 25. Juli 1970, Nr. 16 und vom 19. September 1973, Nr. 37) in geltender Fassung”*.

Prego di dare lettura della relazione accompagnatoria.

**URZI (AN):** *La odonomastica è una branca della toponomastica.*

*Mentre la seconda può essere definita la "scienza dei nomi propri di luogo", e come tale comprende tutte le denominazioni che attengono ogni specie di luogo (dalle strade sino alle città, alle regioni ed oltre), la prima riguarda specificatamente le denominazioni delle aree di circolazione (strade, piazze, gallerie ecc.).*

*Nell'esercizio della propria competenza in materia di toponomastica riconosciuta in base allo Statuto di autonomia (articoli 8, 101, 102 del Dpr 31 agosto 1972, n. 670) la Provincia autonoma di Bolzano ha previsto con legge provinciale 12 giugno 1975, n. 26 e successive modificazioni, la procedura per la denominazione delle aree di circolazione stradale. Nel procedimento di individuazione di tali denominazioni sono pienamente coinvolte le amministrazioni comunali. I Consigli comunali deliberano l'approvazione di elenchi di aree di circolazione stradale ed inviano tali deliberazioni alla Provincia alla quale spetta, per Statuto, la competenza primaria in materia di toponomastica. È quindi la Provincia, attraverso l'Ufficio del Capo ripartizione ai beni culturali, ad approvare le denominazioni ed a certificarne l'ufficialità.*

*Con ciò, ossia con l'attivazione diretta della Provincia, si riconosce quanto lo Statuto afferma: ossia che la toponomastica e come tale anche l'odonomastica sono patrimonio di tutti i cittadini della provincia. Nella proposta di un nome il Comune attiva la propria funzione di merito, sul significato e la sostanza del nome. La Provincia certifica come previsto da Statuto, l'ufficialità della denominazione nelle corrette forme rispettivamente nelle lingue italiana e tedesca (e, dove previsto, ladina).*

*L'interesse pubblico "provinciale" dell'odonomastica è dunque riconosciuto dalla legge provinciale 26 del '75.*

*È il procedimento di accertamento e approvazione della dizione odonomastica che appare però in contrasto con i principi di trasparenza cui è chiamata ad uniformarsi l'azione legislativa ed amministrativa della Provincia.*

*Mentre le deliberazioni dei Consigli comunali sono affisse all'albo pretorio, gli atti della Provincia che concludono il ciclo amministrativo non sono pubblicati.*

*Essi vengono esclusivamente comunicati all'amministrazione comunale interessata ma non ai cittadini della provincia tutti nei modi e nelle forme più opportune.*

*Il patrimonio odonomastico, per sua stessa natura, ha bisogno invece di massima condivisione e conoscenza coinvolgendo l'interesse pubblico della generalità dei cittadini, non solo di quelli residenti nel comune interessato dalle modifiche o dalla nuova introduzione di denominazioni di aree di circolazione pubblica.*

*Per queste ragioni si ritiene di perfezionare la procedura amministrativa individuata con legge provinciale n. 26 del 1975 prevedendo la pubblicazione per estratto degli atti dell'Ufficio del Capo ripartizione ai beni culturali, e delle relative deliberazioni dei Consigli comunali sulle quali tali atti intervengono, sul Bollettino ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige.*

-----

*Die Straßennamengebung ist ein Teilbereich der Toponomastik. Während letztere als „Wissenschaft der Ortsnamen“ bezeichnet werden kann und als solche sämtliche Bezeichnungen für jedweden Ort (von den Straßen bis zu den Städten, den Regionen usw.) umfasst, so betrifft erstere ganz spezifisch die Bezeichnung von Verkehrsflächen (Straßen, Plätze, Tunnels usw.).*

*Bei der Ausübung ihrer Zuständigkeit auf dem Gebiet der Toponomastik, die ihr vom Autonomiestatut (Artikel 8, 101 und 102 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670) zuerkannt wurde, legte die autonome Provinz Bozen mit Landesgesetz vom 12. Juni 1975, Nr. 26 in geltender Fassung die Verfahrensweise für die Benennung der Verkehrsflächen fest. In die Ermittlung dieser Bezeichnungen sind die Gemeindeverwaltungen voll und ganz eingebunden. Die Gemeinderäte beschließen die Genehmigung von Verzeichnissen von Verkehrsflächen und übermitteln diese Beschlüsse dem Land, dem laut Statut die primäre Zuständigkeit auf dem Gebiet der Toponomastik zusteht. Über den Direktor der Landesabteilung Denkmalpflege liegt es daher beim Land, die Bezeichnungen zu genehmigen und sie für amtlich zu erklären.*

*Damit bzw. mit der direkten Genehmigung durch das Land wird den Bestimmungen des Statuts Genüge getan, dass nämlich die Orts- und somit auch die Straßennamen Allgemeingut aller Bürger des Landes sind. Indem die Gemeinde eine Bezeichnung vorschlägt, kommt sie in bezug auf Bedeutung und Sinngelalt des Namens ihrer diesbezüglichen Aufgabe nach. Das Land erklärt, wie vom Statut vorgesehen, die Amtlichkeit der Bezeichnung in der korrekten Form, nämlich in italienischer und deutscher und – wo vorgesehen – in ladinischer Sprache. Das öffentliche „Landesinteresse“ der Straßennamen wird somit vom Landesgesetz Nr. 26/75 anerkannt.*

*Die Vorgangsweise bei der Festlegung und Genehmigung der Straßennamen steht jedoch zu den Grundsätzen der Transparenz im Widerspruch, an die sich das Land bei seiner Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit halten muss.*

*Während die Beschlüsse der Gemeinderäte an der Amtstafel ausgehängt werden, werden die Akte des Landes, die den Verwaltungsweg abschließen, nicht veröffentlicht.*

*Sie werden einzig und allein der betreffenden Gemeindeverwaltung mitgeteilt, nicht jedoch den Bürgern auf angemessene Weise bekannt gegeben.*

*Natürgemäß müssen jedoch gerade die Straßennamen allen Bürgern zur Kenntnis gebracht und von diesen mitgetragen werden, und nicht nur den Bewohnern jener Gemeinde, in der Straßennamen geändert oder neu eingeführt werden.*

*Aus diesen Gründen glauben wir, die mit Landesgesetz Nr. 26/75 festgelegte Prozedur dadurch zu verbessern, dass vorgesehen wird, dass die Akte des Direktors der Landesabteilung Denkmalpflege und die entsprechenden Beschlüsse der Gemeinderäte im Amtsblatt der Region auszugsweise zu veröffentlichen sind.*

**PRESIDENTE:** Prego di dare lettura della relazione della I commissione legislativa.

**KLOTZ (UFS):** Die 1. Gesetzgebungskommission trat am 3. und 4. Juli 2002 zusammen, um oben genannten Gesetzentwurf zu behandeln. An den Arbeiten der Kommission nahmen auch der Landesrat für Denkmalpflege und deutsche Kultur, Dr. Bruno Hosp, und an der zweiten Sitzung auch der Landesrat für Bauten sowie ladinische Schule und Kultur, Dr. Florian Mussner, teil.

Da es sich um einen einzigen Artikel handelte, wurden die General- und die Artikeldebatte gemeinsam abgehalten.

Bei der Erläuterung des Gesetzentwurfes erinnerte Abg. Urzi daran, dass das Verfahren für die Genehmigung der neuen Straßenbezeichnungen einen Beschluss des Gemeinderats vorsieht, der an die Landesabteilung Denkmalpflege zwecks Genehmigung durch dessen Direktor weitergeleitet wird. Mit der Genehmigung der Bezeichnung durch den Direktor kann das Verfahren als abgeschlossen betrachtet werden. Abg. Urzi erklärte, dass dieser Gesetzentwurf darauf abzielt, dieses Verfahren transparenter zu gestalten, das bis dato für das breite Publikum unzugänglich bleibt: Dies soll dadurch geschehen, dass die Amtsakte des Direktors der Abteilung Denkmalpflege, der den amtlichen Charakter der neuen Straßenbezeichnungen bescheinigt, im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden. Auf diese Weise kann jeder schnell und problemlos Einsicht in diese Akte nehmen, so Abg. Urzi. Mit diesem Gesetzentwurf will man gewährleisten, dass auch der Bürger von Graun im Vinschgau Einsicht in die Akte über die Bezeichnungen von Straßen und Plätzen in Innichen nehmen kann. Laut Abg. Urzi handelt es sich um ein Thema von Landesinteresse und auch um ein Kontrollmittel durch jeden Bürger über das Wirken der Gemeinden im Bereich der Straßennamen.

Bei der Generaldebatte äußerte die Abg. Klotz den Standpunkt, dass – abgesehen davon, dass es bei den Amtsakten des Direktors der Abteilung Denkmalpflege nichts Undurchsichtiges gibt – dieses Gesetz noch mehr Bürokratie bedeuten würde. Die Veröffentlichung aller Akte des Direktors der Abteilung Denkmalpflege betreffend die Straßennamen würde auch den Druck einer riesigen Beilage des Amtsblattes erfordern. Abg. Klotz stellte die Frage nach dem eigentlichen Sinn und Zweck dieses Gesetzentwurfes. Gewiss ist die Ortsnamengebung für Abg. Klotz ein sehr wichtiges Thema, und gewiss verleihen die Namen von Straßen und Plätzen auch den Menschen Identität. Sie kritisierte die in den letzten Jahren begangenen Fehler in der Ortsnamengebung: Die Namen von Straßen, Plätzen und anderen Orten in Südtirol seien oft falsch übersetzt worden: Beispielsweise wurde das Ortsnamengut der Stadt Bozen ihrer Meinung nach oft verzerrt, um Assoziationen mit der Tiroler Kultur und den Tiroler Traditionen zu vermeiden. Außerdem seien manche Bezeichnungen unübersetzbar. Abschließend bemerkte sie, dass die Bevölkerung an dieser Problematik derzeit nicht besonders interessiert sei, so dass kein Bedarf bestehe, die Akte des Direktors der Abteilung Denkmalpflege im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen.

*Gleicher Meinung war LR Hosp: Für ihn bedeutet dieser Gesetzesvorschlag nur das Risiko, dass das Amtsblatt der Region von Bekanntmachungen, die niemanden interessieren, überflutet würde. Außerdem ist das Verfahren für LR Hosp klar: Der Gemeinderat genehmigt die Bezeichnung einer Straße oder eines Platzes; dann hat der Direktor der Abteilung Denkmalpflege nur mehr die Aufgabe, festzustellen, ob die Persönlichkeit, der man eine Straße oder einen Platz widmen will, länger als zehn Jahre tot und einer solchen Widmung würdig ist. Außerdem, so LR Hosp, wird auch dieser Beschluss des Gemeinderates, wie jeder andere auch, an der Anschlagtafel der Gemeinde veröffentlicht.*

*In seiner Replik erklärte Abg. URZI, dass der Gesetzentwurf rein technischen und keinen substantiellen Charakter hat: Es wird lediglich das Verfahren geregelt. Er unterstrich, dass in Sachen Straßenbezeichnungen der Gemeinderat nur einen Vorschlag machen kann: Über die Bezeichnung von Straßen und Plätzen entscheide in Wirklichkeit das Land. Die Namengebung von Straßen und Plätzen gehört zur Ortsnamengebung, laut Autonomiestatut ein Zuständigkeitsbereich des Landes: Daher müsse das Land die Rolle eines Garanten aller Sprachgruppen Südtirols übernehmen und über die Bezeichnung von Straßen oder Plätzen entscheiden. Der Direktor der Landesabteilung Denkmalpflege kann die vorgeschlagene Benennung einer Straße oder eines Platzes aus Gründen der sprachlichen oder grammatikalischen Korrektheit sowie der Zweisprachigkeit auch verbessern oder abändern. Laut Abg. Urzi ist seine Rolle nicht die eines Notars, sondern er habe eine grundsätzliche Kontrollfunktion. Da es sich hier um ein Thema von Landesinteresse handelt, zielt der Gesetzentwurf darauf ab, die Verwaltungsverfahren transparenter zu gestalten und den Bürgern näher zu bringen, die zur Bezeichnung von Straßen und Plätzen und zur Genehmigung der betreffenden Namen führen. Der beste Weg, um die gesamte Südtiroler Bevölkerung über dieses Thema zu informieren, ist daher für Abg. Urzi die Veröffentlichung der Akte des Direktors der Abteilung Denkmalpflege im Amtsblatt der Region.*

*In der Schlussabstimmung im Sinne von Artikel 100 des Geschäftsordnung wurde der Gesetzentwurf mit 5 Gegenstimmen (Abg. Klotz, Stocker, Rosa Thaler, Messner und Denicolò) bei 2 Ja-Stimmen (Abg. Urzi und Lo Sciuto) abgelehnt.*

*Daher leitete die Kommissionsvorsitzende den Gesetzentwurf im Sinne von Artikel 42, Absatz 4, der Geschäftsordnung der Landtagspräsidentin weiter.*

-----

*La I commissione legislativa si è riunita il 3 e 4 luglio 2002 per trattare il disegno di legge di cui sopra. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche l'assessore per la cultura tedesca e ai beni culturali dott. Bruno Hosp e durante la seconda seduta della commissione anche l'assessore ai lavori pubblici e alla scuola e cultura ladina dott. Florian Mussner.*

*Trattandosi di un articolo unico, la discussione generale e quella articolata si sono svolte congiuntamente.*

*Durante l'illustrazione del disegno di legge il cons. Urzi ha ricordato che la procedura per l'approvazione delle nuove denominazioni delle vie e strade nei comuni prevede una delibera del consiglio comunale,*

*che viene inoltrata alla ripartizione provinciale ai beni culturali per l'approvazione da parte del direttore. Con l'approvazione della denominazione da parte del direttore della ripartizione provinciale ai beni culturali si può dire concluso il procedimento. Il cons. Urzi ha spiegato che con questo disegno di legge s'intende rendere più trasparente questa procedura, fino ad oggi ancora poco accessibile al grande pubblico, pubblicando gli atti dell'ufficio del capo ripartizione ai beni culturali, che certifica l'ufficialità delle nuove denominazioni di strade e piazze, sul bollettino ufficiale della Regione. Essendo pubblicati questi atti sul bollettino ufficiale tutti possono rapidamente e comodamente prenderne visione, ha detto il cons. Urzi. Con questo disegno di legge si vuole anche garantire che, per esempio, il cittadino di Curon/Venosta possa conoscere gli atti riguardanti la denominazione di strade e piazze di San Candido. La tematica secondo il cons. Urzi è di interesse provinciale ed è anche un modo di controllo da parte di ogni cittadino sull'operato dei comuni in materia di odonomastica.*

*Nell'ambito della discussione generale la cons. Klotz ha sostenuto che a prescindere dal fatto che non ci sia niente di oscuro e poco trasparente per quello che riguarda gli atti dell'ufficio del capo di ripartizione ai beni culturali, si verrebbe a creare con questo disegno di legge un ulteriore aumento della burocrazia. La pubblicazione di tutti gli atti del capo di ripartizione ai beni culturali in materia di odonomastica comporterebbe inoltre la stampa di un enorme supplemento al bollettino ufficiale. La cons. Klotz ha chiesto quale sia effettivamente il fine ed il senso del disegno di legge presentato. La toponomastica è sicuramente un tema molto importante, ha detto la cons. Klotz, che ha spiegato che la denominazione di strade o piazze dona identità alle persone. La consigliera ha criticato gli sbagli fatti nella toponomastica degli ultimi anni, ribadendo che i nomi di vie, strade e luoghi nei comuni della provincia sono stati spesso tradotti in modo errato. La cons. Klotz ha detto che la toponomastica nella città di Bolzano, per esempio, è stata distorta spesso per evitare collegamenti alla cultura e tradizione tirolese. Ha anche spiegato che certe denominazioni non sono traducibili. Ha concluso infine dicendo che l'interesse da parte della popolazione, secondo lei, non è di stringente attualità perché si debbano pubblicare gli atti del capo della ripartizione provinciale ai beni culturali sul bollettino ufficiale della Regione.*

*Della stessa opinione si è detto anche l'assessore Bruno Hosp che ha spiegato che con questa proposta di legge si verrebbe a creare solamente il pericolo di un ulteriore marea di pubblicazioni sul bollettino ufficiale le quali non interessano nessuno. L'ass. Hosp ha spiegato che la procedura è chiara; il consiglio comunale approva la denominazione di una strada o piazza, di seguito il capo della ripartizione provinciale ai beni culturali ha solamente la funzione di verificare se la personalità alla quale si vuole dedicare una strada o piazza sia morta da più di dieci anni e se si tratta effettivamente di una personalità degna di una tale dedica. Inoltre, ha spiegato l'ass. Hosp, come ogni delibera comunale anche questa viene pubblicata sull'albo pretorio.*

*Nella sua replica il cons. Urzi ha detto che il disegno di legge presentato è puramente di carattere tecnico e procedurale e non di carattere sostanziale. Il cons. Urzi ha sottolineato che nell'ambito dell'odonomastica il consiglio comunale può solamente fare la proposta di denomi-*

nazione; è invece la Provincia che decide sulle denominazioni delle strade e delle piazze nei comuni. Il cons. Urzi ha spiegato che l'odonomastica fa parte della toponomastica ed essendo la toponomastica riconosciuta in virtù dello Statuto di autonomia come competenza provinciale, è la Provincia che deve assumersi il ruolo di garante di tutti i gruppi linguistici in Provincia di Bolzano e decidere sulla denominazione di strade o piazze. Il capo della ripartizione ai beni culturali ha anche la possibilità di correggere e modificare la proposta di denominazione di una strada o piazza, sulla base della correttezza grammaticale, linguistica e del bilinguismo; al capo della ripartizione ai beni culturali non spetta un ruolo di notaio, ma bensì un ruolo fondamentale di controllo, ha detto il cons. Urzi. Il cons. Urzi ha poi spiegato che essendo il tema della denominazione delle strade e piazze di interesse provinciale, si vuole garantire con questo disegno di legge la massima trasparenza e pubblicità dei procedimenti amministrativi che portano alla denominazione ed alla autorizzazione di una certa denominazione. Lo strumento migliore, ha detto il cons. Urzi, per informare tutta la popolazione dell'Alto Adige, è quindi la pubblicazione degli atti del capo della ripartizione ai beni culturali, sul bollettino ufficiale della Regione.

Posto in votazione finale ai sensi dell'articolo 100 del regolamento interno, il disegno di legge è stato respinto con 5 voti contrari (conss. Klotz, Stocker, Rosa Thaler, Messner e Denicolò) e 2 voti favorevoli (conss. Urzi e Lo Sciuto).

La presidente della commissione ha pertanto inoltrato il disegno di legge alla Presidente del Consiglio provinciale ai sensi dell'articolo 42 comma 4 del regolamento interno.

**PRESIDENTE:** Do lettura dell'unico articolo.

Art. 1

1. Dopo il comma 1 dell'articolo 5 è aggiunto il seguente comma:

“1-bis. L'autorizzazione di cui al comma 1 è pubblicata per estratto, unitamente alla deliberazione del Consiglio comunale sulla quale essa interviene, sul Bollettino ufficiale della Regione.”

La presente legge sarà pubblicata sul Bollettino ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

-----

Art. 1

1. Nach Absatz 1 von Artikel 5 wird folgender Absatz hinzugefügt:

„1-bis. Die Genehmigung laut Absatz 1 ist zusammen mit dem diesbezüglichen Beschluss des Gemeinderates im Amtsblatt der Region auszugsweise zu veröffentlichen.“

Dieses Gesetz wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

Trattandosi di un articolo unico, la discussione generale e quella articolata si svolgono congiuntamente.

Ha chiesto intervenire il consigliere Urzì, ne ha facoltà.

**URZÌ (AN):** Il disegno di legge non ha bisogno di lunghe presentazioni, anche perché la relazione, che abbiamo voluto contenere in pochi concetti, esprime la nostra volontà. Essendo l'odonomastica una branca della toponomastica, rientra fra le materie di interesse nonché competenza provinciale, tanto è vero che la Provincia si è riservata la possibilità di autorizzare la denominazione di nuove aree di circolazione stradale, che siano strade o piazze o ponti all'interno dei territori comunali. È interesse di tutti i cittadini della provincia di Bolzano, così come lo statuto prevede in maniera esplicita che l'accertamento e l'approvazione delle dizioni in lingua tedesca delle località altoatesine sia recepita attraverso una legge approvata, quindi in sessione pubblica in Consiglio provinciale, poi pubblicata sul Bollettino ufficiale della regione. Analogamente riteniamo che anche l'approvazione di nuove denominazioni di aree di circolazione stradale, quindi di dizioni toponomastiche - perché di questo poi si tratta - perché l'odonomastica è branca della toponomastica, quindi l'approvazione di nuove denominazioni di aree di circolazione stradale, strade, piazze, ponti abbia la necessità di avere maggiore pubblicità, possa essere portata a conoscenza di tutti i cittadini interessati. Così come si approverà un giorno un elenco di denominazioni toponomastiche della nostra provincia di Bolzano attraverso legge provinciale, vorremmo che per lo meno il procedimento amministrativo previsto nella legge n. 26/75 possa essere perfezionato affinché l'atto di indirizzo assunto dal consiglio comunale o dalla giunta a seconda degli statuti propri, inviato alla ripartizione beni culturali, e autorizzato, possa trovare pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della regione. Nel corso del dibattito abbiamo potuto raccogliere stimolanti riflessioni da parte di colleghi che hanno voluto intervenire, ma che non trovano fondamento. Lo dico benevolmente, anche con simpatia se vogliamo, alla collega Klotz che non è il caso di parlare di ulteriore aumento della burocrazia, perché le autorizzazioni del capo ripartizione ai beni culturali relative a nuove denominazioni di aree di circolazione stradale sono una, due al mese e di poche righe l'una, quindi non si tratta sicuramente di creare ulteriore burocrazia. Forse questo andrebbe detto e spiegato al distratto assessore Hosp che pure faceva riferimento, nel corso del dibattito in commissione legislativa, ad un potenziale rischio di aumento a dismisura della burocrazia, della necessità di pubblicare anche fascicoli corposi relativi a questi atti che invece non esistono nella dimensione in cui sono stati indicati. Si tratta di poche righe e pochi fogli, ma l'atto in sé acquisirebbe un valore simbolico molto forte.

Abbiamo assistito negli ultimi mesi ad una serie di azioni molto forti dal punto di vista politico svolte da amministrazioni comunali sul territorio altoatesino. Abbiamo assistito alle iniziative del comune di Termeno nel corso della precedente amministrazione, del comune di Cortaccia, di Caldaro, solo per citare solo i casi più eclatanti e per cui si è intervenuti anche in sede giudiziaria attraverso ricorsi depositati al TAR da parte nostra, da parte di centinaia di cittadini della nostra provincia. Si è



assistito ad iniziative da parte di queste amministrazioni comunali che nel silenzio e contando sulla sotterranea trasmissione di atti fra consiglio comunale e ripartizione beni culturali, quindi anche discreto passaggio di carte, contavano sull'approvazione – in alcuni casi questo è avvenuto – di delibere che prevedevano la modifica di denominazioni bilingui in denominazioni monolingui. Questi episodi hanno suscitato grande clamore sulla stampa nonché nell'opinione pubblica che ha ritenuto di attivarsi in maniera molto significativa nei diversi modi con proteste, denunce ricorrendo fino al TAR per reclamare non solo più trasparenza nei procedimenti amministrativi che portano all'approvazione delle denominazioni di aree stradali di interesse comunale, ma anche il rispetto dei principi su cui si fonda lo Statuto d'autonomia e uno dei principi cardine dell'autonomia altoatesina è il principio del bilinguismo. Ecco che garantire trasparenza è utile a garantire la correttezza negli atti per quanto attiene rispetto dei principi autonomistici, e mi riferisco in modo particolare al rispetto del principio del bilinguismo. Abbiamo citato casi di comuni pur molto vicini a Bolzano nei quali, eccetto Termeno, esiste una rappresentanza elettiva del gruppo linguistico italiano, ma sappiamo anche come nella stragrande maggioranza dei comuni altoatesini dove nemmeno in consiglio comunale è rappresentata la parte italiana della comunità per carenza di voti e quindi per scarsa rappresentatività sul territorio, dove la rappresentanza del gruppo linguistico italiano è del tutto assente nei consigli comunali, l'autorizzazione dal parte del capo ripartizione beni culturali e la decisione in Consiglio provinciale se non direttamente in Giunta a seconda dello Statuto di nuove denominazioni spesso monolingui è atto quasi interno agli uffici, quindi comunque pressoché ignorato da parte dell'opinione pubblica generale.

Torno al concetto iniziale: l'odonomastica, essendo branca della topinomatica, è competenza di interesse provinciale, di tutti i cittadini della Provincia autonoma di Bolzano, quindi la pubblicazione degli atti del capo ripartizione beni culturali sul Bollettino ufficiale dá senso compiuto allo spirito stesso della legge 26/75, garantirebbe ampia trasparenza e soprattutto correttezza nelle procedure amministrative e soprattutto la garanzia per ogni cittadino della nostra provincia di essere consapevole nelle scelte che sul territorio devono essere operate e che direttamente o indirettamente lo coinvolgono.

**KLOTZ (UFS):** Da es sich um eine Thema mit einer großen kulturpolitischen Bedeutung handelt, möchte ich einige grundsätzliche Betrachtungen anstellen. Namen sind nicht Wörter, Namen bedeuten nicht, sondern sie bezeichnen. Sie schaffen Identität und geben Aufschluss über die Siedlungsgeschichte und über das Siedlungs-volk. Was die Bezeichnung von Straßen und Plätzen anbelangt, so ist der Gemeinderat dafür zuständig, mit Ausnahme, wenn seit langem bestehende Namen abgeändert werden, denn dann wird der Regionalrat damit befasst. Wenn es sich aber um Namen für neue Straßen und Plätze handelt, dann ist ausschließlich der Gemeinderat zuständig, und das ist auch richtig. Die Bezeichnungen von Straßen und Plätze sollen ja mit dem

Ort zu tun haben. Sie sollen der Würde dieses Ortes entsprechen. Die Personen, nach denen neue Straßen oder Plätze benannt werden, müssen dort seit mindestens zehn Jahren ansässig und allgemein anerkannte Persönlichkeiten sein. Das ist ein wichtiger Bereich, weil er die Identität eines Ortes prägt und Aufschluss über die Geschichte des Ortes, über Personen, die dort gelebt haben, über Beziehungen usw. gibt. Verschiedene Südtiroler Orte haben Beziehungen zu Ortschaften in Österreich, Deutschland, Ungarn usw. haben. Bozen ist ja mit der ungarischen Gemeinde Sopron in bester Beziehung. Da gibt es Städtepartnerschaften. Die Namen von Plätzen und Straßen geben also über sehr viele Dinge Aufschluss. Deshalb hat auch die Namensgebung für Straßen und Plätze eine wichtige Bedeutung. Deshalb habe ich besonders kritisiert, dass in Bozen heute noch Straßen und Plätze bestehen, die ein ganz und gar unwürdiges Bild auf diese Stadt werfen. Die Stadt hat es sich nicht verdient, wenn eine Straße "Amba-Alagi" genannt wird, als Erinnerung an die Unterdrückung der Kolonialvölker. Es gibt eine ganze Reihe anderer Namen, die der Stadt ebenso wenig Ehre machen wie beispielsweise auch die Straße, in der sich der Südtiroler Landtag befindet. "Crispi" war in keinsten Weise ein Sohn dieser Stadt, hat mit dieser Stadt also im Grunde genommen überhaupt nichts zu tun. Das ist ein Überbleibsel aus der Faschistenzeit, in der man bestehende Bezeichnungen abgeschafft hat. Historisch gewachsene Namen wurden ganz einfach ausgelöscht und durch Namen italienischer Nationalisten usw. ersetzt. Dass wir die Bezeichnung "IV-November-Platz" anders empfinden als der Kollege Urzì, liegt im Wesen unserer unterschiedlichen Denkweise und unserer unterschiedlichen politischen Ausrichtung. Ich werde die Bezeichnung "Amba-Alagi" in keiner Weise als gut empfinden.

Die ganze Sache ist auch ein Politikum, denn das kann niemals nur eine verfahrenstechnische Angelegenheit sein. Der Kollege Urzì hat ja gesagt, worum es ihm geht. Die Aushängung der entsprechenden Beschlüsse an den Amtstafeln der Gemeinden ist ihm zu wenig, weil es Gemeinden gibt, in denen zu wenig Italiener wohnen, weshalb sie also nicht mitbekommen, was geschieht und nach welchen Leuten neue Straßen oder Plätze benannt werden. Kollege Urzì, das liegt in der Kompetenz der Gemeinden und in der wesensmäßigen Zuständigkeit. Die Gemeinden sollen wissen, mit welchen Namen sie sich identifizieren können. Der Kollege Urzì verlangt, dass das im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden soll. Ich habe bereits in der Kommission erwähnt, dass ich das für wahnsinnig schwerfällig und auch für überflüssig halte. Wer Einblick nehmen will, der bekommt die Listen mit den verschiedenen Straßen- und Ortsbezeichnungen jederzeit von der Gemeinde zugestellt. Es genügt ein normales Ansuchen über Fax oder E-Mail. Deshalb wäre das, was der Kollege Urzì verlangt, schwerfällig und auch kostenmäßig nicht zu rechtfertigen.

Andererseits würden wir damit der Region doch wieder eine kleine neue Aufgabe und Bedeutung zumessen. Nachdem ich überzeugt für die Aushöhlung der Region bin und auch alles dazu getan habe, was ich tun konnte, bin ich sicher die Letzte, die helfen würde, der Region über ein kleines Hintertürchen doch wieder eine

kleine zusätzliche symbolische Bedeutung zukommen zu lassen. Wie gesagt, die ganze Sache ist nicht nur eine verfahrenstechnische Angelegenheit, sondern sie hat auch ihre politischen Hintergründe. Wenn der Kollege Urzì von den unterirdischen Gängen der Gemeindeakten-Bewegung spricht, dann muss ich ihm sagen, dass Ihr Gesetzentwurf der Versuch einer unterirdischen ...

**URZÌ (AN):** (*interrompe*)

**KLOTZ (UFS):** Er ist getarnt! Sie wollen uns glauben machen, dass es nur eine kleine verfahrenstechnische Sache sei, aber es ist eine konsequente politische Wühlarbeit. Deshalb, Kollege Urzì, brauchen Sie sich nicht genieren, das offen zu sagen, denn wir wissen sowieso, wie Sie es meinen. Hier gibt es gar keinen Grund, um nicht offen miteinander zu reden. Ich kann nur noch einmal wiederholen, dass ich bei dem bleibe, was ich bereits in der Gesetzgebungskommission gesagt habe. Ich werde gegen diesen Gesetzentwurf stimmen, und zwar aus den dargelegten Gründen. Ich fordere alle Verantwortlichen auf, jenen Persönlichkeiten Straßen und Plätze zu widmen, die mit den betreffenden Ortschaften etwas zu tun haben, die also Identität stiften und schaffen. Vor allem aber sollen die in Jahrhunderten gewachsenen Namen verwendet werden. In Südtirol gibt es ja auch ladinische Namen, die meines Erachtens besonders gepflegt werden sollten. Sie geben ja Aufschluss über die Siedlungsgeschichte, über das Siedlungsvolk, über Ereignisse, über frühere Bestimmungen und Nutzungen. Wenn etwas "Roan" heißt, dann wissen wir, dass es früher ein Hang war. Wenn etwas "Plun" heißt, dann wissen wir, dass das mit der Ebene zu tun hat. "Peter Ploner" hat nichts mit dem Namen "Peter Ploner" zu tun, sondern stammt von der lateinischen Bezeichnung "pietra plana". Es handelt sich um einen Teil Bozens. Der "Peter Ploner", der berühmte Buschenschank, gehört ja zur Stadtgemeinde Bozens. Das Wesen der Toponomastik besteht ja darin, dass keine Namen willkürlich ersetzt oder übersetzt werden. Das jeweilige Siedlungsvolk hat die Namen der jeweiligen Lautung angepasst. So haben die späteren langobardischen, fränkischen oder bajuwarischen Siedler aus "pietra plana" nicht "Ebenfeld" gemacht, sondern haben es ihrer Lautung angepasst, und darauf ist "Peter Ploner" geworden. Die Sprachwissenschaftler wissen, woher manche Namen kommen. Innerhalb bestimmter Ortschaften gibt es viele alte Namen, deren Bedeutung nicht mehr nachvollziehbar ist. Man weiß nicht, was sie ursprünglich aussagen sollten, und deshalb übersetzt man sie nicht.

Abschließend komme ich noch einmal in die Welt der Namensgebung, in die Faszination der Namen, der Bedeutung und der Geschichte zurück und möchte dem Kollegen Urzì sagen, dass ich der Meinung bin, dass wir den Gemeinden ihre Autonomie lassen sollten. In erster Linie muss sich ja eine Gemeinde damit identifizieren können. Deshalb hat das nichts im Amtsblatt der Region zu suchen.

**KURY (GAF-GVA):** Ich schicke voraus, dass es für mich persönlich kein großes Bedürfnis ist, dass Namensänderungen im Amtsblatt der Region publiziert werden. Wenn aber eine Landtagsfraktion, die doch einen relevanten Teil einer bestimmten Sprachgruppe in Südtirol repräsentiert, dieses Bedürfnis äußert, dann glaube ich, dass eigentlich nichts dagegen spricht, diesem Bedürfnis nachzukommen. Die Argumente, die dagegen ins Feld geführt worden sind, scheinen mir nicht schlagkräftig zu sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass damit eine Flut von Veröffentlichungen anstehen würde, denn die meisten Straßen und Plätze in Südtirol haben ja bereits einen Namen. Ich hoffe, dass man jetzt nicht daran geht, diese Namen systematisch zu verändern. Deshalb wäre es bestimmt kein großer bürokratischer Aufwand, das Gutachten des Direktors des Amtes für Denkmalpflege zu veröffentlichen. Die Kollegin Klotz hat am Ende Ihrer Stellungnahme gesagt, dass wir den Gemeinden ihre Autonomie lassen sollten. Wenn etwas veröffentlicht wird, wird die Autonomie der Gemeinden ja nicht angetastet. Dann dürften wir ja auch unsere Landesgesetze nicht veröffentlichen! Eine Veröffentlichung ist nichts anderes als ein Akt der Transparenz, und dagegen kann sich niemand zur Wehr setzen, wenngleich dahinter weiß Gott welche politischen Untriebe vermutet werden. Wenn etwas veröffentlicht wird, dann ist es für interessierte Menschen leichter, sich eine Übersicht darüber zu verschaffen. Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, warum man sich dagegen ausspricht, wenngleich ich persönlich kein großes Bedürfnis danach verspüre. Als Politiker haben wir die Aufgabe, nicht nach eigenen Bedürfnissen, sondern nach den Bedürfnissen unserer Gesellschaft vorzugehen. Das ist also die Begründung für meine Ja-Stimme zu diesem Gesetzentwurf, den ich – der Kollege Urzì möge mir verzeihen - weiß Gott nicht als weltbewegend empfinde. Das ist ja kein neuer Ansatz zur Lösung der Toponomastikfrage, sondern es ist der Wunsch, dass Namensänderungen publiziert werden, und das ist in Ordnung.

Nachdem es um die Odonomastik geht, möchte ich auch noch die Gelegenheit nutzen, auf die Arbeit, die von der Odonomastik-Kommission des Landes geleistet wurde, einzugehen. Ich möchte fragen, was mit der Arbeit dieser Kommission geschieht. Wir wissen, dass das Ergebnis dieser Arbeit innerhalb der Landesregierung große Divergenzen hervorgerufen hat, dass die Bruchlinie längs der Sprachen verlaufen ist, was immer ein Alarmsignal ist. Deshalb würde ich von Landesrat Hosp gerne erfahren, wie die derzeitige Situation ist. Meine Meinung ist jene, dass die Arbeit dieser Kommission im Großen und Ganzen seriös und zum Großteil nachzuvollziehen ist. Einige Schlussfolgerungen dieser Kommission sind allerdings beim besten Willen nicht nachzuvollziehen, und da würde ich Landesrat Hosp um seine Meinung ersuchen. Eine Schlussfolgerung ist die, dass eine Straße in dem Augenblick, in dem sich ein spezifischer Gegenstand - beispielsweise ein Brunnen - auf ihr befindet, zweisprachig sein darf. Der Straßename darf aber nur einsprachig sein, wenn ein spezifischer Gegenstand, der früher auf dieser Straße vorhanden war, nicht mehr da ist. Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar. Ich frage mich schon, welches Kriterium dahintersteckt, und deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn man mir das erklären könnte. Ich

frage mich, was in Zukunft passiert, wenn plötzlich irgendwo ein Baum gefällt wird, der dem Platz oder Straße den Namen gegeben hat.

Eine weitere Meinung zum Ergebnis der Arbeiten der Odonomastik-Kommission. Diese Kommission hat indirekt das vorweggenommen, was eigentlich dem Landtag zustehen würde, nämlich zu definieren, welche Namen einsprachig und welche zweisprachig sind. Das ist ja der Knackpunkt! Ich erkläre auch das anhand eines Beispiels. Im Papier der Odonomastik-Kommission wird das Beispiel gemacht, dass die Kalterer Straße sehr wohl auch Via Caldaro genannt werden kann, während "Montiggel" nur mehr einsprachig geführt wird. Da habe ich lange überlegt, was dieser Entscheidung wohl zugrunde liegt. Ich bin zum Schluss gekommen, dass dieser Entscheidung nur eine Vorwegnahme der prinzipiellen Diskussion, die im Landtag geführt werden müsste, zugrunde liegt. Da hat natürlich auch der Gesetzentwurf von Landeshauptmann Durnwalder eine Rolle gespielt, der besagt, dass Fraktionen mit einer bestimmten Größe weiterhin zweisprachig bleiben, während Fraktionen unter einer bestimmten Größe einnamig sein sollen. Das ist indirekt in das Papier der Odonomastik-Kommission eingeflossen, was nicht rechtmäßig ist, denn diese Kompetenz steht dem Landtag zu. Das sind meine zwei großen Einwände in Bezug auf die Arbeit dieser Kommission, der ich sonst aber wirklich seriöses Arbeiten bescheinigen möchte. Die beiden Prinzipien, die hier formuliert worden sind, sind meiner Meinung nach nicht zulässig. Als ich mir die Ergebnisse der Arbeit der Odonomastik-Kommission angeschaut habe, ist mir klar geworden, dass es nicht angeht, durch eine Kommission zu Ergebnissen zu kommen, die Entscheidungen des Landtages präjudizieren. Wenn ich weiterdenke, dann bedeutet das, dass man erst in dem Augenblick, in dem wir uns – hoffentlich im Konsens - über die Prinzipien der Toponomastik in Südtirol geeinigt haben, die Prinzipien der Odonomastik ausarbeiten kann. Wie die Kollegen der ersten Gesetzgebungskommission wissen, habe ich mich bemüht, einen Gesetzentwurf, der solche Prinzipien beinhaltet, vorzulegen, das heißt, den Weg einzuschlagen, dass sich das Landesgesetz ausschließlich um die Prinzipien zu kümmern hat, wann und in welchem Augenblick Namen ein-, zwei- oder dreisprachig sind. Nachdem diese Prinzipien dem Landtag vorgelegt worden sind, sollte eine Kommission mit der Konkretisierung dieser Prinzipien beauftragt werden. Das war der Ansatz meines Gesetzentwurfes, der in der zuständigen Gesetzgebungskommission eigentlich zum Großteil auf Interesse gestoßen ist und der in Zukunft vielleicht auch eine konsensuelle Lösung herbeiführen könnte. Dieses Strickmuster sollte auch für die Odonomastik gelten, denn das ist die einzige Möglichkeit, damit nicht bei jeder Namensfestsetzung politisches Gezänk bzw. ethnische Auseinandersetzungen anstehen.

Ich stimme dem Gesetzentwurf zu und ersuche Landesrat Hosp, mir zu sagen, ob ihn meine Stellungnahme eventuell dahingehend überzeugt hat, dass Odonomastik bzw. die Festlegung der Straßennamen einer prinzipiellen Lösung der Toponomastik-Frage bedarf.

**URZÌ (AN):** Dopo l'illustrazione del disegno di legge, ritengo opportuno intervenire anche per aggiungere alcune considerazioni a quelle svolte dai colleghi che hanno in un certo qual modo portato la discussione su un terreno dove non volevamo si discutesse. Ma avevamo visto che questo problema aveva contagiato i colleghi già in commissione legislativa, dove ci si era messi a discutere sulla materia toponomastica quando invece questa nostra proposta di legge mira a perfezionare un procedimento amministrativo teso a rendere ufficiale una nuova area di circolazione stradale.

Sono due i problemi, quello del procedimento amministrativo sul quale interveniamo chiedendo trasparenza, la possibilità di pubblicare quell'atto sul Bollettino Ufficiale affinché tutti i cittadini della provincia possano essere costantemente nella condizione di essere informati sulle decisioni che vengono assunte, e sono decisioni di interesse generale e provinciale a livello di qualsiasi amministrazione comunale sul territorio altoatesino. Questa è una materia. Poi ovviamente il tema si può inquadrare in un contesto più generale che è quello del dibattito se non della polemica della materia della toponomastica. Anche se si è usciti un po' dal seminato, posso arrivare a dire che bene hanno fatto forse i colleghi ad introdurre alcuni temi che avevo evitato di portare prima, ma, tirato un po' per la giacchetta, credo che abbiamo il dovere un po' morale di precisare alcune cose, anche riguardo ad iniziative, dichiarazioni, movimenti di ordine politico a cui abbiamo assistito negli ultimi giorni.

Oggi abbiamo potuto leggere sulla stampa locale le dichiarazioni del presidente Durnwalder che sostiene, quasi intervenisse a chiudere la polemica, che la questione della toponomastica la si liquiderà nel corso della prossima legislatura. Ho usato provocatoriamente questo termine "liquiderà", di fatto ha detto che verrà affrontata nel corso della prossima legislatura, che non è tema da campagna elettorale. Ritengo di aver usato a ragion veduta quel termine "la si liquiderà nella prossima legislatura", perché questa è la posizione politica che ormai emerge con chiarezza, voler liquidare la questione della toponomastica all'inizio della legislatura in modo da avere poi davanti a sé cinque anni per tentare di far smaltire la doccia fredda a quella parte di comunità come è un provvedimento di severità inaudita come la proposta Durnwalder già presentata in Giunta rappresenta, cinque anni per permettere di far tornare tranquillo un mare che sicuramente si agiterà come travolto dalla tempesta all'inizio della prossima legislatura quando si affronterà il tema della toponomastica. Sarà mare in tempesta in Consiglio sicuramente, ma anche fuori dal Consiglio, perché non esistono, oggi come oggi, le condizioni più elementari di serenità dell'ambiente perché una soluzione condivisa da tutti possa essere ricercata e trovata.

Al contrario si è assistito a provocazioni di diversa natura, a quelle di alcuni consigli comunali, si è assistito alle provocazioni da parte di grosse associazioni attive sul territorio provinciale, non da ultima la manifestazione recente del 24 aprile mi pare di ricordare. Ma non mi piace ricordare certe date legate agli eventi di Bolzano che hanno rappresentato ancora una volta pagine poco belle della città di Bolzano. Abbiamo raccolto dichiarazioni, non ultima quella del presidente Durnwalder, che fanno

intendere come la prossima stagione politica che si inaugurerá dopo le elezioni, sarà tesa sostanzialmente ad abbattere la Bastiglia, ossia quell'ultimo fortino di resistenza sopravvissuto al deserto creato in questi lunghi anni di azione politica. Lo si affronterà dopo la campagna elettorale, precisa il presidente Durnwalder, perché oggi sarebbe tema troppo spinoso. E si percepisce quanto l'attenzione dell'opinione pubblica riguardo questo tema sia alto, perché aveva ragione la collega Klotz nel sostenere che i nomi rappresentano l'identità dei cittadini, ne sono parte, sono il carattere della gente sul territorio, sono il carattere del territorio. Per questo mi permetto di ricordarle che sarebbe opportuno, se si crede nei concetti che ha rappresentato, ma mi rivolgo a Lei come potrei rivolgermi in questo momento a tanti che siedono sui banchi della maggioranza, come sarebbe fare uno sforzo per comprendere che questo sentimento alla propria identità lo vivono tutte le comunità altoatesine di ogni cultura e di ogni lingua, la comunità di lingua tedesca, quella di lingua ladina e quella di lingua italiana che ciascuna per sé stessa ha i propri riferimenti sul territorio, crede nella necessità di rafforzare la propria identità e soprattutto il proprio collegamento vivo con il territorio. C'è chi ha radici sul territorio più forte e chi ne ha solo in alcune porzioni del territorio, pensiamo alla comunità ladina, che ha radici più deboli sul territorio come la comunità italiana, ma tutti i gruppi linguistici hanno la netta percezione di dover crescere nella propria consapevolezza di sé per rendere più autenticamente genuina la straordinaria bellezza e ricchezza di questo territorio che è fatto di composizione di diversità e non di omologazione culturale.

Ecco il confronto che è in atto, quello fra chi vuole omologare culturalmente l'Alto Adige, appiattirlo secondo un unico modello, una sola ispirazione, una sola lingua, una sola cultura, e chi invece crede nel valore delle diversità che possono vivere e convivere una a fianco all'altra, non una sopra l'altra. Ecco perché l'impegno sulla toponomastica ci porta anche all'iniziativa legislativa che oggi stiamo discutendo, che interviene sì su un procedimento amministrativo per perfezionarlo, per garantire la trasparenza, ma mira a saggiare le volontà politiche autentiche delle componenti politiche di questo Consiglio provinciale, la maggioranza nelle sue articolazioni, il centro sinistra italiano, la SVP, la minoranza politica di diverso colore e diversa appartenenza linguistica. Noi vogliamo saggiare le volontà delle diverse forze politiche anche se è facile scommettere sulla volontà di ciascuna di esse per le sfumature del dibattito che è durato nel tempo e che ci ha permesso di cogliere tutte le sfumature che potevano essere colte in questo periodo. Vogliamo oggi, nella primavera del 2003, quindi a poco meno di un anno da quella grande tempesta che ho preannunciato, ma che prima di me ha preannunciato il presidente Durnwalder con le dichiarazioni pubblicate oggi sulla stampa, verificare quali siano le reali intenzioni delle diverse componenti politiche sul tema. Mi spiego meglio. Il presidente Durnwalder ha ritenuto di dover chiarire come c'è la necessità di rinviare al prossimo anno la composizione, per non dire la liquidazione del problema della toponomastica, perché oggi l'attenzione dell'opinione pubblica è troppo alta e soprattutto un'azione energica del tipo preannunciato e preventi-

vato con la presentazione della propria proposta anche in Giunta provinciale sarebbe poco gradita, e ne siamo convinti, non solo all'elettorato di lingua italiana ma anche ad una parte significativa dei cittadini del gruppo linguistico tedesco che al rispetto dei gruppi linguistici tengono e a questo rispetto credono.

Si rinvia la questione ad un domani, ma sappiamo già in che termini verrà affrontata, nei termini in cui ci era stato proposto il disegno di legge Durnwalder presentato alla Giunta provinciale e poi congelato in attesa di tempi migliori, superato lo scoglio del novembre 2003, un disegno di legge che prevede l'ufficializzazione di 500 denominazioni bilingui dell'Alto Adige e di fatto la messa al di fuori dello steccato della competenza provinciale delle restanti 7.500 circa denominazioni in lingua italiana e delle tante altre che a queste 7.500 potrebbero aggiungersi, se un lavoro di monitoraggio sul territorio potesse essere svolto, così come è stato svolto, con la ricerca monotematica, monodirezionale, finanziata dalla Provincia autonoma di Bolzano attraverso l'istituto di germanistica dell'università di Innsbruck per quanto attiene solo ed esclusivamente le denominazioni toponomastiche di lingua tedesca del nostro territorio altoatesino. Di fatto la proposta Durnwalder mira ad ufficializzare 500 nomi nella forma bilingue e non chiarire meglio quale dovrà essere il residuo dei 7.500. Ma si legge fra le righe della proposta Durnwalder la volontà di fatto di concedere, su questo è tutta da svolgere una verifica di legittimità, alle amministrazioni comunali, non solo nella loro autonomia che riconosciamo ma incentiviamo, ma nella loro capacità di chiudere in sé stesse un procedimento legislativo, responsabili solo di fronte a sé stesse, riconoscere a queste amministrazioni comunali, quindi nella maggioranza dei casi monocolori SVP e in realtà dove la rappresentanza politica nei consigli comunali è esclusivamente data da consiglieri del gruppo linguistico tedesco, spesso di uno stesso partito, riconoscere a queste amministrazioni comunali il diritto di disciplinare tutto il resto, non solo la denominazione ordinaria della strada, ma anche quella della borgata, della frazione nonché del luogo più generale, dal bosco, al rio, alla montagna, al prato e a quant'altro possa aggiungersi, al nucleo di case ecc. Questa nella sostanza è la proposta Durnwalder, e c'è da pensare, anche se ciò contrasta con dei decreti del Presidente della Repubblica che delimiterebbero in maniera molto chiara la competenza delle amministrazioni comunali sul territorio altoatesino in questa materia. Ma prescindendo da ciò si percepisce chiaramente quale funzione avrà la legge n. 26 del 1975 dal gennaio del prossimo anno in avanti, quando attraverso gli strumenti che questa legge provinciale dispone, attraverso le procedure amministrative che individua, di fatto si procederà in maniera ancora più significativa di quanto è avvenuto sino ad oggi in ogni realtà comunale altoatesina, dopo la diffusione di parte gradita delle risultanze dei lavori della commissione già citata dalla collega Kury a tutte le giunte comunali, all'approvazione massiccia di elenchi di denominazioni monolingui secondo i criteri folli concepiti da alcuni personaggi evidentemente privi di titoli e moralità presenti in quella commissione, mi riferisco solo ad alcuni di questi personaggi ovviamente, che verranno approvati dalla ripartizione beni culturali e senza che di ciò si abbia nella



sostanza, pur essendo questa materia di interesse provinciale ai sensi dello statuto di autonomia, perché l'odonomastica è branca della toponomastica, e la toponomastica è di interesse provinciale, quindi è materia provinciale e non a caso la Provincia autonoma di Bolzano ha riconosciuto il proprio diritto superiore alla certificazione, all'autorizzazione a nuove denominazioni attraverso la legge n. 26/75 non demandando in questo punto in forma totalmente autonoma ai comuni la definizione di questo processo amministrativo di nuove aree di circolazione stradale, ebbene si assisterà a questa grande operazione che escluderà proprio i dettati della legge n. 26 del 12 giugno 1975. Ciò senza garantire la benché minima trasparenza. Non ci sarà dibattito con la presenza di consiglieri in molti comuni del gruppo linguistico italiano, non ci sarà la possibilità per tutti i cittadini della provincia di Bolzano di attingere semplicemente alle informazioni. Devo non solo ringraziare ma anche raccogliere dalla collega Kury un'osservazione molto importante che lei ha svolto, rispondendo ad una simpatica e folcloristica provocazione della collega Klotz, ossia trasparenza non significa incidere sull'autonomia di un'amministrazione. Garantire trasparenza, certezza, informazione non significa ledere il principio dell'autonomia, significa rafforzarlo, perché significa garantire ad un ente la piena percezione verso l'esterno delle scelte che compie in maniera libera, precisa, perché tutti possano fondare un giudizio sull'informazione, sulla conoscenza.

Il processo di trasparenza che sollecitiamo sugli atti che concludono il procedimento amministrativo di denominazione di una nuova oggi area di circolazione stradale, domani, dopo l'approvazione del disegno di legge Durnwalder, potrebbe intendersi in maniera sicuramente errata, ma intanto si provvederà al processo di una nuova denominazione di toponimo nell'ambito del territorio comunale interessato. Vorremmo che questo processo amministrativo fosse trasparente, fosse possibile per tutti prendere visione del risultato finale, dell'autorizzazione, perché quel nome già oggi è così, domani sarà ancor più così, nel caso disgraziato in cui una legge Durnwalder nei termini in cui dovesse essere approvata, parliamo per ipotesi estrema perché riteniamo che quella legge comunque non sarà approvata in quei termini, però riteniamo che la nuova denominazione di un qualsiasi luogo o di un'area di circolazione stradale, via, piazza o quant'altro nell'ambito dei territori comunali, essendo comunque parte di una competenza più ampia che è quella sulla toponomastica di interesse provinciale, abbiano necessità di essere trasferite in termini di chiarezza dell'atto compiuto all'opinione pubblica attraverso quel passaggio che è più logico e più automatico che possa essere previsto, ossia la pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della regione. In caso contrario non sarebbe oggettivamente logico che si possa pensare, come è nella volontà di taluni che siedono in questo Consiglio oggi e che domani rivestiranno importanti cariche di Giunta, a nuovi elenchi di denominazioni toponomastiche della nostra provincia di fatto quasi segreti, ossia approvati con voto di Consiglio, autorizzati dopo una corrispondenza attraverso posta prioritaria da un capo ripartizione senza che di fatto altri soggetti ne possano essere a conoscenza. Questo è un sistema che non può essere ac-

cettato, perché inquinata il principio fondamentale cui noi, ma anche tanti altri, vorremmo ispirarci, che è quello della democrazia, della trasparenza dell'azione amministrativa. Su un tema tanto delicato che è quello della toponomastica non può essere negato.

**KLOTZ (UFS):** Die Kollegin Kury hat natürlich Recht, wenn Sie sagt, dass, es nicht unbedingt bedeutet, dass in die Autonomie der Gemeinden eingegriffen wird, wenn das im Amtsblatt der Region verkündet wird. Allerdings ist das auch ein politisches Signal. Nach Eurer Logik müsste man dann alle Akten der Gemeinden im Amtsblatt der Region veröffentlichen. In Innichen oder Toblach kann immer jemand sitzen, der daran interessiert ist zu erfahren, was die Gemeinde Salurn in Bezug auf den Bau einer neuen Sportanlage beschlossen hat. Dann müssten selbst die Eheschließungen im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden. In Sexten könnte ja jemand daran interessiert sein, wer seiner Traminer "Leasl-Kollegen" geheiratet hat. Diese Norm ist nicht stichhaltig, aber grundsätzlich stimmt es schon, dass die Autonomie der Gemeinden damit nicht verletzt würde.

Etwas anderes ist das Wesen der Namen überhaupt. In Berlin leben ein oder zwei Millionen Türken. Nach Eurer Logik hätte man den Namen des Platzes "Unter-den-Linden" also längst auch in türkischer Sprache angeben müssen. Das ist aber nicht üblich! Gewachsene Namen bestehen als solche, weil sie Zeugnisse der Geschichte bzw. Entstehung eines Ortes sind. Sie sind auch Zeugnisse des Siedlungs- und Sprachvolkes. "Unter-den-Linden" würde, auch wenn zehn Millionen Italiener zuwandern würden, nicht "Sotto-i-tigli" heißen. Das ist der große Unterschied zwischen demokratischer Gepflogenheit und faschistischer Auffassung! Ein historischer Name bleibt ein historischer Name! Kollege Urzì, in Bozen sind eine ganze Reihe von neuen Stadtvierteln entstanden, in denen es beispielsweise eine "Positano-Straße", eine "Cagliari-Straße", eine "Palermo-Straße", eine "Sassari-Straße" usw. gibt, weil das die Identifikation dieser neuen Stadtviertel ist. Das passt mir nicht, weil ich der Meinung bin, dass es in Bozen auch eine "Innsbrucker Straße" geben könnte, aber wenn sich diese neuen Stadtviertel mit diesen Straßennamen identifizieren, dann ist das eine Sache. Wenn eine große Anzahl von Zuwanderern aus Positano stammt, dann ist das eben der Ausdruck der Realität! Deshalb ist das ein großer Unterschied und es geht nicht um Deutsch und Italienisch. Es geht um gewachsene Namen oder um faschistische Falschnamen. Die faschistische Denkweise ist die, dass überall dort, wo ein Italiener zugewandert ist, die Namen automatisch zwei Bezeichnungen haben müssen. Zweisprachigkeit und Zweinamigkeit sind zwei Paar Schuhe! Überall sonst auf der Welt werden die historischen Namen respektiert, und darum geht es! Niemand, der irgendwohin übersiedelt, hat das Recht, die Namen zu übersetzen. Das ist die unterschiedliche Auffassung! Hier geht es um gewachsene, historische Namen, also um die geschichtliche Wahrheit und um das faschistische Fälschungswerk. Den Namen "Terlan" gibt es seit vielen Jahrhunderten, aber es hat auch einen gewachsenen, italienisch klin-

genden Namen "Terlà" gegeben, der aber nicht amtlich festgelegt, sondern als Exonym gebraucht worden ist. "Terlà" ist sicher kein italienischer Name, sondern er klingt lediglich Italienisch. Da gibt es noch eine Reihe weiterer Beispiele, die ich auch als Zweitnamen akzeptieren würde. Das gilt aber nicht für die willkürlich erfundenen und übersetzten Namen. Die Bezeichnung "Spiluck" ist so alt, dass die Sprachwissenschaftler gar keine Bedeutung mehr ableiten können. Sie wissen auch nicht, von welchem Sprachvolk dieser Name geprägt worden ist. Was hat Ettore Tolomei daraus gemacht? Er hat für sich das Recht beansprucht, diesem Ort eine neue Bezeichnung zu geben und hat "Spelonca" daraus gemacht. Das ist nicht nur plump, sondern auch beleidigend. So ist die Siedlungsgeschichte gefälscht worden. Deshalb möchte ich noch einmal unterstreichen, dass es hier einen großen Unterschied gibt und dass ich mich über diese Unkenntnis sehr wundere. Das eine sind die faschistischen Fälschungswerke, das andere sind die historisch gewachsenen Namen!

**WILLEIT (Ladins):** Nachdem der Kollege Urzì erwähnt hat, dass die Ladinier auch in dieser Hinsicht die Schwächsten sind, muss ich das Wort ergreifen. Auch ich möchte wissen, welchen Unterschied es zwischen Toponomastik und Odonomastik gibt. Soweit ich im Bilde bin, sind die Straßen, Plätze, öffentlichen Gebäude und Denkmäler nach Namen benannt. Deshalb kann ich mir diesen Unterschied nicht ganz ausmalen, vor allem nicht, wenn es darum geht, die rechtliche Handhabung zu prüfen. Selbstverständlich stimme ich mit dem, was die Kollegen Klotz und Urzì in Bezug auf die Bedeutung der Namen gesagt hat, hundertprozentig überein. Die Namen enthalten ja tausendjährige Geschichten und Werdegänge. Ich habe nichts gegen die Veröffentlichung, wie in diesem Gesetz vorgeschrieben. Allerdings bin ich gegen einen Aufschub der Regelung der Toponomastik. Ich bin auch gegen eine falsche Regelung, gegen eine Änderung der Namen und gegen eine Unterdrückung der Namen. Der Kollege Urzì hat richtigerweise gesagt, dass die Ladinier auch diesbezüglich die Schwächsten sind. Allerdings werden Sie zugeben müssen, dass wir historisch gesehen die Stärksten sind. In Bezug auf die Ermittlung unserer Geschichte sind wir stärker als die Franken, als die Bajuwaren, als die Langobarden und als alle anderen Völker, die durch unser Land gezogen sind. Hinter den heutigen Namen stecken ladinische Namen, und zwar nicht nur in Südtirol, sondern im gesamten mittleren Alpenraum. Ich habe im Rahmen des Dreier-Landtages einen Beschlussantrag eingebracht, mit dem Inhalt, die Toponomastik in Zusammenarbeit mit der Universität Innsbruck aufzuschreiben. Man hat aus politischen Gründen Nein gesagt, obwohl die Universität Innsbruck mit dieser Arbeit bereits begonnen hatte. Wir haben nicht das Recht dreisprachig zu sein, während andere das Recht haben, die Namen auch in ihrer Sprache zu haben.

Ich habe heute Vormittag erfahren, dass die Lösung der Toponomastik-Frage wieder einmal verschoben werden soll. Ich habe auch die Stellungnahme des Landeshauptmannes auf eine aktuelle Anfrage der Abgeordneten Klotz in Bezug auf die Einsetzung einer entsprechenden Kommission gehört. In dieser Kommission sollen zwei

Deutsche und zwei Italiener, also zwei Vertreter der Regierung und zwei Vertreter des Landes anwesend sein. Der Ladinler hat hier scheinbar nichts zu suchen! Das ist doch hirnrissig! Sollte man ihn brauchen, dann könnte man ihn heranziehen. Als ich das gehört habe, bin ich fast vom Stuhl gefallen. Ich halte diese Art der Vorgangsweise für äußerst niederträchtig. Dass man hier Bürgermeister befragt haben soll, habe ich auch zum ersten Mal gehört. Auf jeden Fall hat man mich nie gefragt! Dieses Thema muss in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Diese Kommission ist nichts anderes als ein Versuch, die eigene Kompetenz abzuschieben. Es geht nicht an, dass die ladinische Komponenten ausgeschlossen wird.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**HERMANN THALER**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landesrat Hosp das Wort für die Replik.

**HOSP (Landesrat für Denkmalpflege und deutsche Kultur – SVP):** Hier ist es an und für sich zu einer grundlegenden Toponomastik-Diskussion gekommen, der ich mich nicht anschließe, weil der Gesetzentwurf eine Ergänzung zum Gesetz betreffend die Errichtung des Denkmalamtes enthält, und zwar in jene Richtung, dass alle im Sinne von Absatz 1 genehmigten Bezeichnungen durch den Landeskonservator im Amtsblatt der Region auszugsweise zu veröffentlichen seien. Dies ist für mich kein Aufhänger dafür, um zum x-ten Mal eine Toponomastik-Diskussion zu führen. Ich werde zu diesem Gesetzentwurf Stellung nehmen. Ich respektiere die Absicht des Kollegen Urzì, eine größere Transparenz für die Bürger zu schaffen. Zum Teil wird dies sicher zutreffen, aber man muss doch auch den Umstand berücksichtigen, dass es zu einer ziemlichen Überhäufung des Amtsblattes der Region durch diese vielen Bekanntmachungen kommen würde. Der Bürger am Reschen wird wahrscheinlich nur wenig Interesse haben zu erfahren, wie in Olang eine Bezeichnung lautet. Der Landeskonservator hat eigentlich nur die Aufgabe zu kontrollieren, ob die Bestimmungen, mit welchem eine Gasse oder eine Straße bezeichnet werden, eingehalten werden, ob die Person, nach der eine Straße benannt wird, seit zehn Jahren tot ist, ob es sich um Personen handelt, die eine solche Verewigung verdienen usw. Dies alles auch nur auszugsweise im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen, würde meines Erachtens zu einer zusätzlichen Bürokratie führen. Deshalb besteht kein Bedarf, diese Akte im Amtsblatt der Region zu veröffentlichen, abgesehen davon, dass sie für die betroffenen Bürger ohnedies an der Anschlagtafel der jeweiligen Gemeinde abzulesen sind. Deshalb bin ich der Meinung, dass es dieser Gesetzesänderung nicht bedarf.

**URZÌ (AN):** Ci eravamo permessi di invitare coloro che avevano intenzione di intervenire nel dibattito di evitare di utilizzare un argomento che avevamo già utilizzato nel corso della discussione nella commissione legislativa, che era quello della grave burocrazia che l'approvazione di questo disegno di legge avrebbe comportato. Abbiamo chiarito prima, lo ricordiamo, che si parla di dieci righe al massimo, forse sette righe ogni mese in media, quindi non credo che la giustificazione addotta dall'assessore possa essere raccolta come una giustificazione valida. La considero più un pretesto per giustificare il parere negativo rispetto a questo disegno di legge, che non si regge sulle proprie gambe. La pubblicazione di sette, dieci righe sul Bollettino Ufficiale della Regione credo che non comporti né spese, né gravi adempimenti di carattere burocratico. Detto questo, dato che nella risposta dell'assessore non c'era molto altro, in teoria la mia replica dovrebbe esaurirsi qua. Aggiungo però delle brevi considerazioni.

Ho la percezione che questa sia una delle poche province in cui si abbia una tremenda paura della trasparenza, dell'informazione che circola, del dibattito, della discussione. Lo si percepisce sempre, nelle mille occasioni in cui noi stessi siamo chiamati a proporre le nostre idee, i nostri valori, i concetti, le proposte, vogliamo arrivare a questi momenti di sintesi potendo contare sul frutto di un lavoro fatto sulle proprie spalle in fatto di raccolta, informazioni, dati, incontri. Ebbene proprio in questa fase notiamo che in questa provincia si è affetti da un indomabile terrore dell'informazione: meno circola l'informazione, meglio è. Il caso significativo, al di là degli interessi commerciali che conosciamo e che non torniamo a sottolineare in questa sede, della mancata pubblicazione per tanti anni sino alla nostra denuncia delle leggi del Consiglio provinciale su Internet in modo che il cittadino non fosse costretto a pagare i diritti d'autore ad una nota casa editrice per poter leggere le leggi della provincia – paradosso dei paradossi – fino alla nostra denuncia che smascherò questo scandalo perché più il Consiglio provinciale produceva leggi, più faceva incassare questa nota casa editrice, ed era un cane che si mordeva la coda, ebbene, fino alla nostra denuncia nemmeno le leggi della Provincia erano accessibili al pubblico. Ancora oggi, presidente Thaler, che sostituisce la presidente Zendron che è stata anche assessore alla trasparenza in Regione e che evidentemente ha dimenticato tutta quella grande retorica che aveva caratterizzato tanti suoi interventi in Consiglio regionale quando parlava del suo ruolo di assessore alla trasparenza, ha dimenticato tanto del suo ruolo, perché oggi la presidente del Consiglio provinciale, l'ex assessora alla trasparenza della Giunta regionale, non garantisce quegli atti conseguenti a quello che era un pensiero dichiarato e che noi vorremmo si traducesse in pratica, ossia a noi piacerebbe che il Consiglio provinciale pubblicasse gli atti dei dibattiti in aula, le interrogazioni, le mozioni, il risultato dei lavori delle commissioni legislative, ossia che l'attività legislativa fosse oggetto di dibattito, interesse della pubblica opinione. Ma in questa provincia c'è paura dell'informazione, non si deve sapere, meno si sa, meglio è. Lasciamo che decida chi è

titolato a decidere per legge. Così in ogni campo accade che questo terrore per l'informazione e la trasparenza ammorba l'aria e rende impenetrabile la lettura delle cose.

Così come abbiamo proposto iniziative di legge che miravano, in altri settori, a garantire trasparenza e informazione, così ritenevamo che anche sulla legge n. 26/75 ci fosse molto da fare, soprattutto in considerazione di ciò che questo strumento di legge un domani rappresenterà secondo una visione delle cose che è quella che ha indicato il presidente Durnwalder attraverso le sue proposte sulla materia toponomastica. Lo strumento della legge n. 26/75 con cui a blocchi le diverse amministrazioni comunali altoatesine intenderanno, così come hanno fatto in maniera sporadica sino ad oggi, approvare nuovi elenchi di centinaia di denominazioni monolingui per "ripulire" l'Alto Adige, secondo il concetto ben espresso dalla collega Klotz, da quegli elementi di diversità che ancora oggi infastidiscono e non rappresentano, secondo un certo modo di vedere le cose, l'Alto Adige nella sua forma unica e immodificabile, che tale deve essere e che come tale non può essere posta in discussione.

Siamo di tutt'altro avviso. Crediamo nel valore della diversità, crediamo nel valore della convivenza fianco a fianco delle diverse culture e lingue, non crediamo nelle ricerche monodirezionali dell'università di Innsbruck, che cancella cento mila possibili varianti e individua un'unica forma per cento mila denominazioni dell'Alto Adige. Quest'unica forma è solo quella in lingua tedesca. Non crediamo nel modello di un Alto Adige ancorato ad una storia medioevale fantastica per cui tutto deve essere riportato indietro con la macchina del tempo a secoli addietro e tutto deve essere fossilizzato e messo in un museo a testimonianza di ciò che era. Crediamo in una crescita non solo della cultura ma anche dell'identità, della sensibilità delle comunità che vivono in un dato territorio, crediamo alla capacità di diverse culture di saper crescere fianco a fianco. Per fare questo c'è bisogno di applicare non solo lo spirito, ma anche in termini di contenuto lo statuto di autonomia che non a caso, specificatamente per la materia toponomastica, prevede l'applicazione del principio del bilinguismo, perché è proprio nella manifestazione esteriore che il territorio dà che si rappresenta anche il carattere e lo spirito del territorio stesso. Lo stesso statuto d'autonomia ha riconosciuto il dovere della tutela dei principi del bilinguismo, ma questo principio su un tema tanto delicato come quello della toponomastica non a caso può essere tutelato solo ad un livello politico in cui il confronto anche delle idee, degli orientamenti politici può darsi. Questo confronto politico avviene ad un livello provinciale, ecco perché la competenza su toponomastica e onomastica – mi spiace smentire alcuni colleghi che hanno sostenuto il contrario – è della Provincia e non dei comuni. E' la Provincia che certifica, perché è lo statuto che riconosce ad essa la titolarità della competenza nella materia toponomastica. I comuni fanno le delibere, ma se non c'è l'approvazione del capo ripartizione beni culturali quella delibera non ha alcun effetto, quindi non entra in vigore. Il comune è, non a caso, esonerato deliberatamente dallo statuto di autonomia, non da Alleanza Nazionale, dal compiere atti che possano limitare i diritti soggettivi dei diversi gruppi linguistici, quindi eventualmente anche prendere provvedimenti li-

mitativi del diritto alla cultura, all'identità di un certo gruppo linguistico, approvando elenchi di denominazioni in lingua tedesca. Questo livello di competenza decisionale è assegnato alla Provincia, un luogo in cui per natura delle cose la rappresentanza politica è comunque più articolata, i gruppi linguistici sono tutti rappresentati, dal gruppo ladino al gruppo tedesco passando per il gruppo italiano. Quindi quella camera di compensazione di interessi, emotività, sensazioni, può essere solo la Provincia e non il comune, non voglio citare un comune piuttosto che un altro, dove la rappresentanza politica è omogenea, la presenza dei gruppi linguistici spesso non è data perché il gruppo linguistico ladino non è rappresentato, o perché il gruppo linguistico italiano è rappresentato solo da poche persone, o comunque entrambi, ladino e italiano, non hanno rappresentanza istituzionale e politica in consiglio comunale. La Provincia è il luogo della decisione, ma proprio perché essa è il luogo della conclusione di questo iter, riteniamo che sia indicato proprio nello spirito dello Statuto la necessità di garantire non solo confronto ma anche trasparenza su quel lato che è interesse generale, collettivo, provinciale. Siccome la legge n. 26/75, pur riconoscendo alla Provincia la titolarità sulla materia onomastica, aveva comunque ristretto il procedimento amministrativo ad una forma di passaggi di fatto burocratici e interni, ebbene, l'aprire la visuale e garantire la lettura finale di quel processo amministrativo garantisce la lettura da parte di tutti i cittadini dell'Alto Adige dei nuovi elenchi di toponomastica.

Queste tematiche o le si afferrano o non le si afferrano. Il nostro ruolo lo abbiamo svolto per farlo afferrare. Siamo consapevoli che ci sono alcuni che hanno perfettamente afferrato e fanno finta di non capire, ce ne sono altri che probabilmente non hanno capito, e non voglio citare chi intendo. Ma noi confidiamo sull'approvazione di questo disegno di legge che garantirebbe quella trasparenza tanto evocata e che in Alto Adige fa tanta paura, ma bisognerebbe incominciare ad avere anche forse il coraggio e la forza per abbattere questi pregiudizi aprendosi verso l'esterno e non richiudendosi.

**PRÄSIDENT:** Wir sind bei den Stimmabgabeerklärungen. Wer möchte das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Gesetzentwurf ab. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 22 abgegebene Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Somit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15, zum Beschlussantrag Nr. 481/02, eingebracht von den Abgeordneten Urzì, Holzmann und Minniti.

Herr Urzì, bitte.

**URZÌ (AN):** Chiedo di rinviare la trattazione di questa mozione a domani.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Nachdem sich die Tagesordnungspunkte 17, 18, 19, 20, 22, 23 und 24 aufgrund der Abwesenheit des Ersteinbringers der auf diesen Tagesordnungspunkten aufscheinenden Beschlussanträge, Abg. Minniti, als nicht behandelbar erweisen und der auf Tagesordnungspunkt 21 aufscheinende Beschlussantrag Nr. 491/02 im Sinne von Artikel 110 Absatz 2 der Geschäftsordnung nicht zur Behandlung kommen kann, da die vorgesehene Sechs-Monats-Frist seit der Behandlung eines inhaltsgleichen Beschlussantrages noch nicht verstrichen ist, kommen wir zu Tagesordnungspunkt 25.

**Punkt 25 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 497/02 vom 25.7.2002, eingebracht von der Abgeordneten Kury, betreffend die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, der die Materie des Lärmschutzes regelt".**

**Punto 25) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 497/02 del 25.7.2002, presentata dalla consigliera Kury, riguardante la presentazione di un disegno di legge che regolamenti le misure contro l'inquinamento prodotto da rumore".**

*Vorausgeschickt, dass*

- *das Land Südtirol am 20. November 1978 das Gesetz Nr. 66 "Maßnahmen gegen Lärmbelästigung" erlassen hat, zu dem dann am 6. März 1989 die Durchführungsverordnung dekretiert wurde;*
- *heute einige Gesetzespassagen den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr gerecht werden (z.B. jene, die das Ausmaß an Strafen festsetzen) bzw. die Anwendung des Art. 9 der Durchführungsverordnung anscheinend auf Schwierigkeiten stößt (siehe dazu auch einen Vorschlag zur Überarbeitung von Tiefenthaler/Winkler);*
- *inzwischen das staatliche Rahmengesetz über die akustische Umweltverschmutzung ("Legge quadro sull'inquinamento acustico" vom 26.10.95, Nr. 447) und verschiedene dazugehörige Dekrete des Ministerpräsidenten und des Umweltministers erschienen sind (z.B. "Determinazione di valori limite delle sorgenti sonore" - D.P.C.M. 14.11.97 oder "Tecniche di rilevamento e di misurazione dell'inquinamento acustico" - D.M. 16.3.98);*
- *diese Gesetzesnormen neben den zulässigen Höchstwerten auch einige wichtige Bestimmungen vorsehen, die das Landesgesetz nicht behandelt;*
- *derzeit also im Bereich Lärm mehrere Rechtsquellen kombiniert werden müssen und das geltende Landesgesetz die Materie nicht mehr umfassend und organisch regelt;*
- *in Erinnerung gerufen, dass die akustische Umweltverschmutzung heute zu einer der großen Belastungen für Gesundheit und psychisches Wohlbefinden des Menschen geworden ist;*  
*fordert*



DER SÜDTIROLER LANDTAG

die Landesregierung auf,

- dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Materie des Lärmschutzes organisch regelt,
- mit Bestimmungen sowohl zur Lärmsanierung als auch zur Lärmvorsorge,
- unter Verwendung von differenzierten Zonen (Widmungskategorien) für die Immissionsgrenzwerte,
- mit Verpflichtungen (für die Gemeinden) bezüglich Zoneneinteilung und Zonennachbarschaften;
- Erhebung der Lärmerreger und diesbezügliche Schallpegelmessungen (Lärmbelastungskataster)
- Ausarbeitung von Lärmsanierungsplänen
- geeigneter Kontroll- und Strafmaßnahmen, um einen effektiven Lärmschutz zu gewährleisten.

-----

Premesso che

- il 20 novembre 1978 la Provincia autonoma di Bolzano ha approvato la legge n. 66 "Provvedimenti contro l'inquinamento prodotto da rumore", cui ha fatto seguito il 6 marzo 1989 il relativo regolamento di esecuzione;
- alcuni punti di tale legge non sono più al passo con i tempi (ad es. la parte relativa all'entità delle sanzioni) ovvero sembra vi siano difficoltà nell'applicazione dell'articolo 9 del regolamento di esecuzione (si veda in proposito anche la proposta di relazione Tiefenthaler/Winkler);
- nel frattempo sono entrati in vigore la legge quadro statale sull'inquinamento acustico 26 ottobre 1995, n. 447, e i relativi decreti del presidente del Consiglio dei ministri e del ministro dell'ambiente (tra cui "Determinazione dei valori limite delle sorgenti sonore" - D.P.C.M. 14 novembre 1997 e "Tecniche di rilevamento e di misurazione dell'inquinamento acustico" - D.M. 16 marzo 1998);
- tali norme legislative prevedono oltre ai valori massimi consentiti anche alcune importanti disposizioni che la legge provinciale non contiene;
- pertanto attualmente occorre tenere conto in tale settore di svariate fonti giuridiche e la legge provinciale vigente ormai non regola più la materia in modo organico ed esauriente;
- considerato che l'inquinamento acustico è diventato uno dei principali pericoli per la salute fisica e psichica delle persone,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
sollecita

la Giunta provinciale

- a presentare al Consiglio provinciale un disegno di legge che regolamenti la materia della tutela dall'inquinamento acustico in modo organico e che preveda:
- disposizioni atte a eliminare ovvero a prevenire l'inquinamento acustico,

- *l'utilizzo di zone differenziate (categorie di zonizzazione) per i limiti delle immissioni;*
- *obblighi (per i comuni) relativamente a: definizione delle zone e delle aree contigue;*
- *rilevamento delle fonti di rumore e misurazione del livello sonoro (catasto dell'inquinamento acustico);*
- *elaborazione di piani per l'eliminazione dell'inquinamento acustico*

Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**KURY (GAF-GVA):** Dieser Beschlussantrag hat eine bestimmte Aktualität, und zwar angesichts der Tatsache, dass der 30. April der Tag des Lärmschutzes war. Ich habe mit großer Genugtuung festgestellt, dass die Landesregierung in Bezug auf diese Materie äußerst sensibel unterwegs ist und uns alle mittels Pressekommunikée auf die großen Gefahren, die vom Lärm ausgehen, hingewiesen hat. Bis vor drei, vier Jahren waren wir Grünen eigentlich die einzigen, die auf diese Gefahr hingewiesen und den 30. April immer zum Anlass genommen haben, Sensibilisierungsarbeit zu leisten, damit sich die Bürger, aber auch die Politiker dessen bewusst werden, welche physische und psychische Gefahr vom Lärm ausgeht. Nun sehe ich, dass die Landesregierung das ebenso sieht, und das ist gut. Ich nehme an, dass die Landesregierung nicht nur die Öffentlichkeit darüber informiert, was es mit dem Lärm auf sich hat, sondern dass sie auch gewillt ist, Schlüsse aus diesen Botschaften zu ziehen und alles zu tun, um dieser Bedrohung Einhalt zu gebieten. Das ist natürlich nur dann möglich, wenn entsprechende Regelungen vorgelegt werden, die kontrollierbar sind, deren Einhaltung man anordnen kann und für deren Nicht-Einhaltung entsprechende Strafen festgelegt werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf eine interessante Broschüre hinweisen, die die Landesagentur für Umwelt- und Arbeitsschutz vor kurzem herausgegeben hat. Dabei möchte ich das zusammenfassen, was in dieser Broschüre in Bezug auf die Gesundheitsgefährdung steht: *“Es ist heute eine medizinisch-wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, dass Lärm bei entsprechend langer und intensivere Exposition physisch und psychisch krank machen kann. Dies äußert sich nicht nur durch Gehörschäden, sondern kann durch den Stress für den Körper teils auch irreversible Beeinträchtigungen des Organismus’ zur Folge haben. Lärm wird zwar häufig beklagt, in seinen gesundheitlichen Auswirkungen aber auch manchmal unterschätzt. Im Vergleich zu anderen Gebieten des Umweltschutzes wie der Luftreinhaltung oder dem Gewässerschutz besteht beim Lärmschutz auch noch ein verhältnismäßig großes Potential an Verbesserungen.”* Es ist unsere Aufgabe, dieses große Verbesserungspotential zu nützen, um Gesundheitsauswirkungen negativer Art einzuschränken. In dieser Broschüre gibt es als Beispiel auch eine Übersicht einer Verkehrslärmmessung an der Pustertaler Staatsstraße. Der Lärm wurde vier Wochen lang gemessen, und wenn man sich das genauer anschaut, dann sieht man, dass der Verkehrslärm zu Tageszeiten 60 Dezibel überschreitet und zu Spitzenzeiten auf 70 Dezibel kommt. In der Broschüre

gibt es auch Beispiele dafür, wie viel der Mensch verträgt, bevor es zu Schäden kommt. Da ist auch aufgezählt, dass alles, was über 60 Dezibel geht, gesundheitliche Schäden hervorrufen kann: Stress und Nervosität als Risikofaktor bei Herz- und Kreislauferkrankungen, Störung der Schlafqualität, üble Laune, Ärger, Ohnmachtsgefühle, Beeinträchtigung des Lebensgefühls, Erhöhung des Medikamentenkonsums, Zunahme der Fehleranfälligkeit, Abnahme der Lernfähigkeit usw. Das alles sind psycho-physische Auswirkungen, die durch konstante Lärmaussetzung entstehen können, und zwar auch dann, wenn die 60 Dezibel noch nicht erreicht sind. Dann sehen wir, dass es offensichtlich normal ist, dass diese Grenze in Südtirol überschritten wird. Was ist also zu tun? Ich habe das auch schon in der letzten Legislaturperiode gefragt, damals allerdings noch Landesrat Achmüller. Man hat mich vertröstet und hat gesagt, dass der Staat Italien gerade dabei sei, das Rahmengesetz für den Lärm zu erlassen und dass man dieses Gesetz abwarten müsse. Das Rahmengesetz ist im Jahr 1995 erlassen worden und daraufhin sind auch eine ganze Reihe von Dekreten erschienen, die das Rahmengesetz konkretisieren. Einige Regionen Italiens, die das staatliche Rahmengesetz rezipiert haben, ...

Was ist denn jetzt mit der mir für die Wortmeldung zustehenden Redezeit passiert?

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**HERMANN THALER**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Die Zeit ist nicht gelaufen, aber Sie haben nur fünf Minuten zur Verfügung, und diese sind bald um.

**KURY (GAF-GVA):** Ach so, danke!

Also, nachdem das Rahmengesetz erlassen worden ist, gibt es überhaupt keine Ausrede mehr, warum wir es nicht rezipieren können. Wir müssen endlich neue juristische Grundlagen setzen, damit seriöse Grenzwerte festgelegt, die Strafen erhöht und die Gemeinden dazu verpflichtet werden können, die Lärmschutzpläne auszuarbeiten. Das wäre schon längst zu tun gewesen, und einige andere Regionen sind uns hier weit überlegen. Es ist ein Armutszeugnis, wenn wir als autonome Provinz diese Kompetenz nicht nützen. Das Gesetz ist 25 Jahre alt und diesem Bereich hat sich wohl allerhand verändert.

**LAIMER (Landesrat für Natur und Umwelt, Wasser und Energie, Raumordnung, Wasserwirtschaft und Wasserschutzbauten, Landschafts- und Naturschutz, Landesagentur für Umwelt- und Arbeitsschutz und Informationstechnik – SVP):** Das Thema "Lärm" ist sicher ein zentrales Anliegen, und zwar auch deshalb, weil es aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre immer mehr zu Pro-

blemfällen gekommen ist. Lärm wird oft unterschätzt. Das gilt nicht nur für den impulsiven Lärm einer spontanen Lärmquelle, sondern auch für den Hintergrundlärm, der konstant zu vernehmen ist. Das wirkt sich auf das Wohlbefinden und auf die Gesundheit des Menschen aus. Deshalb ist das ein wichtiger Aufgabenbereich der Landesverwaltung, in besonderer Weise aber der Umweltagentur. Es gibt das entsprechende Landesgesetz aus dem Jahr 1978. Frau Kury, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass es eine Reihe von Veränderungen gibt und deshalb ist eine Anpassung im Sinne einer organischen Neugestaltung notwendig. Sie haben auch das staatliche Rahmengesetz aus dem Jahre 1995 erwähnt, und dem ist nichts entgegenzusetzen. Den entscheidenden Punkt haben Sie aber nicht erwähnt, nämlich, dass es auf europäischer Ebene eine neue Richtlinie aus dem Jahre 2002 gibt. Es gibt hier eine neue Vorgabe der Europäischen Union, die die einzelnen Mitgliedsländer dazu verpflichtet hat, die Rezipierung innerhalb einer angemessenen Zeit vorzunehmen. Diese ist noch nicht vorgenommen worden und deshalb gibt es in Italien auch kein Rahmengesetz. Wir haben mittlerweile einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, den wir aber erst dann zur Behandlung bringen wollen, wenn es das Rahmengesetz gibt. Abgesehen davon möchte ich auch unterstreichen, dass es nicht unbedingt notwendig ist, dass der Landtag einen Beschluss fasst, mit welchem er die Landesregierung auffordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Soviel Verantwortung können Sie der Landesregierung schon zutrauen, Frau Kury! Wir sind uns dieser Thematik bewusst. Wir werden zu gegebener Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, und dann können Sie die von Ihnen geforderten Punkte mittels Abänderungsanträgen anbringen. In dieser Form ist der Beschlussantrag nicht annehmbar.

**KURY (GAF-GVA):** Es wiederholt sich fast identisch das, was bereits im Jahr 1994 passiert ist. Damals hat Landesrat Achmüller gesagt, dass der Lärm ein wichtiges Anliegen sei, dass man aber das nationale Rahmengesetz abwarten wolle. Genau dasselbe hat Landesrat Laimer soeben gesagt, alles sei schon geregelt, aber aufgrund der europäischen Richtlinie aus dem Jahr 2002 könne man noch nicht handeln. Verehrter Herr Landesrat darf ich Sie daran erinnern, dass das Land aufgrund der Verfassungsreform die Kompetenz hat Richtlinien zu rezipieren? Es ist wirklich langsam ein Trauerspiel, wenn man einerseits an die Öffentlichkeit geht und sagt, dass der Lärm ein großes Problem sei und andererseits nichts tut als zu sagen, dass man irgendetwas abwarten müsse, was dagegen kein Mensch abwarten müsste. Aufgrund dieser Diagnose, lieber Herr Landesrat, werde ich auch in Zukunft in bestimmten Bereichen, in denen die Diskrepanz zwischen Reden und Tun groß ist, darauf aufmerksam machen, dass auch Taten zu setzen sind. Nachdem Sie uns selbst immer wieder darauf hinweisen, dass der Lärm gesundheitliche Probleme mit sich bringt, ist es unverantwortlich, dass Sie hier mit fadenscheinigen Argumenten kommen und Ihre Aufgabe nicht wahrnehmen. Sollten Sie in Zukunft, wo auch immer, sagen, dass das Problem des Lärms ernst zu nehmen ist, dann werde ich sagen: "Ja, und die Arztrechnungen

könnt Ihr in Zukunft an Landesrat Laimer senden, da er diese Schäden willentlich und wissentlich akzeptiert und in Kauf nimmt!" Im Übrigen werde ich auch Landesrat Saurer fragen, was er dazu sagt, wenn einerseits Landesämter auf die Gefahren des Lärms hinweisen, und andererseits jegliche Aktivität ausbleibt. Gesundheit ist eine Priorität, die doch von gesamten Landesregierung zu verfolgen wäre. Vorsorge in der Gesundheit bedeutet, bestimmte Schäden gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Grenzwerte, die die EU setzt, werden täglich überschritten, aber es gibt ja keine Kontrollmöglichkeit, weil wir diese Grenzwerte nicht rezipiert haben. Wenn die horrenden Grenzwerte, die unser Gesetz vorsieht, überschritten werden, dann gibt es ja Strafen, die lächerlich sind. Deshalb können wir ruhig so weitermachen wie bisher, Hauptsache wir sagen der Bevölkerung am 30. April, dass wir uns des Lärmproblems annehmen!

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussantrag der Abgeordneten Kury ab: mit 2 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Jetzt käme eigentlich der Tagesordnungspunkt 26, der Beschlussantrag Nr. 498/02, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, zur Behandlung, aber nachdem das zuständige Mitglied der Landesregierung, Landesrat Frick, abwesend ist, frage ich den Abgeordneten Pöder, ob er damit einverstanden ist, die Behandlung dieses Beschlussantrages kurzfristig zu vertagen.

**PÖDER (UFS):** Ja.

**PRÄSIDENT:** Danke.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 27, zum Beschlussantrag Nr. 499/02, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz.

Herr Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (UFS):** Ich ersuche um Vertagung auf die nächste Sitzungsfolge.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 28, des Beschlussantrages Nr. 501/02, eingebracht vom Abgeordneten Willeit, wird angesichts der Abwesenheit von Landeshauptmann Durnwalder kurzfristig vertagt.

Punkt 29 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 502/02 vom 20.8.2002, eingebracht vom Abgeordneten Willeit, betreffend die Sicherheit auf der Straße”**.

Punto 29) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 502/02 del 20.8.2002, presentata dal consigliere Willeit, riguardante la sicurezza sulle strade”**.

*Es vergeht kein Tag ohne Verletzte, Dauergeschädigte und Tote auf Südtirols Straßen. Diese Unfälle sind nicht nur der Fahrlässigkeit zuzuschreiben, oft sind auch die Beschaffenheit des Fahrzeuges und der Straße selbst mitbestimmend. Die bauliche Unzulänglichkeit und die Instandhaltung der Fahrzeuge und der Straßen ist zu prüfen und wie die Fahrer zu bilden und weiterzubilden sind. Als Beispiele gelten im einzelnen: Die Gehäuse der Fahrzeuge sollten standhafter sein; die Stoßstangen könnten etwas gefederter sein; den Autofahrern sollte mehr Weiterbildung im Verkehrsreglement und im Umgang mit dem Auto angeboten werden; für die Kontrolle des Alkoholkonsums sollten auch die Gastwirte Verantwortung tragen; die Guardrails (diese sind an vielen gefährlichen Stellen völlig ungeeignet, gleich als ob sie nicht da wären) sollten verstärkt werden; die Beleuchtung der Tunnels (diese ist mangelhaft und birgt große Gefahren) sollte verbessert werden; der Bau von Radfahrwegen auch in Siedlungsbereichen wäre voranzutreiben; die gefährlichsten Engstellen sollten vorrangig beseitigt werden; das Personal für die Pflege der Böschungen und für Mäharbeiten braucht keinen höheren Führerschein, sondern lediglich gute Schaufeln, Sensen und dergleichen Werkzeuge. Das Land sollte obigen Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen, weshalb*

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*folgenden Beschluss fasst:*

*Die Südtiroler Landesregierung wird angehalten, verstärkte Vorkehrungsmaßnahmen für die Sicherheit auf den Straßen des Landes zu treffen, und zwar in Bezug auf die Eignung der Fahrzeuge, der Fahrer und der Straßen selbst.*

-----

*Sulle strade dell'Alto Adige si verificano ogni giorno incidenti con feriti (in alcuni casi con lesioni permanenti) e morti. La causa non è sempre attribuibile alla negligenza: spesso sono determinanti anche le condizioni del veicolo e della strada. Tra le cose da verificare ci sono le carenze tecniche e la manutenzione dei veicoli e delle strade nonché l'addestramento e l'aggiornamento degli automobilisti. Tanto per fare alcuni esempi, la carrozzeria dei veicoli dovrebbe essere più robusta; i paraurti potrebbero assorbire meglio gli urti; agli automobilisti potrebbe essere fornita l'opportunità di aggiornarsi per quanto riguarda il codice della strada nonché il funzionamento e la guida del proprio mezzo; i titolari degli esercizi pubblici dovrebbero contribuire al controllo del consumo di bevande alcoliche; i guardrail (spesso del tutto inadeguati e quindi inutili in molti tratti di strada pericolosi) dovrebbero essere rinforzati; l'illuminazione delle gallerie (carente e quindi potenzialmente pericolosa) dovrebbe essere migliorata; occorrerebbe realizzare piste ciclabili anche nei centri abitati; i restringimenti stradali più pericolosi dovrebbero essere eliminati quanto prima; il personale addetto alla manutenzione delle scarpate stradali e ai lavori di falciatura dovrebbe essere provvisto di robusti badili, falci e attrezzi simili piuttosto che della patente di guida di livello superiore.*

*La Provincia dovrebbe dedicare maggiore attenzione ai succitati problemi, motivo per cui*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**

*delibera quanto segue:*

*La Giunta provinciale è sollecitata ad adottare maggiori misure preventive – per migliorare le condizioni dei veicoli, la preparazione degli automobilisti e la viabilità – al fine di garantire la sicurezza sulle strade dell'Alto Adige.*

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

**Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON**

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**PRESIDENTE:** Consigliere Willeit, ha la parola per l'illustrazione.

**WILLEIT (Ladins):** Danke, Frau Präsidentin! Wenn ich die Bedeutung dieses Beschlussantrages an der Anwesenheit der Abgeordneten messen müsste, dann müsste ich auf eine recht geringe Bedeutung kommen. Es ist Euch bekannt, dass dieses Thema nicht zum ersten Mal zur Sprache kommt. Seit dem letzten Mal haben sich die Zustände auf unseren Straßen in keinsten Weise geändert, denn Unfälle auch mit Todesopfern hat es weiterhin gegeben. Einige Zustände und Kompetenzen haben sich sicher geändert, aber geändert hat sich vor allem die Notwendigkeit, etwas zu unternehmen. Allein die schrecklichen Unfälle der letzten Zeit müssten ausreichen, um die Behörde aufzuschrecken und zu ermahnen, dass hier etwas getan werden muss. Wenn wir uns die Unfallstatistiken anschauen, dann wissen wir nicht, wo der Krieg stattgefunden hat und stattfindet. Im Irak oder bei uns? Die Anzahl der Verletzten und Toten durch Verkehrsunfälle ist so groß, dass sie jener in einem Krieg gleichkommt. Auf jeden Fall fordern Verkehrsunfälle in Italien jährlich 200.000 bis 300.000 Verletzte und 6.000 Tote. Im Lande liegen wir bei 3.000 Unfällen mit 200 Verletzten und Toten. Diese Zahlen sprechen wohl für sich. Es gibt auch genaue Erhebungen, wo die Unfälle geschehen und welches die Gründe für die vielen Unfälle sind: Unvorsichtigkeit, Geschwindigkeit, zu geringer Abstand, Trunkenheit und Müdigkeit. Zwei Ursachen werden aber meist vergessen, und diese sind weniger bedeutend, nämlich der Straßenzustand und der Zustand des Autos. Die Verbesserungsmaßnahmen können nur drei Dinge betreffen: die Straße, die Fahrzeuge und den Fahrer. Eine Sanierung der Straßen ist gut und recht, aber wenn wir ein bisschen nachdenken, dann müssen wir zugeben, dass die Beseitigung der Gefahrenstellen Vorrangigkeit hat. Oft bräuchte es keine großen Eingriffe, um viele Gefahren zu beseitigen, und zwar auch durch Einsatz der eigenen Arbeiter und Maschinen. Seit Jahrzehnten gibt es von allen Fahrern erkannte Gefahren- und Engstellen, nicht bestehende oder zu schwache Abgrenzungen, nicht bestehende oder zu schwache Beleuchtungen, nicht bestehende Fußgängerübergänge und eine nicht angemessene Instandhaltung. Diese Gefahrenquellen und -stellen sind den Autofahrern bekannt, und deshalb wäre es wirklich nicht zu viel verlangt, wenn deren Beseitigung von der Verwaltung bzw. zuständigen Behörde angegangen würde.

Was die Fahrzeuge anbelangt, so möchte ich ein Beispiel nennen. Wenn wir uns die Formel-1-Rennen anschauen, so geschieht es hin und wieder, dass ein Auto mit

300 Stundenkilometern über die Piste hinausrast, auseinander bricht, der Fahrer den Unfall aber beinahe unbeschadet übersteht. Bei uns kommt der Fahrer aber meistens tot oder schwer verletzt aus dem Auto heraus. Hier lässt sich schon einiges machen, denn viele der Autofahrer wissen noch heute nicht, wie sie sich bei einem Kreisverkehr zu verhalten haben. Deshalb ist die Aus- und Weiterbildung der Fahrer wichtig. Ich hoffe, dass sich die Landesverwaltung dieses Problems annimmt, damit die Straßen sicherer werden und die Anzahl der Verletzten und Toten abnimmt.

**KLOTZ (UFS):** Das Anliegen ist berechtigt, allerdings hätte ich einige Fragen in Bezug auf die Maßnahmen. Ich muss oft staunen, wenn ich Geschwindigkeitsbegrenzungen von 10 und 30 Stundenkilometern sehe. Kein Mensch hält sich dran und wenn sich die Menschen daran hielten, dann käme es bestimmt zu einem Stau. Für diese Geschwindigkeitsbegrenzungen habe ich kein Verständnis. Deshalb hat nicht immer die Straßenverwaltung Schuld.

Was die Kontrolle des Alkoholkonsums anbelangt, so bin ich sehr der Meinung, dass hier streng vorgegangen werden muss. Wir lesen ja jeden Montag, wie viele Führerscheine am Wochenende entzogen worden sind. Die Kontrollen finden also schon statt, aber es ist sicher möglich, das auch noch zu verbessern. Die Verantwortung der Gastwirte ist ein Problem für sich.

Im Beschlussantrag steht auch, dass die gefährlichsten Engstellen vorrangig beseitigt werden sollten. Wenn sie gefährlich sind, ist das in Ordnung, aber sonst ist es ja oft so, dass die Beseitigung mancher Engstelle zu Raserei verlockt. Schauen wir uns die Vinschgauer Staatsstraße an. Die schrecklichsten Unfälle sind auf den begradigten Straßenabschnitten geschehen.

Einsichtig ist auch, dass die Arbeiter nicht einen höheren Führerschein, sondern gutes Werkzeug brauchen.

Was die Karosserie und deren Beschaffenheit anbelangt, so muss auch ich sagen, dass die Formel-1-Autos sicher stabiler gebaut sind. Wahrscheinlich haben sie aber auch eine andere Bauweise, so dass sie nicht in dem Maße wie ein normales Auto zerschlagen werden. In den wenigsten Fällen prallen zwei Autos aufeinander, sondern in den meisten Fällen geraten sie über die Straßenbahn hinaus, und das ist schon ein Unterschied.

Im verpflichtenden Teil des Beschlussantrages steht Folgendes: *“Die Südtiroler Landesregierung wird angehalten, verstärkte Vorkehrungsmaßnahmen für die Sicherheit auf den Straßen des Landes zu treffen, und zwar in Bezug auf die Eignung der Fahrzeuge, der Fahrer und der Straßen selbst.”* Was meinen Sie damit, Kollege Willett? Meiner Meinung nach genügt es schon, wenn die Fahrzeuge alle zwei Jahre zur Revision gebracht werden. Ich habe festgestellt, dass die Mängel schon immer behoben werden.



**KURY (GAF-GVA):** Selbstverständlich ist das Anliegen wichtig, aber ich möchte den Kollegen Willeit nur darauf hinweisen, dass das, was er sich wünscht, nämlich einen Plan für Verkehrssicherheit von Seiten der Landesregierung, im Landesverkehrsplan lobenswerterweise vorgesehen ist. Das ist ein Aspekt des Landesverkehrsplans, dem nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ich habe zum ersten Mal eine ausgiebige Analyse über Verkehrsunfälle gelesen. Ein Detail aus dieser Analyse: Am gefährlichsten lebt man, wenn man über 60 Jahre alt ist und mit dem Rad fährt. Das ist schon ein sehr interessantes Detail. Wie gesagt, der Plan für Verkehrssicherheit ist im Landesverkehrsplan vorgesehen. Deshalb möchte ich den Wunsch deponieren, dass man unabhängig davon, was mit dem Verkehrsplan geschieht, den Plan für Verkehrssicherheit auf alle Fälle erstellt und auch umsetzt.

Der Landesverkehrsplan beinhaltet auch noch etwas anderes, was der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen ist. Er schlägt eine allgemeine Geschwindigkeitsreduzierung in ganz Südtirol vor. Diese Maßnahme ist wohl die beste Maßnahme für die Verkehrssicherheit. Wenn man weiß, dass man auf Südtirols Straßen sowieso nicht mehr als 60 km/h fahren darf, dann wird man auch keine großen Straßenprojekte mehr verwirklichen müssen. Dann helfen auch keine großen Umfahrungsstraßen mehr, die aus meiner Sicht besonders gefährlich sind, weil sie die Psychologie des Fahrers auf Geschwindigkeit einstellen. Wenn eine Umfahrungsstraße irgendwann wieder in einer Kurve oder in einer kleiner dimensionierten Straße endet, dann braucht es eine psychologische Barriere, damit das Umsteigen auf die reduzierte Geschwindigkeit im Kopf erfolgen kann. Wie gesagt, diese zwei Punkte des Landesverkehrsplans scheinen mir wesentlicher zu sein, als so zu tun, als ob uns die Technik vor dem Tod im Auto schützen könnte. Man kann natürlich Airbags einbauen und die Karosserien verstärken, aber wenn man dadurch die Illusion vermittelt, dass man durch die Gegend rasen kann, dann erreichen wir den gegenteiligen Effekt.

Den letzten Satz des beschließenden Teiles verstehe ich beim besten Willen nicht: *“Das Personal für der Pflege der Böschungen und für die Mäharbeiten braucht keinen höheren Führerschein, sondern gute Schaufeln, Sensen und dergleichen Werkzeuge.”* Was hat das mit der Verkehrssicherheit zu tun? Nachdem wir bei den Böschungen sind, möchte ich auch noch den Wunsch deponieren, dass das Personal auch eine Ausbildung haben sollte, damit es weiß, wie man mit Böschungen, ökologisch gesehen, umgeht. Wenn ich so schaue, was diesbezüglich im Pustertal und im Vinschgau geschieht, dann stehen mir die Haare zu Berge.

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** Il tema della sicurezza sulle strade non può più essere eluso. Per troppi anni, trascinando anche nell'impegno pubblico una forma di prevenzione adottata in famiglia, la raccomandazione "mi raccomando, vai piano", "mi raccomando, stai attento", non possiamo più dire che salvi nemmeno la nostra coscienza. Questa è una valutazione che la precedente Giunta provinciale, e questa, hanno portato

a maturazione ormai dal 1994 quando si è cominciato a porre mano ad un modo diverso di fare educazione stradale allontanandosi dall'idea della raccomandazione ma cercando di mettere a contatto come problema vero quanti operano sulla strada. Al di là del programma delle piste ciclabili che proprio nel corso dell'ultima legislatura ha visto questa ampia rete di progettazione e, nel corso di questa legislatura, di realizzazione e anche di promozione di una cultura e di una sistemazione di viabilità delle piste ciclabili con una segnaletica propria, con servizi lungo i percorsi di un certo tipo, proprio per dare una rilevanza di rango uguale a quello delle strade normali e non della strada secondaria, quella che si perde nei prati e non si sa dove sbuca, ma una strada, anche quella ciclabile, ritenuta di rango elevato pari a quello delle altre vie ordinarie, ...

L'aver messo in moto un processo che ha coinvolto tutte le scuole della nostra provincia attraverso l'educazione stradale nelle scuole, con la collaborazione degli operatori delle scuole guida, che sono più liberi durante il giorno e sono impegnatissimi invece la sera, con il coinvolgimento di insegnanti per ogni classe e ogni scuola dei tre gruppi linguistici, ci ha portato ormai a coinvolgere ogni anno 900 classi. Quindi fatte le moltiplicazioni per il numero medio di studenti sono cose impressionanti, ma lo stiamo portando avanti benissimo con le intendenze scolastiche, vengono coinvolti non solo per quanto riguarda la preparazione teorica quindi, anche gli insegnanti che sono stati preparati. Tutte le scuole sono state dotate di sistemi informatici per seguire anche questo aggiornamento e preparazione in modo moderno, ma anche di materiale didattico come manuali e quant'altro per aiutare dal punto di vista teorico, ma poi la preparazione pratica. Noi i ragazzi li facciamo andare con gli scooter, li abbiamo comprati, scooter, motorini, biciclette a seconda delle fasce di età perché comprendiamo i bambini delle elementari, i ragazzi della terza media che raggiungono i 14 anni e quelli della prima media superiore che hanno compiuto i 14 anni e sono nella fascia del motorino. A loro facciamo fare prove pratiche di guida, sia per avere consigli, ma anche per farli rendere conto di come non si possa immaginare di salire sul motorino dell'amico che lo presta in quel momento e ritenere di essere già padroni di una guida, perché basta un semplice esercizio per capire quante cose siano da imparare.

Certo questo non basta, ci sono anche gli adulti, e anche con loro abbiamo iniziato un grosso programma di riaggiornamento delle vecchie patenti degli anziani per riaggiornarli sul nuovo codice della strada, sulle nuove dotazioni delle macchine, l'ABS, questo sconosciuto, per insegnare loro come funzionano gli air bag, perché e come usare la cintura di sicurezza. Negli anni 60 e 70 la cintura di sicurezza non esisteva, e quando è apparsa, è stato un optional che tutti volevano all'aquisto ma nessuno usava, però era bello averla. Anche qui dobbiamo creare le condizioni culturali, perché si capisca che questo è un accessorio importante. Nessuno rinunciarebbe alla macchina per rinunciare all'uso della frizione o del volante. Anche la cintura di sicurezza fa parte della condizione di guida.

Anche sul discorso della guida in stato di ebbrezza, al di là dell'azione forte, congiunta con le forze di polizia che purtroppo negativamente ci vede ai vertici delle classifiche nazionali per il ritiro di patenti, e sono delle statistiche ingannevoli perché non viene rapportato, il numero delle patenti ritirate al numero di controlli eseguiti, ma vengono dati in termini assoluti rispetto alla popolazione. Questo non è corretto, perché noi abbiamo preteso e ottenuto che le forze di polizia fossero attrezzate per questo tipo di controllo. In altre zone, mi dicono, il controllo non ha l'intensità che c'è da noi. Così come la revisione delle patenti, che è un atto autonomo della motorizzazione che a fronte del verbale dell'incidente decide di sottoporre a verifica che permangano le condizioni di preparazione psicologica, fisica e di preparazione teorica alla guida del veicolo, viene sottoposta a revisione la patente. Sono frequentissime le segnalazioni, le critiche, le pressioni che io ricevo: ma perché, come mai, altrove non lo fanno ecc. Sono interventi concreti, non la raccomandazione, ma proprio quei momenti filtro che riducono il rischio di ricadere nell'errore. Per quanto riguarda la guida in stato di ebbrezza siamo passati addirittura alle prove pratiche. Sabato prossimo mi sembra che siano a San Leonardo in Passiria, trenta piazze della nostra provincia hanno ospitato questa manifestazione di prova pratica di guida in condizioni di normalità e in condizioni di superamento o avvicinamento al limite dello 0,5 del contenuto di alcol nella circolazione sanguigna. Abbiamo utilizzato macchine appositamente equipaggiate con strumenti di rilevazione metrica dei movimenti, delle azioni di guida, frenate, accelerazione ecc. per cui i soggetti che si dichiarano disponibili alla prova, e sono tanti specialmente tra i giovani, fanno una prova con l'etilometro a cura dei vigili urbani, della polizia stradale o carabinieri, a seconda delle forze dell'ordine che troviamo in zona attrezzate. Registrato il dato, ripetono tre volte degli esercizi di guida, dopo di che assumono delle bevande alcoliche, dalle bevande ai super alcolici, viene rifatto il test, nel momento in cui hanno raggiunto un certo valore significativo vicino al limite o leggermente superiore viene rifatto lo stesso esercizio tre volte. Si fanno la media delle tre prove e automaticamente dallo strumento esce il risultato confrontato. I risultati sono sorprendenti, ma i primi a sorprendersi sono coloro che hanno fatto la prova, perché si pensa che lo stato di ebbrezza sia una valutazione soggettiva. Uno dice di sentirsi bene, e poi scopre che, pur sentendosi bene, non ha frenato con la stessa pressione, le stesse modalità di prima, non ha usato lo sterzo con la stessa armonia di prima ma è stato più rigido, ha accelerato con più profondità di prima. Questo è un segnale chiarissimo, molto più della semplice raccomandazione. Al termine della prova, chi l'ha eseguita riceve in omaggio un etilometro tascabile, efficacissimo, perché quando si trovano in compagnia degli amici ad una cena alla fine fanno la prova scherzando, ma comincia ad instaurarsi anche una cultura diversa, per cui anche chi durante la cena dovesse dire che non beve perché deve guidare, oppure avendo bevuto un bicchiere, non beve nient'altro, oggi viene ridicolizzato dagli amici. Credo che da un certo momento in poi comincerà ad essere interpretato come un atteggiamento responsabile e

anche apprezzato proprio dagli altri amici. Questo è il livello in cui dobbiamo vedere l'intervento dell'ente pubblico.

Così come l'impegno per la realizzazione del centro di guida sicura. Anche lì il modo è quello della prova pratica: vieni e verifica quali sono i limiti delle tue capacità di guida e del tuo mezzo, perché hai voluto l'ABS ma devi sapere come usarlo, altrimenti può essere un rischio, hai le cinture di sicurezza ma non devi mettere la molla perché la cintura resti lenta perché ti dà fastidio e stropiccia la cravatta, ma devi capire che quella cintura leggermente tesa è il primo atto positivo di sicurezza. Così come gli oggetti sparsi all'interno della macchina costituiscono un pericolo in caso di urto o frenata a 50 km l'ora, quindi stiamo parlando di una velocità in area urbana, figuriamoci su un'area extra urbana.

Tutte queste iniziative le abbiamo avviate. Certo non possiamo intervenire sulla sicurezza del veicolo, appartiene ancora ad un altro livello di competenza istituzionale, ma dobbiamo prendere atto che negli ultimi 30 anni gli investimenti nella sicurezza sono stati di livello straordinariamente alto rispetto al contenimento del prezzo di vendita dei veicoli, quindi lo sforzo c'è stato ed è enorme. E non c'è più nessuna casa automobilistica che promuove il proprio prodotto sulla base della velocità massima raggiunta, come avveniva fino agli anni 60. Oggi si reclamizzano i sei air bag, la silenziosità del motore, il livello di emissioni, l'euro 3, l'euro 4. Credo che da questo punto di vista ci sia una cultura vincente nella questione della sicurezza.

Restano i 256 morti dell'ultimo fine settimana. Ci conforta sapere che sono meno dell'anno precedente, ci conforta sapere che gli incidenti con esito mortale sono sempre di meno, ma 256 sono una catastrofe! Ci impressionavano i dati delle battaglie dell'Iraq, ebbene questi li abbiamo nei fine settimana.

Riferirò al collega Mussner dell'esigenza che i lavoratori siano dotati di attrezzi più robusti, badili, falci ecc. Lui ne prenderà nota e verificherà la qualità dei manici e quant'altro, ma credo di non poter accettare questo impegno per la Giunta provinciale ad adottare maggiori misure per prevenire e migliorare la condizione dei veicoli. Abbiamo il più alto livello di officine autorizzate per le revisioni. Sono 86 nella nostra provincia, ben distribuite. Abbiamo anche un livello di rigore nel controllo che ci dà una certa soddisfazione. Questo è anche un elemento di sicurezza per la circolazione, per cui pur condividendo l'apprensione giusta rispetto al livello sicurezza sulle strade, per cui il piano provinciale dei trasporti, che concluderà il suo iter questo mese, vedrà anche il lancio del piano sicurezza sul quale stiamo già lavorando, proprio per non mettere di mezzo tempo rispetto agli obiettivi che vogliamo raggiungere, e che prevede proprio un'indagine anche sulla rete stradale, quali sono i punti dove più frequentemente si verificano incidenti, per quali ragioni - ne ha parlato il collega Mussner proprio stamattina rispetto alcuni casi specifici proprio sulla Mebo - ma credo che questa analisi reale degli incidenti e della casistica, collega Kury, nella maggior parte dei casi purtroppo veda coinvolti giovani fra i 18 e i 27 anni. Sono la fascia più importante

dell'incidentalità e spesso con esito mortale. I ciclisti sono invece coinvolti loro malgrado.

**WILLEIT (Ladins):** Es kann uns allen nur recht sein, wenn sich die Landesregierung hinter dieses Problem stellt und das tut, was möglich ist, um die größere Sicherheit zu gewährleisten. Der zuständige Landesrat ist spezifisch auf die Ausbildung der Fahrer eingegangen. Ich bin nicht der Ansicht, dass man auf die Fahrzeuge keinen Einfluss haben kann. Die öffentlichen Verwaltungen könnten sicher sichere Autos verwenden, denn bestimmte Fahrzeuge wie Busse lassen sich auch besser bauen. Neulich habe ich eine Sendung gesehen, wonach in Amerika die Qualität der Fahrzeuge an zweiter Stelle der Liste der Ursachen für Verkehrsunfälle.

Der Landesrat hat nichts zum Zustand der Straßen gesagt, obwohl das ein sehr wichtiger Faktor ist. Es geht ja nicht nur um die Schaufeln und Sensen. Ich werde dann der Frau Kury erklären, warum ich diesen Passus hineingeschrieben habe. Es geht darum, dass gewisse gefährliche Stellen auch ohne große Ausschreibungen und Projekte leicht beseitigt werden können. Ich fahre jeden Tag an einem Fluss entlang. Was geschieht, wenn jemand in den Fluss fährt? Er ist sicher tot. Deshalb müssen die Leitplanken dort, wo die Gefahr besteht, dass bei einem Unfall ein größerer Schaden entstehen könnte, verstärkt werden. Auch der Straßenbelag muss verbessert und die Löcher müssen beseitigt werden, denn auch das ist gefährlich, und zwar nicht nur für die Fahrräder und Motorräder.

Was die Böschungsarbeiten anbelangt, so hat der Hinweis auf die Schaufeln folgenden Ursprung: Für alle Straßenarbeiter ist der C-Führerschein vorgeschrieben. Ich wollte damit sagen, dass es oft besser wäre, wenn die Arbeiter die Arbeiten selber durchführen könnten und nicht auf die Firma warten müssten. Das war der Sinn meines Vorschlags. Im Übrigen, wenn ich von Programm oder Plan spreche, dann beziehe ich mich nicht auf den Verkehrsplan, sondern auf eine konkrete Beseitigung der Gefahren. Nachdem man die Sachlage kennt, könnte man ruhig einschreiten und die Gefahren beseitigen. Ich hoffe, dass sich die Regierung des Problems mit oder ohne Genehmigung dieses Beschlussantrages annimmt.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione la mozione del consigliere Willeit: respinta con 1 voto favorevole, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

Punto 30 dell'ordine del giorno, mozione n. 503/02, presentata dal consigliere Willeit.

Consigliere Willeit, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**WILLEIT (Ladins):** Ich ersuche Sie, die Behandlung dieses Beschlussantrages auf die nächste Sitzungsfolge zu vertagen.

**PRESIDENTE:** Va bene.

A causa di vari motivi (assenza del presentatore/della presentatrice, assenza dell'assessore/dell'assessora competente, richiesta di rinvio da parte del presentatore/della presentatrice) i punti dal 31 al 47 all'ordine del giorno non possono essere trattati.

Consigliere Baumgartner, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**BAUMGARTNER (SVP):** Ich ersuche Sie, die Sitzung für heute zu schließen.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono obiezioni, accolgo la proposta del consigliere Baumgartner di chiudere la seduta.

La seduta è tolta.

ORE 18.13 UHR

## **SEDUTA 205. SITZUNG**

**6.5.2003**

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Baumgartner (102)  
Berger (63)  
Di Puppò (39,41,97)  
Durnwalder (44,45,48,49,51,53,55)  
Hosp (84)  
Klotz (38,45,46,49,50,62,64,73,82,96)  
Kury (47,55,57,76,90,92,97)  
Laimer (35,36,91)  
Leitner (34,36,37,39,40,41,42,44,45,50,51,52,54,55,63)  
Minniti (61,64)  
Munter (33,34)  
Mussner (33)  
Pöder (43,47,48)  
Saurer (43,55)  
Urzi (72,78,85)  
Willeit (83,95,101)